

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 12. Februar 1981
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens
über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“
vom 13. Dezember 1960
und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981
über Flugsicherungs-Streckengebühren**

A. Zielsetzung

Das EUROCONTROL-Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 hatte mit einer Laufzeit von 20 Jahren vornehmlich zum Ziel

1. EUROCONTROL führt die Flugverkehrskontrolle für die streckengebundenen Flüge in den oberen Lufträumen (oberhalb ca. 6 000 bzw. 7 000 m) aller Mitgliedstaaten grenzüberschreitend als eigene Aufgabe durch;
2. die für die vorgenannte Aufgabe benötigten technischen Einrichtungen werden von EUROCONTROL auf der Grundlage einer gemeinsamen Finanzierung durch die Mitgliedstaaten errichtet und betrieben.

Dieses durch Ausscheren einiger Vertragspartner nicht erreichte Ziel soll nun auch formal aufgegeben und durch eine teilweise neue Zielsetzung ersetzt werden:

EUROCONTROL wird keine Flugverkehrskontrolle mehr ausüben. Die Tätigkeit EUROCONTROLS soll sich künftig nicht nur – wie bisher – auf den oberen Luftraum (oberhalb ca. 7 000 m), sondern auch auf den unteren Luftraum der Mitgliedstaaten erstrecken und folgendes umfassen:

1. Festlegung gemeinsamer und langfristiger Ziele für die Flugsicherung, Koordination der nationalen Pläne und Aufstellung eines gemeinsamen mittelfristigen Planes;
2. gemeinsame Weiterentwicklung des Flugsicherungssystems, einschließlich gemeinsamer Untersuchungen, Versuche und Erprobungen (EUROCONTROL-Erprobungsstelle in Breigny/Paris);

3. Koordination der Ausbildung von Flugsicherungspersonal und gemeinsame Fortbildung von FS-Fachleuten (EUROCONTROL-Schule Instilux in Luxemburg);
4. gemeinsame Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Flugsicherung (EUROCONTROL-Gebührenstelle in Brüssel);
5. zentrale Aufgaben in der Regelung des Flugverkehrsflusses in Europa (Zentrale Datenbank und Koordinationszentrale voraussichtlich mit Sitz in Maastricht in Vorbereitung).

B. Lösung

Die Mitgliedstaaten sind übereingekommen, diese neue Zielsetzung nicht durch Kündigung des bestehenden und Abschluß eines neuen Abkommens zu verwirklichen. Aus – vorwiegend – politischen Erwägungen soll das Abkommen von 1960 grundsätzlich fortbestehen, aber in wesentlichen Teilen (s. A.), die auch einige diplomatische Vorrechte betreffen, geändert werden. Zu dem Zweck wurde ein entsprechendes Änderungsprotokoll vereinbart und am 12. Februar 1981 unterzeichnet. Zugleich wurde in Verfolg eines der gesetzten Ziele eine mehrseitige Gebühren-Vereinbarung abgeschlossen.

Mit dem Vertragsgesetz werden die für die Ratifikation der Vereinbarungen erforderlichen Voraussetzungen geschaffen.

C. Alternativen

Kündigung des geltenden Übereinkommens durch eine der Vertragsparteien, die sich dem Übereinkommen zwar angeschlossen, aber seine Ziele nicht verwirklicht haben.

D. Kosten

Gegenüber dem gegenwärtigen Stand ergibt sich unter Berücksichtigung des Kaufs der Kontrollzentrale Karlsruhe und des deutschen Anteils an den Abfindungszahlen für ausscheidendes EUROCONTROL-Personal in den Jahren 1984 bis 1986 per Saldo eine Entlastung von rd. 19,4 Mio. DM:

1984 + 3,1 Mio. DM	(einschließlich Kaufpreis Karlsruhe)
1985 + 8,0 Mio. DM	} vorwiegend Einsparungen bei Gehältern (145 EUROC-Bedienstete).
1986 + 8,3 Mio. DM	

Diese Einsparungen werden sich voraussichtlich in einer Verringerung der Streckennavigationsgebühren beim Benutzer bemerkbar machen.

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

14 (34) – 971 05 – Eu 6/83

Bonn, den 21. Juni 1983

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren

mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Der Wortlaut der Übereinkünfte in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift zum Änderungsprotokoll und zur Mehrseitigen Vereinbarung sind gleichfalls beigelegt. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 522. Sitzung am 20. Mai 1983 beschlossen, gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zu dem Gesetzentwurf, wie aus der Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Eine Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates ist nicht erforderlich, da der Bundesrat gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen erhoben hat und der Inhalt der Stellungnahme mit der Auffassung der Bundesregierung und den Grundsätzen übereinstimmt, die den Gesetzentwurf tragen.

Kohl

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 12. Februar 1981
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens
über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“
vom 13. Dezember 1960
und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981
über Flugsicherungs-Streckengebühren**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden in Brüssel am 12. Februar 1981 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkünften wird zugestimmt:

1. Dem Protokoll zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960;
2. der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren.

Das Protokoll sowie die Schlußakte vom 12. Februar 1981 der Diplomatischen Konferenz über das Protokoll zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt einschließlich der der Schlußakte als Anlage beigefügten Neufassung der Bestimmungen des Internationalen Übereinkommens und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die nach Artikel 3 Abs. 2 Buchstaben b bis f in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe a der Vereinbarung gefaßten Beschlüsse sind in ihrer jeweils geltenden Fassung von dem Bundesminister für Verkehr im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen, soweit sie in der Bundesrepublik Deutschland angewendet werden.

(2) Der Bundesminister für Verkehr wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bun-

desrates Abweichungen von einem Beschluß nach Absatz 1 festzulegen, wenn der Beschluß dieses vorsieht.

Artikel 3

Die Einziehung der Gebühr gemäß Artikel 11 der Vereinbarung wird auf dem Verwaltungsweg durch die Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Zu dem Zweck gilt die Gebühr gemäß Artikel 8 der Vereinbarung als eine öffentlich-rechtliche Geldforderung des Bundes. Das Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 201-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 40 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), findet Anwendung; den Leistungsbescheid gemäß § 3 Abs. 2 Buchstabe a des Verwaltungs-Vollstreckungsgesetzes erläßt die Bundesanstalt für Flugsicherung.

Artikel 4

§ 32 Abs. 1 Satz 1 Nr. 14 des Luftverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 1981 (BGBl. I S. 61) wird wie folgt geändert:

- a) Satz 3 wird aufgehoben;
- b) In Satz 4 wird das Wort „ferner“ gestrichen.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel XL Abs. 3 und die Vereinbarung nach ihrem Artikel 27 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll und die Vereinbarung findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da die in dem Übereinkommen vorgesehenen Steuervergünstigungen auch solche Steuern berühren, deren Aufkommen den Ländern und Gemeinden ganz oder teilweise zufließt. Diese Vergünstigungen sollen nach Artikel XXXI des Protokolls wiederum über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren gelten.

Nach seinem Artikel XLII bilden das Protokoll und das Übereinkommen zusammen eine einzige Übereinkunft. Zur Erleichterung ihrer Anwendbarkeit haben die Vertragsstaaten einvernehmlich eine Neufassung der Bestimmungen des geänderten Übereinkommens formuliert. Sie wird mit dem Änderungsprotokoll im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Zu Artikel 2 Abs. 1

Zwecks Berechnung der Gebühr für jeden einzelnen Flug gemäß Artikel 7 der Vereinbarung hat die erweiterte Kommission bestimmte Beschlüsse zu fassen. Diese sind nach Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe a grundsätzlich für jeden Vertragsstaat verbindlich und gelten unmittelbar. Ihre Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt trägt dem Erfordernis Rechnung, geltendes Recht ordnungsgemäß zur Kenntnis zu bringen. Die Regelung folgt Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Dezember 1962 zu dem Internationalen Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ (BGBl. 1962 II S. 2273). Insoweit werden auch für die Zwecke des Änderungsprotokolls wiederum Hoheitsrechte auf EUROCONTROL gemäß Artikel 24 Abs. 1 des Grundgesetzes übertragen.

Zu Artikel 2 Abs. 2

Die Möglichkeit besteht, daß ein Beschluß die Formel enthält „Ein Vertragsstaat kann hiervon . . .“ z. B. abweichen oder Befreiungen erteilen u. ä. m. (Beispiel: Artikel 15 der z. Zt. geltenden Tarife und Anwendungsbedingungen für Flugsicherungs-Streckengebühren, BGBl. 1975 II S. 1505). Solche Abweichungen von einem Beschluß nach Artikel 3 der Vereinbarung können dann nur im Wege einer nationalen Rechtsvorschrift verbindlich festgelegt werden. Insoweit wird der Bundesminister für Verkehr ermächtigt, im Verordnungswege Regelungen zu treffen.

Zu Artikel 3

Für das gemeinsame System der Festlegung und Einziehung von Flugsicherungs-Streckengebühren werden die auf einen internationalen Flug entfallenden nationalen Gebühren als eine einheitliche Gebühr der EUROCONTROL angesehen. Im Falle der zwangsweisen Einziehung (Artikel 11 der Vereinbarung) auf deutschem Territorium entscheidet sich die Bundesrepublik Deutschland für die Einziehung auf dem Verwaltungswege. Dieses Verfahren nach dem Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz ist wirkungsvoller und verspricht im Regelfall schnellere Ergebnisse als das Klageverfahren.

Dies bedeutet aber, daß die gesamte EUROCONTROL-Forderung den Rechtscharakter einer öffentlich-rechtlichen Forderung des Bundes erhält. Dies soll durch Artikel 3 Satz 2 erreicht werden. Mit der Vollstreckung werden gemäß § 4 Buchstabe b des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes die Vollstreckungsbehörden der Bundesfinanzverwaltung betraut. Den Leistungsbescheid als Voraussetzung für die Verwaltungsvollstreckung soll jedoch als unmittelbare Ansprechstelle der EUROCONTROL die Bundesanstalt für Flugsicherung erlassen.

Zu Artikel 4 Buchstabe a

Da die Artikel 14 und 20 des EUROCONTROL-Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 durch das Änderungs-Protokoll vom 12. Februar 1981 weggefallen und für die Gebühren wieder die einzelnen Vertragsstaaten zuständig sind, ist der Hinweis auf Artikel 20 sowie die Erweiterung auf den unteren Luftraum zu streichen. Durch Artikel 1 Abs. 1 und 2 der Mehrseitigen Vereinbarung ist jedoch sichergestellt, daß Flugsicherungsgebühren in den Fluginformationsgebieten = oberer und unterer Luftraum erhoben werden.

Zu Artikel 4 Buchstabe b

Redaktionelle Folgeänderung wegen Wegfalls des vorhergehenden Satzes. Der Satz selbst muß erhalten bleiben, weil u. U. die Erhebung von Anfluggebühren erwogen wird; sie werden von der Mehrseitigen Vereinbarung nicht erfaßt. Ihre Einziehung kann jedoch auf EUROCONTROL übertragen werden gemäß Artikel III (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c des geänderten Übereinkommens); die dort ermöglichte Unterstützung kann bis zur vollständigen Übertragung der Aufgabe auf EUROCONTROL reichen.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel XL Abs. 3 und die Vereinbarung nach ihrem Artikel 27 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Schlußbemerkung

Das Gesetz dient der Ratifizierung eines Änderungsprotokolls zu einem in weiten Teilen fortbestehenden internationalen Übereinkommen, dessen Ziele eingeschränkt werden. Mit seiner Hilfe wird die Rechtsgrundlage für ein Fortbestehen des Systems zur Einziehung von Flugsicherungsstreckengebühren dahingehend geändert, daß die EUROCONTROL-Flugsicherungsaufgaben in nationale Hoheit zurückgenommen werden. Dadurch verringern sich auch bei 100 %iger Kostendeckung die Ausgaben des Bundes. Das hat zur Folge, daß die anteiligen, in den Flugpreisen enthaltenen Flugsicherungsstreckengebühren, gesenkt werden. Von der Weitergabe dieser Einsparung sind aber keine Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten.

Die Mehrseitige Vereinbarung, der mit dem Gesetz ebenfalls zugestimmt wird, hat keine Preiswirkungen.

Der Gesetzentwurf hatte in der 9. Legislaturperiode schon einmal dem Bundesrat vorgelegen; er verlief der Diskontinuität. Im ersten Durchgang gab der Bundesrat folgende Stellungnahme ab:

Der Bundesrat hält die Zielsetzungen des EUROCONTROL-Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 nach wie vor für richtig und zukunftsweisend.

Angesichts der zunehmenden Verflechtung der europäischen Flugverkehrsströme und der ständig wachsenden Dichte im westeuropäischen Luftraum drängt sich die Notwendigkeit einer umfassenden internationalen Zusammenarbeit im Bereich des Flugverkehrs auf. Um so unverständlicher ist es daher, daß das zur Ratifikation vorgelegte Änderungsübereinkommen einen Verzicht auf die grenzüberschreitende Flugverkehrskontrolle enthält.

Der Bundesrat erkennt nicht die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung des ursprünglichen EUROCONTROL-Übereinkommens entgegenstellen. Er hält jedoch

das Ergebnis der Verhandlungen zur Neukonzeption mit einer Aufgabenbeschränkung von EUROCONTROL auf die gemeinsame Planung und Steuerung des Flugverkehrs nicht für ausreichend.

Der Bundesrat fordert daher die Bundesregierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und die Verhandlungen über EUROCONTROL wiederaufzunehmen mit dem Ziel, eine Lösung zu finden, die nicht auf eine Renationalisierung der Flugverkehrskontrolle hinausläuft, sondern dem Gedanken der europäischen Integration Rechnung trägt. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß nur auf diese Weise die Möglichkeiten für die dringend erforderliche Verbesserung der Flugverkehrskontrolle im deutschen und europäischen Luftraum offengehalten werden können.

Die Bundesregierung äußerte sich damals wie folgt, und sie bleibt bei dieser Ansicht:

Die Bundesregierung schließt sich der Aufforderung des Bundesrates, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und die Verhandlungen über EUROCONTROL wiederaufzunehmen, aus den folgenden Gründen nicht an:

1. Der Aufforderung des Bundesrates zu Neuverhandlungen zu folgen hieße, daß die Bundesregierung andere Mitgliedstaaten, die seit 1963 die obligatorische Übertragung von Exekutivaufgaben verweigern und sich dieser Pflicht nunmehr auch endgültig entledigen wollen, zu einer gegenteiligen Haltung veranlassen müßte. Die Möglichkeiten sind ausgeschöpft; dieses Ziel war schon vor Beginn der mehrere Jahre währenden Verhandlungen nicht zu erreichen. Gerade deshalb fanden die Verhandlungen über EUROCONTROL statt und führten zu dem nun vom Bundesrat beanstandeten Ergebnis.
2. Die Nicht-Unterzeichnung des Änderungsprotokolls zum EUROCONTROL-Übereinkommen hätte zur fristgerechten Kündigung des Übereinkommens noch im Februar 1981 durch Großbritannien und Frankreich und zur Auflösung der Organisation geführt.

Die Bundesregierung war daher gehalten, sich schon vor Unterzeichnung des Protokolls zu versichern, daß die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien dem Verhandlungsergebnis zustimmen. Dies ist geschehen. Erst nach Erklärung, daß die Bundesrepublik Deutschland das Protokoll ratifizieren würde, haben Großbritannien und Frankreich die Kündigungsfrist schließlich ungenutzt verstreichen lassen.

Der Verkehrsausschuß hatte dementsprechend in seinem Bericht vom 23. Juni 1981 (BT-Drucksache 9/606) die Auffassung vertreten, daß keine andere

Wahl bleibe, als das geltende Übereinkommen nach 20 Jahren den veränderten Verhältnissen anzupassen. Dieser Bericht wurde vom Bundestag am 25. Juni 1981 ohne Einwände entgegengenommen (Protokoll der 46. Sitzung, S. 2696).

Nach dieser sorgfältigen Vorbereitung durch die Bundesregierung und nach befürwortenden Äußerungen aus dem Bundestag würde der Versuch, dem in die Gegenrichtung weisenden Beschluß des Bundesrates auf BR-Drucksache 332/82 zu folgen, die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung gegenüber ihren EUROCONTROL-Partnern in starkem Maße beeinträchtigen.

3. Die Zielsetzungen des geltenden EUROCONTROL-Übereinkommens können angesichts der erklärten und praktizierten Nichterfüllung des Vertrages durch mehrere Partner nicht mehr zukunftsweisend sein.
4. Das geänderte EUROCONTROL-Übereinkommen ist auf die realisierbaren tatsächlichen Erfordernisse ausgerichtet.

Es beseitigt die für alle Mitgliedstaaten obligatorische (aber nicht geleistete) Übertragung von Kontrollaufgaben auf EUROCONTROL, ohne jedoch die Möglichkeit hierzu aufzuheben.

Es verstärkt die Planungs-, Koordinations- und Unterstützungsfunktionen EUROCONTROLS:

Für alle europäischen Länder gemeinsam ist es notwendig, die grenzüberschreitenden Verkehrsflüsse im Rahmen eines internationalen Verkehrsflußregelungssystems möglichst verzögerungsfrei zu planen, zu steuern und ablaufen zu lassen.

In den Ländern des nördlicheren Europas treten ernsthafte Kapazitäts- und Sicherheitsprobleme nicht auf. Hier geht es primär um eine gemeinsame, homogene und rationelle Weiterentwicklung des bereits auf einem hohen technologischen Niveau stehenden Systems.

Erhebliche Probleme in der europäischen Flugsicherung liegen heute im Bereich der südeuropäischen Länder. Diesen muß beim Ausbau ihrer Flugsicherung geholfen werden, damit die dort auftretenden Engpässe für den internationalen europäischen Luftverkehr abgebaut werden.

Die Lösung dieser Aufgaben wäre allein durch eine Zusammenfassung der Exekutiv-Aufgaben der Flugverkehrskontrolle nicht zu erreichen.

Das geänderte EUROCONTROL-Übereinkommen wird einen wichtigen Beitrag leisten können, daß von seiten der Organisation EUROCONTROL weiterhin Aufgaben der Planung und Koordinierung des Flugverkehrs übernommen werden können. Insbesondere ist auch weiterhin die sachgerechte Unterstützung beim Ausbau der Nationalen Flugsicherungen durch eine internationale Organisation gewährleistet.

Es trifft sonach nicht zu, daß die Aufgabe EUROCONTROLS künftig auf die Planung und Steuerung des Flugverkehrs beschränkt sei.

5. Es trifft auch nicht zu, daß an Stelle der europäischen Integration die Renationalisierung der Flugverkehrs-

kontrolle tritt. Außer Belgien, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland waren bisher keine Mitgliedstaaten bereit, Exekutiv-Aufgaben auf EUROCONTROL zu übertragen. Deshalb hat die EUROCONTROL-Kontrollzentrale Karlsruhe in der Zeit ihres bisherigen Bestehens keine grenzüberschreitenden Funktionen übertragen erhalten. Dies ist auch künftig nicht zu erwarten. Für die EUROCONTROL-Kontrollzentrale Maastricht bemüht sich die Bundesregierung seit 1975 darum, daß die Niederlande ihren Luftraum einbringen und damit die Zukunft der Zentrale sichern werden. Das zivile deutsche Mitglied in der Ständigen Kommission EUROCONTROLS wird auf deren 61. Sitzung am 23. November 1982 für die Bundesrepublik Deutschland erklären, daß von ihr die Erhaltung von Exekutivaufgaben in der Zentrale Maastricht grundsätzlich zugesichert wird. Das Änderungsprotokoll gibt die Möglichkeit, über ein Zusatzabkommen dieses Anliegen, das die Bundesregierung nachdrücklich weiterverfolgt, zu verwirklichen.

6. Ein Zurückziehen des Gesetzentwurfs trüge darüber hinaus die Gefahr in sich, daß angesichts einer nicht ausschließbaren sofortigen Kündigung des bestehenden Übereinkommens auch das bewährte Gebühren-Einzahlungssystem der EUROCONTROL zusammenbräche und mit beträchtlichem Kostenaufwand jeder beteiligte Staat ein eigenes nationales Gebühren-Einzahlungssystem im Sinne einer echten Renationalisierung schaffen müßte.

**Protokoll
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens
über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“
vom 13. Dezember 1960**

**Protocole
amendant la Convention internationale
de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL»
du 13 décembre 1960**

Die Bundesrepublik Deutschland,
das Königreich Belgien,
die Französische Republik,
das Vereinigte Königreich
Großbritannien und Nordirland,
Irland,
das Großherzogtum Luxemburg,
das Königreich der Niederlande,
die Portugiesische Republik –

La République fédérale d'Allemagne,
le Royaume de Belgique,
la République française,
le Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord,
l'Irlande,
le Grand-Duché de Luxembourg,
le Royaume des Pays-Bas,
la République portugaise,

In der Erwägung, daß die Entwicklung des Luftverkehrs eine Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 erforderlich macht, das die Einrichtung eines von den Mitgliedstaaten gemeinsam organisierten europäischen Flugverkehrskontrollsystems für den Allgemeinen Luftverkehr im oberen Luftraum zum Ziel hatte,

Considérant que l'évolution de la circulation aérienne exige une révision de la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960 visant à instaurer un système de contrôle aérien européen organisé en commun par les Etats membres en ce qui concerne la circulation aérienne générale dans l'espace aérien supérieur,

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Rahmen der EUROCONTROL insbesondere durch Ausarbeitung gemeinsamer langfristiger Ziele und mittelfristiger Pläne, unter Anhörung der Benutzer der Flugsicherungsdienste fortzuführen und zu verstärken, um die größtmögliche Wirksamkeit der Flugsicherungsdienste bei möglichst geringem Kostenaufwand zu erreichen,

Considérant qu'il est souhaitable de poursuivre et de renforcer la coopération entre les Etats dans le cadre d'EUROCONTROL, notamment par l'élaboration d'objectifs communs à long terme et de plans à moyen terme, en consultation avec les usagers des services de navigation aérienne, en vue d'assurer l'efficacité maximale au moindre coût de la fourniture des services de navigation aérienne,

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit mit anderen an der Durchführung der Aufgaben der EUROCONTROL interessierten Staaten im Hinblick auf eine bessere Wirksamkeit der EUROCONTROL, insbesondere im Bereich der Verkehrsflußregelung, zu erweitern und zu verstärken,

Désireux d'élargir et de renforcer la coopération avec d'autres Etats qui sont intéressés à la réalisation des tâches confiées à EUROCONTROL en vue d'améliorer son efficacité, notamment en ce qui concerne la gestion des courants de trafic,

in dem Wunsch, einen Anreiz für den Beitritt interessierter Staaten zu der EUROCONTROL zu geben –

Désireux d'encourager les Etats intéressés à devenir membres d'EUROCONTROL,

haben folgendes vereinbart:

Sont convenus des dispositions qui suivent:

Artikel I

Article I

Das Internationale Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 in der Fassung der Ergänzung des am 6. Juli 1970 in Brüssel unterzeichneten und durch das am 21. November 1978 unterzeichnete Protokoll geänderten Zusatzprotokolls, im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet, wird hiermit nach Maßgabe der folgenden Artikel geändert.

La Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960, telle que modifiée par le Protocole additionnel signé à Bruxelles le 6 juillet 1970 modifié lui-même par le Protocole signé à Bruxelles le 21 novembre 1978, ci-après dénommée «la Convention», est amendée selon les dispositions des articles suivants.

Artikel II

Article II

Artikel 1 des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

L'Article 1 de la Convention est remplacé par les dispositions suivantes:

„Artikel 1

«Article 1

1. Die Vertragsparteien kommen überein, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Flugsicherung enger zu gestalten und

1. Les Parties contractantes conviennent de renforcer leur coopération dans le domaine de la navigation aérienne et de

ihre gemeinsamen Tätigkeiten auf diesem Gebiet unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landesverteidigung und Gewährleistung eines mit dem erforderlichen Sicherheitsgrad zu vereinbarenden Höchstmaßes an Handlungsfreiheit für alle Luftraumbenutzer weiterzuentwickeln. Sie vereinbaren daher,

- a) gemeinsame langfristige Ziele auf dem Gebiet der Flugsicherung festzulegen und in diesem Rahmen einen gemeinsamen mittelfristigen Plan für die Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten und entsprechenden Einrichtungen zu erstellen;
- b) gemeinsame Pläne für Fortbildung, Betriebsverfahren und für Forschungs- und Entwicklungsprogramme in bezug auf Einrichtungen und Dienste zur sicheren, wirksamen und zügigen Abwicklung des Luftverkehrs auszuarbeiten;
- c) alle sonstigen Maßnahmen abzustimmen, die zur Gewährleistung eines sicheren und geregelten Ablaufs des Luftverkehrs erforderlich sind;
- d) eine gemeinsame Sammlung betrieblichen, technischen und finanziellen Fachwissens auf dem Gebiet der Flugsicherung anzulegen;
- e) ihre Tätigkeiten auf dem Gebiet der Regelung des Flugverkehrsflusses durch Einrichtung eines internationalen Systems zur Verkehrsflußregelung zu koordinieren, um auf diese Weise die wirksamste Nutzung des Luftraums sicherzustellen.

2. Sie gründen zu diesem Zweck eine „Europäische Organisation für Flugsicherung (EUROCONTROL)“, im folgenden als „Organisation“ bezeichnet, die in Zusammenarbeit mit den Zivil- und Militärbehörden der Staaten handelt. Diese Organisation besteht aus zwei Organen:

- einer „Ständigen Kommission für Flugsicherung“, im folgenden als „Kommission“ bezeichnet, als das für das allgemeine Vorgehen der Organisation zuständige Organ;
- einer „Agentur für Flugsicherung“, im folgenden als „Agentur“ bezeichnet, deren Satzung diesem Übereinkommen als Anlage 1 beigelegt ist. Die Agentur ist das Organ, das die in diesem Übereinkommen festgelegten oder ihm gemäß dem Übereinkommen von der Kommission zugewiesenen Aufgaben durchführt.

3. Sitz der Organisation ist Brüssel.“

Artikel III

Artikel 2 des Übereinkommens wird gestrichen. Artikel 6 des Übereinkommens wird Artikel 2 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 2

1. Die Organisation ist mit folgenden Aufgaben betraut:

- a) Untersuchung der künftigen Erfordernisse des Luftverkehrs und neuer Techniken, um diesen Erfordernissen gerecht zu werden;
- b) Ausarbeitung und Festlegung gemeinsamer langfristiger Ziele auf dem Gebiet der Flugsicherung;
- c) Koordinierung der nationalen mittelfristigen Pläne zum Zweck der Aufstellung eines gemeinsamen mittelfristigen Plans für Flugsicherungsdienste und -einrichtungen im Rahmen der unter Buchstabe b genannten langfristigen Ziele;
- d) Förderung eines gemeinsamen Vorgehens auf dem Gebiet der Boden- und Bordsysteme für die Flugsicherung und der Ausbildung des Flugsicherungspersonals;
- e) Prüfung und Förderung von Maßnahmen zur Erhöhung der Kostenwirksamkeit und Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Flugsicherung;

développer leurs activités communes en ce domaine, en tenant dûment compte des nécessités de la défense, tout en assurant à tous les usagers de l'espace aérien le maximum de liberté compatible avec le niveau de sécurité requis. Elles conviennent en conséquence:

- (a) de fixer des objectifs communs à long terme en matière de navigation aérienne et, dans ce cadre, d'établir un plan commun à moyen terme portant sur les services et installations de la circulation aérienne;
- (b) élaborer des plans communs relatifs au perfectionnement des personnels, aux procédures et aux programmes de recherche et de développement concernant les installations et services visant à assurer la sécurité, l'efficacité et l'écoulement rapide de la circulation aérienne;
- (c) de se concerter sur toute autre mesure nécessaire pour assurer l'écoulement sûr et ordonné du trafic aérien;
- (d) de constituer un fonds commun d'expérience relatif aux aspects opérationnel, technique et financier de la navigation aérienne;
- (e) de coordonner leurs activités en ce qui concerne la gestion des courants de trafic aérien en mettant sur pied un système international de gestion des courants de trafic en vue d'assurer l'utilisation la plus efficace de l'espace aérien.

2. Elles instituent à cet effet une «Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne (EUROCONTROL)», ci-après dénommée «l'Organisation», qui agira en coopération avec les autorités nationales civiles et militaires. Celle-ci comporte deux organes:

- une «Commission permanente pour la sécurité de la navigation aérienne», ci-après dénommée «la Commission», qui constitue l'organe responsable de la politique générale de l'Organisation;
- une «Agence pour la sécurité de la navigation aérienne», ci-après dénommée «l'Agence», dont les Statuts figurent à l'annexe 1 à la présente Convention. L'Agence constitue l'organe chargé de l'exécution des tâches qui sont fixées par la présente Convention, ou qui, en application de celles-ci, lui sont confiées par la Commission.

3. Le siège de l'Organisation est fixé à Bruxelles.»

Article III

L'article 2 de la Convention est abrogé. L'article 6 de la Convention devient l'article 2 ainsi rédigé:

«Article 2

1. L'Organisation est chargée des tâches suivantes:

- (a) analyser les besoins futurs du trafic aérien ainsi que les nouvelles techniques requises pour répondre à ces besoins;
- (b) élaborer et adopter des objectifs communs à long terme en matière de navigation aérienne;
- (c) coordonner les plans nationaux à moyen terme pour aboutir à l'établissement d'un plan commun à moyen terme portant sur les services et installations de la circulation aérienne dans le cadre des objectifs à long terme mentionnés au (b) ci-dessus;
- (d) promouvoir des politiques communes en matière de systèmes de navigation aérienne au sol et de bord, ainsi que de formation du personnel des services de la navigation aérienne;
- (e) étudier et promouvoir les mesures propres à accroître la rentabilité et l'efficacité dans le domaine de la navigation aérienne;

- f) Förderung und Durchführung von Studien, Versuchen und Erprobungen auf dem Gebiet der Flugsicherung; Sammlung und Verteilung der Ergebnisse der von den Vertragsparteien durchgeführten Studien, Versuche und Erprobungen auf dem Gebiet der Flugsicherung;
- g) Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsprogramme der Vertragsparteien, die sich auf neue Techniken auf dem Gebiet der Flugsicherung beziehen;
- h) Untersuchung von Fragen auf dem Gebiet der Flugsicherung, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und anderen internationalen Organisationen, die sich mit der zivilen Luftfahrt befassen, behandelt werden;
- i) Prüfung der bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation vorzulegenden Änderungen der Luftfahrt-Regionalpläne;
- j) Durchführung aller sonstigen Aufgaben, die ihr in Anwendung des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe c übertragen werden;
- k) Unterstützung der Vertragsparteien und interessierter Drittstaaten beim Aufbau und Betrieb eines internationalen Systems der Verkehrsflußregelung;
- l) gemäß der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren Festlegung und Einziehung der den Benutzern der Flugsicherungsdienste auferlegten Gebühren im Auftrag der Vertragsparteien und der an dieser Vereinbarung beteiligten Drittstaaten.

Besondere Vereinbarungen können zwischen der Organisation und Drittstaaten geschlossen werden, die an der Durchführung dieser Aufgaben teilnehmen möchten.

2. Die Organisation kann auf Antrag einer oder mehrerer Vertragsparteien mit folgenden Aufgaben betraut werden:

- a) Unterstützung dieser Vertragsparteien bei der Durchführung spezifischer Aufgaben auf dem Gebiet der Flugsicherung wie Planung und Aufbau von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten;
- b) Bereitstellung und Betrieb der Gesamtheit oder eines Teils der Flugsicherungseinrichtungen und -dienste im Auftrag dieser Vertragsparteien;
- c) Unterstützung dieser Vertragsparteien bei der Berechnung und Einziehung der den Benutzern der Flugsicherungsdienste durch diese Vertragsparteien auferlegten Gebühren, die der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren nicht unterliegen.

Die Durchführung derartiger Aufgaben wird in jedem Fall durch besondere Vereinbarungen zwischen der Organisation und den betreffenden Vertragsparteien geregelt.

3. Die Organisation kann außerdem auf Antrag einer oder mehrerer Drittstaaten mit folgenden Aufgaben betraut werden:

- a) Unterstützung der betreffenden Staaten bei der Regelung des Flugverkehrsflusses sowie bei der Planung und Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten und -einrichtungen;
- b) Unterstützung der betreffenden Staaten bei der Berechnung und Einziehung der den Benutzern der Flugsicherungsdienste durch diese Staaten auferlegten Gebühren, die der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren nicht unterliegen.

Die Durchführung derartiger Aufgaben wird in jedem Fall durch besondere Vereinbarungen zwischen der Organisation und den betreffenden Vertragsparteien geregelt."

Artikel IV

Artikel 3 und Artikel 37 des Übereinkommens werden zu einem neuen Artikel 3 zusammengefaßt und erhalten folgenden Wortlaut:

- (f) promouvoir et exécuter des études, des essais et des expérimentations touchant la navigation aérienne; rassembler et diffuser le résultat des études, des essais et les expérimentations effectués par les Parties contractantes dans le domaine de la navigation aérienne;
- (g) coordonner les programmes de recherche et de développement des Parties contractantes relatifs aux nouvelles techniques dans le domaine de la navigation aérienne;
- (h) examiner les questions relevant du domaine de la navigation aérienne mises à l'étude par l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale ou par d'autres organisations internationales traitant de l'aviation civile;
- (i) étudier les amendements aux plans régionaux de navigation aérienne à présenter à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale;
- (j) exécuter toute autre tâche qui pourrait lui être confiée en application du (c) du paragraphe 1 de l'article 1;
- (k) assister les Parties contractantes et les Etats tiers intéressés dans la création et la mise en œuvre d'un système international de gestion des courants de trafic aérien;
- (l) établir et percevoir les redevances imposées aux usagers des services de la navigation aérienne conformément à l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route et pour le compte des Parties contractantes et des Etats tiers parties à cet Accord.

Des accords particuliers peuvent être conclus entre l'Organisation et des Etats non membres intéressés à participer à l'exécution de ces tâches.

2. L'Organisation peut être chargée, à la demande d'une ou de plusieurs Parties contractantes, des tâches suivantes:

- (a) assister lesdites Parties, dans l'exécution de tâches spécifiques de navigation aérienne, telles que la conception et la réalisation d'installations et services de circulation aérienne;
- (b) fournir et exploiter, en totalité ou en partie, les installations et les services de circulation aérienne, pour le compte desdites Parties;
- (c) assister lesdites Parties en ce qui concerne le calcul et la perception des redevances imposées par celles-ci aux usagers des services de la navigation aérienne et qui ne relèvent pas de l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route.

L'exécution de telles tâches est réglée dans chaque cas par des accords particuliers conclus entre l'Organisation et les Parties intéressées.

3. L'Organisation peut en outre, à la demande d'un ou de plusieurs Etats non membres, être chargée des tâches suivantes:

- (a) assister lesdits Etats en ce qui concerne la gestion des courants de trafic aérien, la planification et la fourniture des services et équipements de navigation aérienne;
- (b) assister lesdits Etats en ce qui concerne le calcul et la perception des redevances imposées par ces Etats aux usagers des services de la navigation aérienne et qui ne relèvent pas de l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route.

L'exécution de telles tâches est réglée dans chaque cas par des accords particuliers conclus entre l'Organisation et les Etats intéressés."

Article IV

Les articles 3 et 37 de la Convention sont regroupés dans un nouvel article 3 ainsi rédigé:

„Artikel 3

1. Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf die Flugsicherungs-Streckendienste und die damit verbundenen Flugsicherungsdienste im Bereich der Anflug- und Platzkontrolle in den in der Anlage 2 aufgeführten Fluginformationsgebieten.

2. Jede Änderung, die eine Vertragspartei an dem sie betreffenden Teil der Anlage 2 vorzunehmen beabsichtigt und die sich auf die Gesamtausdehnung des im Übereinkommen vorgesehenen Luftraums auswirkt, unterliegt der einmütigen Zustimmung der Kommission. Jede Änderung, die sich nicht in dieser Weise auswirkt, teilt die betroffene Vertragspartei der Organisation mit.

3. Im Sinne dieses Übereinkommens bezieht sich der Ausdruck „Luftverkehr“ auf Zivil- sowie auf Militär-, Zoll- und Polizeiluftfahrzeuge, welche die Verfahren der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation beachten.“

Artikel V

Artikel 5 des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 5

1. Die Kommission besteht aus Vertretern der Vertragsparteien. Jede Vertragspartei kann sich insbesondere zur Wahrnehmung der Interessen der Zivilluftfahrt und der Landesverteidigung durch mehrere Delegierte vertreten lassen, von denen jedoch nur einer stimmberechtigt ist.

2. Im Fall des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe l wird die Kommission um Vertreter der Staaten erweitert, die nicht Mitglieder der Organisation, aber Vertragsparteien der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren sind. Die so erweiterte Kommission beschließt nach den in der Vereinbarung festgelegten Regeln.

3. Wenn andere Vereinbarungen zwischen der Organisation und Drittstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 1, insbesondere über die Verkehrsflußregelung, entsprechende Bestimmungen enthalten, wird die Kommission ebenfalls erweitert und beschließt nach den in der betreffenden Vereinbarung vorgesehenen Regeln.“

Artikel VI

Artikel 7 des Übereinkommens wird Artikel 6 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 6

1. Zur Erfüllung der der Organisation nach Artikel 2 Absatz 1 zugewiesenen Aufgaben trifft die Kommission folgende Maßnahmen:

- a) Soweit die Vertragsparteien betroffen sind, faßt sie Beschlüsse
 - in den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Fällen;
 - in den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und d bis k genannten Fällen, wenn sie es für erforderlich hält, daß die Vertragsparteien sich zu einem gemeinsamen Vorgehen verpflichten; sie kann in diesen Fällen auch eine Empfehlung an die Vertragsparteien richten;
- b) soweit die Agentur betroffen ist,
 - genehmigt sie das jährliche Arbeitsprogramm und die mehrjährigen Investitions- und Arbeitsprogramme, die ihr die Agentur zur Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Aufgaben vorlegt, sowie den Haushaltsplan und den Tätigkeitsbericht; sie erteilt der Agentur Richtlinien für die Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben, wenn sie es für erforderlich hält;

«Article 3

1. La présente Convention s'applique aux services de la navigation aérienne de route et aux services connexes d'approche et d'aérodrome afférents à la circulation aérienne dans les Régions d'Information de Vol énumérées à l'Annexe 2.

2. Toute modification qu'une Partie contractante souhaite apporter à la liste de ses Régions d'Information de Vol figurant à l'Annexe 2 est subordonnée à l'accord unanime de la Commission lorsqu'elle aurait pour effet de modifier les limites de l'espace aérien couvert par la Convention; toute modification qui n'a pas un tel effet sera notifiée à l'Organisation par la Partie contractante intéressée.

3. Au sens de la présente Convention, l'expression «circulation aérienne» vise celle des aéronefs civils, ainsi que des aéronefs militaires, de douane et de police qui se conforment aux procédures de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.»

Article V

L'Article 5 de la Convention est remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 5

1. La Commission est composée de représentants des Parties contractantes. Chaque Partie contractante peut se faire représenter par plusieurs délégués afin de permettre notamment la représentation des intérêts de l'aviation civile et de la défense nationale, mais ne dispose que d'un seul droit de vote.

2. Pour l'application du (l) du paragraphe 1 de l'article 2, la Commission est élargie aux représentants des Etats non membres de l'Organisation qui sont parties à l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route. La Commission ainsi élargie prend ses décisions dans les conditions fixées par cet Accord.

3. Si des dispositions à cet effet sont prévues dans d'autres accords conclus par l'Organisation avec des Etats tiers conformément au paragraphe 1 de l'article 2, notamment pour la gestion des courants de trafic, la Commission sera élargie et prendra ses décisions dans les conditions prévues par ces accords.»

Article VI

L'Article 7 de la Convention devient l'article 6 ainsi rédigé:

«Article 6

1. Pour l'accomplissement des tâches dévolues à l'Organisation par le paragraphe 1 de l'article 2, la Commission prend les mesures suivantes:

- (a) à l'égard des Parties contractantes:
 - elle prend une décision:
 - dans les cas mentionnés aux (b) et (c) du paragraphe 1 de l'article 2;
 - dans les cas mentionnés aux (a) et (d) à (k) du paragraphe 1 de l'article 2 lorsqu'elle estime nécessaire que les Parties contractantes s'engagent dans une action commune; elle peut aussi, dans ces cas, formuler une recommandation aux Parties contractantes;
- (b) à l'égard de l'Agence:
 - elle approuve le programme de travail annuel et les programmes d'investissement et de travail portant sur plusieurs années que lui présente l'Agence pour l'accomplissement des tâches mentionnées au paragraphe 1 de l'article 2, ainsi que le budget et le rapport d'activité; elle adresse à l'Agence des directives, lorsqu'elle l'estime nécessaire, pour l'accomplissement des tâches qui lui sont confiées;

- trifft sie alle erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der ihr durch dieses Übereinkommen und die Satzung der Agentur zugewiesenen Aufsichtsbefugnisse;
- erteilt sie der Agentur Entlastung in bezug auf den Haushalt.

2. Die Kommission trifft außerdem folgende Maßnahmen:

- a) Sie genehmigt das Personalstatut und die Haushaltsordnung sowie die nach Artikel 7 Absatz 2 des Übereinkommens und Artikel 19 Absatz 3 der Satzung der Agentur zu treffenden Maßnahmen;
- b) sie ernennt nach Artikel 22 Absatz 1 der Satzung der Agentur die Mitglieder des Kontrollausschusses für einen Zeitraum von fünf Jahren.

3. Hinsichtlich der in Artikel 2 genannten besonderen Vereinbarungen erteilt die Kommission ihre Zustimmung für die Aufnahme von Verhandlungen durch die Agentur und genehmigt die zustande gekommenen Vereinbarungen.

4. Die Kommission ruft gegebenenfalls das in Artikel 31 vorgesehene Schiedsgericht im Namen der Organisation an.“

Artikel VII

Artikel 8 des Übereinkommens wird Artikel 7 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 7

1. Die Beschlüsse der Kommission bedürfen der Einstimmigkeit der Vertragsparteien und sind für diese verbindlich. Wenn jedoch eine Vertragspartei der Kommission mitteilt, daß sie aus zwingenden Gründen des nationalen Interesses an der Ausführung eines auf den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Gebieten einstimmig gefaßten Beschlusses gehindert ist, kann sie von diesem Beschluß abweichen. Die Gründe für die Abweichung sind mitzuteilen. Die Kommission muß dann innerhalb von sechs Monaten nach Empfang dieser Mitteilung entweder diesen Beschluß ändern oder beschließen, ob für die Abweichung bestimmte Bedingungen oder Beschränkungen gelten sollen. In beiden Fällen bedarf der Beschluß der Kommission der Einstimmigkeit der Vertragsparteien.

2. Über die Maßnahmen gemäß Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 3 sowie Artikel 11 Absatz 3 entscheidet die Kommission durch Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen.

3. Soweit keine gegenteiligen Bestimmungen bestehen, werden die in den Fällen des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 vorgesehenen Richtlinien und Maßnahmen von der Kommission mit Mehrheit angenommen mit der Maßgabe, daß

- die Stimmen der in Artikel 8 beschriebenen Wägung unterliegen,
- diese Stimmen die Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Vertragsparteien darstellen müssen.

4. Die in Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Maßnahmen werden von der Kommission nach den in Absatz 3 genannten Regeln getroffen, wobei die danach berechnete Mehrheit 70 % der abgegebenen gewogenen Stimmen erreichen muß.

5. Empfehlungen werden von der Kommission mit der Stimmenmehrheit der Vertragsparteien abgegeben.“

Artikel VIII

Artikel 9 des Übereinkommens wird Artikel 8 und erhält folgenden Wortlaut:

- elle prend toutes mesures nécessaires dans l'exercice du pouvoir de tutelle dont elle dispose en vertu de la présente Convention et des Statuts de l'Agence;
- elle donne décharge à l'Agence de sa gestion relative au budget.

2. La Commission, en outre:

- (a) approuve le statut administratif du personnel et le règlement financier ainsi que les mesures à prendre en application du paragraphe 2 de l'article 7, et du paragraphe 3 de l'article 19 des Statuts de l'Agence;
- (b) nomme, pour une durée de cinq ans, les membres de la mission de contrôle en application du paragraphe 1 de l'article 22 des Statuts de l'Agence.

3. La Commission autorise l'ouverture par l'Agence de négociations sur les accords particuliers visés à l'article 2 et approuve les accords négociés.

4. Les recours devant le tribunal arbitral prévu à l'article 31 sont introduits au nom de l'Organisation par la Commission.»

Article VII

L'Article 8 de la Convention devient l'article 7 ainsi rédigé:

«Article 7

1. Les décisions sont prises par la Commission statuant à l'unanimité des Parties contractantes et sont obligatoires pour ces dernières. Toutefois, si une Partie contractante notifie à la Commission que des raisons impératives d'intérêt national l'empêchent de donner suite à une décision prise à l'unanimité dans les domaines mentionnés aux (b) et (c) du paragraphe 1 de l'article 2, elle peut déroger à ladite décision sous réserve de lui exposer les motifs de cette dérogation. Dans un délai de six mois à compter de cette notification, la Commission soit révisé sa décision antérieure, soit décide si certaines conditions ou limites doivent s'appliquer à la dérogation. Dans l'un et l'autre cas, la décision à prendre par la Commission exige l'unanimité des Parties contractantes.

2. La Commission statue sur les mesures prévues au (a) du paragraphe 2 de l'article 6, au paragraphe 3 de l'article 6 et au paragraphe 3 de l'article 11 à l'unanimité des suffrages exprimés.

3. Sauf dispositions contraires, les directives et les mesures prises dans les cas prévus au (b) du paragraphe 1 et au paragraphe 4 de l'article 6 sont adoptées par la Commission à la majorité des suffrages exprimés étant entendu que:

- ces suffrages sont affectés de la pondération prévue à l'article 8 ci-après;
- ces suffrages doivent représenter la majorité des Parties contractantes votant.

4. Les mesures prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 6 sont prises par la Commission dans les conditions prévues au paragraphe 3 ci-dessus, sous réserve que la majorité calculée conformément à ce paragraphe atteigne 70 % des suffrages pondérés exprimés.

5. Les recommandations sont formulées par la Commission à la majorité des Parties contractantes.»

Article VIII

L'Article 9 de la Convention devient l'article 8 ainsi rédigé:

„Artikel 8

1. Die in Artikel 7 vorgesehene Wägung richtet sich nach folgender Wägungstabelle:

Prozentsatz des Jahresbeitrags einer Vertragspartei im Verhältnis zu den Jahresbeiträgen aller Vertragsparteien	Stimmenzahl
Weniger als 1 %	1
1 bis weniger als 2 %	2
2 bis weniger als 3 %	3
3 bis weniger als 4,5 %	4
4,5 bis weniger als 6 %	5
6 bis weniger als 7,5 %	6
7,5 bis weniger als 9 %	7
9 bis weniger als 11 %	8
11 bis weniger als 13 %	9
13 bis weniger als 15 %	10
15 bis weniger als 18 %	11
18 bis weniger als 21 %	12
21 bis weniger als 24 %	13
24 bis weniger als 27 %	14
27 bis weniger als 30 %	15
30 %	16

2. Die anfängliche Festsetzung der Stimmenzahl erfolgt für den Zeitpunkt des Inkrafttretens des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls nach der vorstehenden Wägungstabelle entsprechend den Bestimmungen des Artikels 19 der Satzung der Agentur über die Festsetzung der Jahresbeiträge der Vertragsparteien zum Haushalt der Organisation.

3. Beim Beitritt eines Staates wird die Stimmenzahl der Vertragsparteien in der gleichen Weise neu festgesetzt.

4. Die Stimmenzahl wird alljährlich nach denselben Regeln neu festgesetzt."

Artikel IX

Artikel 10 und 11 des Übereinkommens werden Artikel 9 und 10.

Artikel X

Artikel 12 des Übereinkommens wird Artikel 11 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 11

1. Die Kommission unterhält die für die Ziele der Organisation erforderlichen Beziehungen zu den dafür in Betracht kommenden Staaten und internationalen Organisationen.

2. Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 3 und des Artikels 13 ist die Kommission insbesondere allein dafür zuständig, im Namen der Organisation mit internationalen Organisationen, Vertragsparteien und Drittstaaten Vereinbarungen zu schließen, die zur Durchführung der in Artikel 2 genannten Aufgaben der Organisation erforderlich sind.

3. Auf Vorschlag der Agentur kann die Kommission dieser die Befugnis übertragen, Verhandlungen in bezug auf Vereinbarungen aufzunehmen, die für die Durchführung der in Artikel 2 genannten Aufgaben erforderlich sind, und diese Vereinbarungen zu schließen."

Artikel XI

Ein neuer Artikel 12 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

«Article 8

1. La pondération prévue à l'article 7 est déterminée selon le tableau suivant:

Pourcentage de la contribution annuelle d'une Partie contractante par rapport aux contributions annuelles de l'ensemble des Parties contractantes	Nombre de voix
Inférieur à 1 %	1
De 1 à moins de 2 %	2
De 2 à moins de 3 %	3
De 3 à moins de 4½ %	4
De 4½ à moins de 6 %	5
De 6 à moins de 7½ %	6
De 7½ à moins de 9 %	7
De 9 à moins de 11 %	8
De 11 à moins de 13 %	9
De 13 à moins de 15 %	10
De 15 à moins de 18 %	11
De 18 à moins de 21 %	12
De 21 à moins de 24 %	13
De 24 à moins de 27 %	14
De 27 à moins de 30 %	15
30 %	16

2. La fixation initiale du nombre des voix est faite, à compter de l'entrée en vigueur du Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981, par référence au tableau ci-dessus et conformément à la règle de détermination des contributions annuelles des Parties contractantes au budget de l'Organisation qui figure à l'article 19 des Statuts de l'Agence.

3. En cas d'adhésion d'un Etat, il est procédé de la même manière à une nouvelle fixation du nombre de voix des Parties contractantes.

4. Il est procédé chaque année à une nouvelle fixation du nombre des voix, dans les conditions prévues ci-dessus."

Article IX

Les articles 10 et 11 de la Convention deviennent les articles 9 et 10.

Article X

L'article 12 de la Convention devient l'article 11 ainsi rédigé:

«Article 11

1. La Commission assure avec les Etats et les organisations internationales intéressées les relations utiles à la réalisation de l'objet de l'Organisation.

2. La Commission est notamment, sans préjudice des dispositions du paragraphe 3 de l'article 6 et de l'article 13, seule compétente pour conclure au nom de l'Organisation, avec les organisations internationales, les Parties contractantes ou les Etats tiers, les accords nécessaires à l'exécution des tâches de l'Organisation prévues à l'article 2.

3. La Commission peut, sur proposition de l'Agence, déléguer à cette dernière la décision d'ouvrir des négociations et de conclure les accords nécessaires à l'exécution des tâches prévues à l'article 2."

Article XI

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 12 ainsi rédigé:

„Artikel 12

In den Vereinbarungen in bezug auf die Aufgaben nach Artikel 2 zwischen der Organisation und einer oder mehreren Vertragsparteien oder einem oder mehreren Drittstaaten oder einer internationalen Organisation sind die jeweiligen Aufgaben, Rechte und Pflichten der Vertragsparteien der Vereinbarungen sowie die Finanzierungsbedingungen und die zu treffenden Maßnahmen festzulegen. Die Verhandlungen können von der Agentur nach den in Artikel 6 Absatz 3 und Artikel 11 Absatz 3 festgelegten Regeln geführt werden.“

Artikel XII

Artikel 13 und 14 des Übereinkommens werden gestrichen. Artikel 31 des Übereinkommens wird Artikel 13. Artikel 15 des Übereinkommens wird Artikel 14. Artikel 16 des Übereinkommens wird gestrichen.

Artikel XIII

Artikel 17 des Übereinkommens wird Artikel 15 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 15

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben durchführt, wendet die Agentur die Bestimmungen an, die im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien und in den Lufträumen gelten, für die letzteren die Durchführung von Flugsicherungsdiensten durch internationale Übereinkünfte übertragen ist, deren Vertragspartei sie sind.“

Artikel XIV

Artikel 18 des Übereinkommens wird Artikel 16 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 16

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben durchführt, erteilt die Agentur im Rahmen der den Flugsicherungsdiensten übertragenen Befugnisse den Luftfahrzeugführern alle erforderlichen Weisungen. Abgesehen von den Fällen höherer Gewalt, die in den in Artikel 15 erwähnten Bestimmungen geregelt sind, haben die Luftfahrzeugführer diese Weisungen zu beachten.“

Artikel XV

Artikel 19 des Übereinkommens wird Artikel 17 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 17

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben durchführt, werden Zuwiderhandlungen gegen die Luftverkehrsregeln in dem Luftraum, in dem die Durchführung der Flugsicherungsdienste der Agentur übertragen ist, von Bediensteten, welche die Agentur hierzu besonders beauftragt hat, durch Aufnahme in ein Protokoll festgestellt; hierdurch wird das Recht auf Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art, das von Bediensteten der Vertragsparteien nach innerstaatlichem Recht zusteht, nicht berührt. Die obengenannten Protokolle haben vor den innerstaatlichen Gerichten den gleichen Wert wie Protokolle der innerstaatlichen Bediensteten, die zur Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art befugt sind.“

Artikel XVI

Ein neuer Artikel 18 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 18

1. Die Übermittlung von Veröffentlichungen und anderen Informationsunterlagen, die von der Organisation ausgehen

«Article 12

Les accords entre l'Organisation et une ou plusieurs Parties contractantes ou un ou plusieurs Etats non membres ou une organisation internationale, relatifs aux tâches prévues à l'article 2 doivent fixer les tâches, droits et obligations respectifs des Parties aux accords ainsi que les conditions de financement et déterminer les mesures à prendre. Ils peuvent être négociés par l'Agence dans les conditions prévues au paragraphe 3 de l'article 6 et au paragraphe 3 de l'article 11.»

Article XII

Les articles 13 et 14 de la Convention sont abrogés. L'article 31 de la Convention devient l'article 13; l'article 15 de la Convention devient l'article 14. L'article 16 de la Convention est abrogé.

Article XIII

L'article 17 de la Convention devient l'article 15 ainsi rédigé:

«Article 15

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2, l'Agence applique les règlements en vigueur sur les territoires des Parties contractantes et dans les espaces aériens pour lesquels la fourniture des services de la circulation aérienne leur est confiée en vertu des accords internationaux auxquels elles sont parties.»

Article XIV

L'article 18 de la Convention devient l'article 16 ainsi rédigé:

«Article 16

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2 et dans la limite des droits conférés aux services de la circulation aérienne, l'Agence donne aux commandants d'aéronefs toutes instructions nécessaires. Ils sont tenus de s'y conformer, hormis les cas de force majeure envisagés dans les règlements mentionnés à l'article précédent.»

Article XV

L'article 19 de la Convention devient l'article 17 ainsi rédigé:

«Article 17

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2, les infractions à la réglementation de la navigation aérienne commises dans l'espace où la fourniture des services de la circulation aérienne est confiée à l'Agence sont constatées dans les procès-verbaux par des agents spécialement commissionnés par elle à cet effet, sans préjudice du droit reconnu par les législations nationales aux agents des Parties contractantes de constater les infractions de même nature. Les procès-verbaux visés ci-dessus ont devant les tribunaux nationaux la même valeur que ceux dressés par les agents nationaux qualifiés pour constater les infractions de même nature.»

Article XVI

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 18 ainsi rédigé:

«Article 18

1. La circulation des publications et des autres supports d'information expédiés par l'Organisation ou destinés à celle-

oder an diese gerichtet sind und mit ihrer amtlichen Tätigkeit in Zusammenhang stehen, unterliegt keinen Beschränkungen.

2. Bei ihrem amtlichen Nachrichtenverkehr und der Übermittlung aller ihrer Schriftstücke hat die Organisation Anspruch auf eine ebenso günstige Behandlung, wie sie von den einzelnen Vertragsparteien vergleichbaren internationalen Organisationen gewährt wird."

Artikel XVII

Artikel 20 des Übereinkommens wird gestrichen. Artikel 21 bis 23 werden Artikel 19 bis 21. Die im alten Artikel 22 Absatz 4 enthaltene Verweisung auf Artikel 36 der Satzung der Agentur wird durch eine Verweisung auf Artikel 25 dieser Satzung ersetzt.

Artikel XVIII

Artikel 24 des Übereinkommens wird Artikel 22 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 22

1. Die Agentur kann Staatsangehörige der Vertragsparteien als qualifiziertes Personal zur Mitarbeit heranziehen.

2. Das Personal der Organisation genießt Befreiung von den Einwanderungsbeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer, wie sie allgemein dem Personal vergleichbarer internationaler Organisationen gewährt wird; das gleiche gilt für die in den Haushalten des Personals lebenden Familienangehörigen.

3. a) Im Fall einer internationalen Krise gewähren die Vertragsparteien dem Personal der Organisation und den in seinen Haushalten lebenden Familienangehörigen dieselben Erleichterungen bei der Rückführung in ihren Heimatstaat, wie sie dem Personal anderer internationaler Organisationen gewährt werden.

b) Die Verpflichtungen des Personals gegenüber der Organisation werden von den Bestimmungen unter Buchstabe a nicht berührt.

4. Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 sind nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit zulässig.

5. Das Personal der Organisation

a) ist bei der Einfuhr seiner persönlichen Gebrauchsgegenstände, Möbel und sonstigen gebrauchten Hausratsgüter, die es bei seiner erstmaligen Niederlassung aus dem Ausland mitbringt, sowie bei der Wiederausfuhr der gleichen Gebrauchsgegenstände, Möbel und sonstigen Hausratsgüter bei Beendigung seiner Tätigkeit von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit, soweit es sich nicht um Gebühren oder Abgaben für geleistete Dienste handelt;

b) kann bei Antritt des Dienstes im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei seine Kraftfahrzeuge vorübergehend zollfrei einführen und spätestens bei Beendigung der Amtszeit zollfrei wieder ausführen, jedoch in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung der beteiligten Vertragspartei in jedem Einzelfall für erforderlich erachtet;

c) genießt Unverletzlichkeit aller seiner amtlichen Schriftstücke und Urkunden.

6. Die Vertragsparteien sind nicht verpflichtet, die in Absatz 5 Buchstaben a und b genannten Erleichterungen ihren eigenen Staatsangehörigen zu gewähren.

7. Der Generaldirektor der Agentur genießt, außer den für das Personal der Organisation vorgesehenen Vorrechten, Erleichterungen und Befreiungen, die Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der in Ausübung seines Amtes vorge-

cl, et correspondant à ses activités officielles n'est soumise à aucune restriction.

2. Pour ses communications officielles et le transfert de tous ses documents, l'Organisation bénéficie d'un traitement aussi favorable que celui accordé par chaque Partie contractante aux organisations internationales similaires."

Article XVII

L'article 20 de la Convention est abrogé et les articles 21, 22 et 23 deviennent les articles 19, 20 et 21. Dans le paragraphe 4 de l'ancien article 22, la référence à l'article 36 des Statuts de l'Agence est remplacée par une référence à l'article 25 des Statuts.

Article XVIII

L'article 24 de la Convention devient l'article 22 ainsi rédigé:

«Article 22

1. L'Agence peut faire appel au concours de personnes qualifiées ressortissantes des Parties contractantes.

2. Les membres du personnel de l'Organisation ainsi que les membres de leur famille vivant à leur foyer bénéficient des exceptions aux dispositions limitant l'immigration et réglant l'enregistrement des étrangers généralement reconnues aux membres du personnel des organisations internationales similaires.

3. (a) Les Parties contractantes accordent, en période de crise internationale, aux membres du personnel de l'Organisation et aux membres de leur famille vivant à leur foyer, les mêmes facilités de rapatriement que celles reconnues au personnel des autres organisations internationales;

(b) Les obligations du personnel de l'Organisation vis-à-vis de celle-ci ne sont pas affectées par la disposition du (a) ci-dessus.

4. Il ne peut être fait exception aux dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article que pour des motifs tirés de l'ordre, de la sécurité ou de la santé publics.

5. Les membres du personnel de l'Organisation:

(a) bénéficient de la franchise des droits et taxes de douane autres que les redevances ou impositions représentatives de services rendus, pour l'importation des effets personnels, meubles ou autres objets de ménages usagés qu'ils apportent de l'étranger lors de leur premier établissement et pour la réexportation de ces mêmes effets, meubles et objets, lors de la cessation de leurs fonctions;

(b) peuvent à l'occasion de leur prise de fonction sur le territoire de l'une des Parties contractantes, importer temporairement en franchise leur voiture automobile personnelle et ensuite, au plus tard à la fin de leur temps de service, réexporter ce véhicule en franchise, sous réserve, dans l'une et l'autre hypothèse, des conditions jugées nécessaires dans tous les cas particuliers, par le Gouvernement de la Partie contractante intéressée;

(c) jouissent de l'inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels.

6. Il n'est pas fait obligation aux Parties contractantes d'accorder à leurs propres ressortissants les facilités prévues aux (a) et (b) du paragraphe 5 ci-dessus.

7. Le Directeur Général de l'Agence, outre les privilèges, exemptions et facilités prévus pour le personnel de l'Organisation, jouit de l'immunité de juridiction pour ses actes, y compris ses paroles et écrits, accomplis dans le cadre de son activité

nommenen Handlungen, einschließlich seiner mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes gegen Vorschriften über den Straßenverkehr oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Fahrzeug verursacht wird.

8. Die beteiligten Regierungen ergreifen alle zweckdienlichen Maßnahmen, um den freien Transfer der Netto-Bezüge sicherzustellen."

Artikel XIX

Ein neuer Artikel 23 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 23

Die Vertreter der Vertragsparteien genießen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und während der Reise zum und vom Tagungsort Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden."

Artikel XX

Ein neuer Artikel 24 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 24

Aufgrund des der Organisation eigenen Systems der Sozialen Sicherheit sind die Organisation, der Generaldirektor und die Mitglieder des Personals der Organisation unbeschadet der zwischen der Organisation und einer Vertragspartei bei Inkrafttreten dieses 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls bestehenden Regelung von sämtlichen Pflichtbeiträgen an staatliche Sozialversicherungsträger befreit."

Artikel XXI

Artikel 26 des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 26

1. a) Die Anlagen der Organisation sind unverletzlich. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Organisation dürfen weder beschlagnahmt noch eingezogen noch enteignet werden.

b) Die Archive der Organisation und alle ihr gehörenden amtlichen Schriftstücke und Urkunden sind, gleichviel wo sie sich befinden, unverletzlich.

2. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Organisation können nur aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung beschlagnahmt werden oder Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sein. Die Anlagen der Organisation können jedoch weder beschlagnahmt werden noch Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sein.

3. Jedoch haben die zuständigen Behörden der Staaten, in denen sich der Sitz oder Anlagen und Archive der Organisation befinden, zur Durchführung gerichtlicher Untersuchungen und zu Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, nach Unterrichtung des Generaldirektors der Agentur, in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet Zugang zu diesen Anlagen und Archiven."

Artikel XXII

Artikel 28 des Übereinkommens wird gestrichen.

Artikel XXIII

Artikel 29 des Übereinkommens wird Artikel 28 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 28

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben durchführt, sind die internationalen

offizielle; cette immunité n'est pas applicable en cas d'infraction à la réglementation de la circulation routière ou en cas de dommage causé par un véhicule lui appartenant ou conduit par lui.

8. Les Gouvernements intéressés prennent toutes mesures utiles pour assurer la liberté de transfert des salaires nets."

Article XIX

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 23 ainsi rédigé:

«Article 23

Les représentants des Parties contractantes, dans l'exercice de leurs fonctions ainsi qu'au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de réunion, jouissent de l'inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels."

Article XX

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 24 ainsi rédigé:

«Article 24

En raison de son régime propre de prévoyance sociale, l'Organisation, le Directeur Général et les membres du personnel de l'Organisation sont exemptés de toutes contributions obligatoires à des organismes nationaux de prévoyance sociale sans préjudice des arrangements existant entre l'Organisation et une Partie contractante lors de l'entrée en vigueur du Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981."

Article XXI

L'article 26 de la Convention est remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 26

1. (a) Les installations de l'Organisation sont inviolables. Les biens et avoirs de l'Organisation sont exemptés de toute réquisition, expropriation et confiscation.

(b) Les archives de l'Organisation et tous les papiers et documents officiels lui appartenant sont inviolables en quelque endroit qu'ils se trouvent.

2. Les biens et avoirs de l'Organisation ne peuvent être saisis ni faire l'objet de mesures d'exécution forcée, si ce n'est par décision de justice. Toutefois, les installations de l'Organisation ne peuvent être saisies ni faire l'objet de mesures d'exécution forcée.

3. Toutefois, pour effectuer les enquêtes judiciaires et assurer l'exécution des décisions de justice dans leur territoire respectif, les autorités compétentes de l'Etat du Siège et des autres pays où sont situées ces installations et archives ont accès, après en avoir avisé le Directeur général de l'Agence, aux installations et archives de l'Organisation."

Article XXII

L'article 28 de la Convention est abrogé.

Article XXIII

L'article 29 de la Convention devient l'article 28 ainsi rédigé:

«Article 28

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2, les accords internatio-

Übereinkünfte und die innerstaatlichen Vorschriften über Ein- und Überflug und über die Sicherheit des Hoheitsgebiets der Vertragsparteien für die Agentur verbindlich. Die Agentur trifft alle für die Anwendung dieser Übereinkünfte und Vorschriften notwendigen Maßnahmen."

Artikel XXIV

Artikel 30 des Übereinkommens wird Artikel 29 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 29

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben durchführt, ist die Agentur verpflichtet, den Vertragsparteien auf Verlangen alle Auskünfte über Luftfahrzeuge zu erteilen, die ihr in Ausübung ihrer Tätigkeit bekannt werden, damit die Vertragsparteien die Anwendung der internationalen Übereinkünfte und der innerstaatlichen Vorschriften überwachen können."

Artikel XXV

Artikel 32 des Übereinkommens wird Artikel 30.

Artikel XXVI

Artikel 33 des Übereinkommens wird Artikel 31.

Artikel XXVII

Artikel 34 des Übereinkommens wird Artikel 32; sein Absatz 3 erhält folgenden Wortlaut:

„3. Die Artikel 1, 11, 19 und 20 der beigefügten Satzung können jedoch von der Kommission nicht geändert werden."

Artikel XXVIII

Artikel 35 des Übereinkommens wird Artikel 33 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 33

Im Fall einer Krise oder eines Krieges wird die Handlungsfreiheit der beteiligten Vertragsparteien durch die Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht beeinträchtigt."

Artikel XXIX

Artikel 36 des Übereinkommens wird Artikel 34.

Artikel XXX

Artikel 38 des Übereinkommens wird gestrichen.

Artikel XXXI

Artikel 39 des Übereinkommens wird Artikel 35; seine Absätze 1 und 2 erhalten folgenden Wortlaut:

„1. Die Geltungsdauer dieses Übereinkommens in der Fassung des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls wird um 20 Jahre verlängert, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls an gerechnet.

2. Diese Geltungsdauer verlängert sich ohne weiteres um jeweils fünf Jahre, sofern eine Vertragspartei nicht spätestens zwei Jahre vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer durch eine an die Regierung des Königreichs Belgien gerichtete schriftliche Notifikation ihre Absicht bekundet, das Übereinkommen zu beenden. Die Regierung des Königreichs Belgien setzt die Regierungen der anderen Vertragsparteien des Übereinkommens von dieser Notifikation in Kenntnis."

naux et les réglementations nationales relatifs à l'accès, au survol et à la sécurité du territoire des Parties contractantes sont obligatoires pour l'Agence qui prend toutes mesures nécessaires à leur application."

Article XXIV

L'article 30 de la Convention devient l'article 29 ainsi rédigé:

«Article 29

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2, l'Agence est tenue de donner aux Parties contractantes qui en formulent la demande, toutes les informations relatives aux aéronefs dont elle a connaissance dans l'exercice de ses fonctions, afin de permettre auxdites Parties contractantes de contrôler l'application des accords internationaux et des règlements nationaux."

Article XXV

L'article 32 de la Convention devient l'article 30.

Article XXVI

L'article 33 de la Convention devient l'article 31.

Article XXVII

L'article 34 de la Convention devient l'article 32; son paragraphe 3 est remplacé par les dispositions suivantes:

«3. Toutefois, les dispositions prévues aux articles 1, 11, 19 et 20 des Statuts ci-annexés ne sont pas susceptibles de modification par la Commission."

Article XXVIII

L'article 35 de la Convention devient l'article 33 ainsi rédigé:

«Article 33

En cas de crise ou de guerre, les dispositions de la présente Convention ne peuvent porter atteinte à la liberté d'action des Parties contractantes concernées."

Article XXIX

L'article 36 de la Convention devient l'article 34.

Article XXX

L'article 38 de la Convention est abrogé.

Article XXXI

L'article 39 de la Convention devient l'article 35. Ses paragraphes 1 et 2 sont remplacés par les dispositions suivantes:

«1. La présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981, est prorogée d'une durée de vingt ans, à compter de l'entrée en vigueur du Protocole précité.

2. Cette durée sera automatiquement prolongée par périodes de cinq années à moins qu'une Partie contractante n'ait manifesté par une notification écrite au Gouvernement du Royaume de Belgique, au moins deux ans avant l'expiration de la période en cours, son intention de mettre fin à la Convention. Le Gouvernement du Royaume de Belgique avisera les Gouvernements des autres Etats parties à la Convention de ladite notification."

Artikel XXXII

Artikel 40 des Übereinkommens wird gestrichen.

Article XXXII

L'article 40 de la Convention est abrogé.

Artikel XXXIII

Artikel 41 des Übereinkommens wird Artikel 36; seine Absätze 1 und 4 erhalten folgenden Wortlaut:

„1. Voraussetzung für den Beitritt zu diesem Übereinkommen in der Fassung des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls ist im Falle der Staaten, die dieses Protokoll nicht unterzeichnet haben,

- a) die einstimmige Genehmigung durch die Kommission und
- b) die gleichzeitige Hinterlegung der Beitrittsurkunde zu der 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren.

4. Der Beitritt wird am ersten Tag des zweiten Monats wirksam, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgt.“

Article XXXIII

L'article 41 de la Convention devient l'article 36. Ses paragraphes 1 et 4 sont remplacés par les dispositions suivantes:

«1. L'adhésion à la présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981, de tout Etat non signataire du Protocole précité, est subordonnée:

- (a) à l'accord de la Commission statuant à l'unanimité;
- (b) au dépôt concomitant par cet Etat de son instrument d'adhésion à l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route ouvert à la signature à Bruxelles en 1981.

4. L'adhésion prendra effet le premier jour du deuxième mois suivant le dépôt de l'instrument d'adhésion.»

Artikel XXXIV

Artikel 42 des Übereinkommens wird gestrichen.

Article XXXIV

L'article 42 de la Convention est abrogé.

Artikel XXXV

Die dem Übereinkommen als Anlage I beigelegte Satzung der Agentur wird durch Anlage 1 dieses Protokolls ersetzt.

Article XXXV

L'Annexe I à la Convention, relative aux Statuts de l'Agence, est remplacée par l'Annexe 1 au présent Protocole.

Artikel XXXVI

Die Anlage II zum Übereinkommen wird durch Anlage 2 dieses Protokolls ersetzt, die folgende Bezeichnung hat: „Fluginformationsgebiete (Artikel 3 des Übereinkommens)“.

Article XXXVI

L'Annexe II à la Convention est remplacée par l'Annexe 2 au présent Protocole intitulée «Régions d'Information de Vol (article 3 de la Convention)».

Artikel XXXVII

Das Zeichnungsprotokoll zum Übereinkommen wird hiermit aufgehoben.

Article XXXVII

Le Protocole de signature de la Convention est abrogé.

Artikel XXXVIII

Das am 6. Juli 1970 in Brüssel unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Übereinkommen in der Fassung des am 21. November 1978 in Brüssel unterzeichneten Protokolls wird wie folgt geändert:

1. Die Verweisungen auf die Artikel 21 und 22 sowie auf Artikel 22 Absatz 1 des Übereinkommens in Artikel 1 Absatz 1 des Protokolls von 1970 werden durch Verweisungen auf die Artikel 19 und 20 des Übereinkommens in der Fassung des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls beziehungsweise auf Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens in der Fassung dieses Protokolls ersetzt.
2. Zur Anwendung des Artikels 2 des Protokolls von 1978 wird die Verweisung auf Artikel 14 der Satzung der Agentur in Artikel 3 Absatz 1 des Protokolls von 1970 durch eine Verweisung auf Artikel 12 der Satzung der Agentur in der Anlage 1 des Übereinkommens in der Fassung des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls ersetzt.
3. Die Verweisung auf Artikel 33 des Übereinkommens in Artikel 5 des Protokolls von 1970 wird durch eine Verweisung auf Artikel 31 des Übereinkommens in der Fassung des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls ersetzt.
4. Die Verweisung auf Artikel 41 des Übereinkommens in Artikel 8 Absatz 1 und 2 des Protokolls von 1970 wird durch

Article XXXVIII

Le Protocole additionnel à la Convention, signé à Bruxelles le 6 juillet 1970, tel que modifié par le Protocole signé à Bruxelles le 21 novembre 1978 est amendé comme suit:

1. Les références aux articles 21 et 22 de la Convention et au paragraphe 1 de l'article 22 de la Convention figurant au paragraphe 1 de l'article 1 du Protocole de 1970 sont remplacées par les références aux articles 19 et 20 de la Convention telle qu'amendée par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981 et 20, paragraphe 1 de la Convention telle qu'amendée par le Protocole précité.
2. Aux fins d'application de l'article 2 du Protocole de 1978, la référence à l'article 14 des Statuts de l'Agence figurant au paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole de 1970 est remplacée par une référence à l'article 12 des Statuts de l'Agence figurant à l'Annexe 1 de la Convention telle qu'amendée par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981.
3. La référence à l'article 33 de la Convention figurant à l'article 5 du Protocole de 1970 est remplacée par une référence à l'article 31 de la Convention telle qu'amendée par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981.
4. La référence à l'article 41 de la Convention figurant aux paragraphes 1 et 2 de l'article 8 du Protocole de 1970 est

eine Verweisung auf Artikel 36 des Übereinkommens in der Fassung des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls ersetzt.

Artikel XXXIX

Die Übergangsbestimmungen zur Überleitung von der Regelung nach dem Übereinkommen auf die Regelung nach dem Übereinkommen in der Fassung dieses Protokolls sind in der Anlage 3 dieses Protokolls aufgeführt.

Artikel XL

1. Dieses Protokoll liegt bis zum 28. Februar 1981 für alle Vertragsparteien des Übereinkommens zur Unterzeichnung auf.

Darüber hinaus liegt es vor seinem Inkrafttreten für jeden anderen Staat zur Unterzeichnung auf, der zu der Diplomatischen Konferenz eingeladen war, auf der es angenommen wurde, oder der mit einmütiger Zustimmung der Kommission zur Unterzeichnung zugelassen wurde.

2. Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt.

3. Dieses Protokoll tritt am 1. März 1983 in Kraft, vorausgesetzt, daß alle Vertragsparteien des Übereinkommens es bis dahin ratifiziert haben, anderenfalls an dem 1. Juli beziehungsweise an dem 1. Januar, der auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch diejenige Vertragspartei des Übereinkommens folgt, die diese Urkunde zuletzt hinterlegt, je nachdem, ob diese Hinterlegung im 1. oder im 2. Halbjahr des laufenden Jahres erfolgt.

4. Für jeden Unterzeichnerstaat dieses Protokolls, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist und dessen Ratifikationsurkunde nach dem Inkrafttreten des Protokolls hinterlegt wird, tritt dieses am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

5. Jeder Unterzeichnerstaat, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, wird durch die Ratifikation des Protokolls zugleich Vertragspartei des Übereinkommens in der Fassung des Protokolls.

6. Die Regierung des Königreichs Belgien notifiziert den Regierungen der anderen Vertragsparteien und jedes Unterzeichnerstaats dieses Protokolls jede Unterzeichnung des Protokolls durch einen Staat, jede Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde sowie den Tag des Inkrafttretens des Protokolls gemäß den Absätzen 3 und 4.

Artikel XLI

Die Ratifikation dieses Protokolls gilt gleichzeitig als Ratifikation der 1981 zur Unterzeichnung aufgelegten Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren.

Artikel XLII

Das Übereinkommen und dieses Protokoll werden in ihrer Gesamtheit als „das 1981 in Brüssel geänderte Internationale Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)“ bezeichnet. Das Übereinkommen und das Protokoll bilden eine einzige Übereinkunft.

Artikel XLIII

Die Regierung des Königreichs Belgien läßt dieses Protokoll beim Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und beim Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation nach Artikel 83 des am

remplacée par une référence à l'article 36 de la Convention telle qu'amendée par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981.

Article XXXIX

Les dispositions transitoires relatives au passage du régime de la Convention au régime de la Convention amendée par le présent Protocole font l'objet de l'Annexe 3 au présent Protocole.

Article XL

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature de tous les Etats parties à la Convention jusqu'au 28 février 1981.

Il est également ouvert, avant la date de son entrée en vigueur, à la signature de tout autre Etat invité à la Conférence diplomatique au cours de laquelle il a été adopté, et de tout autre Etat autorisé à le signer par la Commission permanente statuant à l'unanimité.

2. Le présent Protocole sera soumis à ratification. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique.

3. Le présent Protocole entrera en vigueur le 1^{er} mars 1983 pour autant que tous les Etats parties à la Convention l'aient ratifié avant cette date. Si cette condition n'est pas remplie, il entrera en vigueur soit le 1^{er} juillet soit le 1^{er} janvier qui suit la date du dépôt du dernier instrument de ratification, selon que ce dépôt a eu lieu au cours du premier ou du deuxième semestre de l'année.

4. Pour tout Etat signataire du présent Protocole qui n'est pas partie à la Convention et dont l'instrument de ratification est déposé après la date de l'entrée en vigueur du présent Protocole, celui-ci entrera en vigueur le 1^{er} jour du deuxième mois suivant la date du dépôt de son instrument de ratification.

5. Tout Etat signataire du présent Protocole qui n'est pas partie à la Convention, devient, par la ratification de ce Protocole, également partie à la Convention amendée par le Protocole.

6. Le Gouvernement du Royaume de Belgique notifiera aux Gouvernements des autres Etats parties à la Convention et de tout Etat signataire du présent Protocole, toute signature, le dépôt de tout instrument de ratification, et toute date d'entrée en vigueur du présent Protocole conformément aux paragraphes 3 et 4 ci-dessus.

Article XLI

La ratification du présent Protocole vaut ratification de l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route ouvert à la signature en 1981.

Article XLII

La Convention et le présent Protocole constituent un seul et même instrument qui sera dénommé «Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne EUROCONTROL amendée à Bruxelles en 1981».

Article XLIII

Le Gouvernement du Royaume de Belgique fera enregistrer le présent Protocole auprès du Secrétaire Général des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies et auprès du Conseil de l'Organisation de l'Avia-

7. Dezember 1944 in Chikago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt registrieren.

tion Civile Internationale, conformément à l'article 83 de la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale signée à Chicago le 7 décembre 1944.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Protokoll unterschrieben.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés, après présentation de leurs pleins pouvoirs qui ont été reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent Protocole.

Geschehen zu Brüssel am 12. Februar 1981 in deutscher, englischer, französischer, niederländischer und portugiesischer Sprache, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten eine beglaubigte Abschrift. Bei Abweichungen zwischen den Texten ist der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

Fait à Bruxelles, le 12 février 1981, en langues allemande, anglaise, française, néerlandaise et portugaise, en un seul exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en communiquera copie certifiée conforme aux Gouvernements des autres Etats signataires. Le texte en langue française fera foi en cas de divergence entre les textes.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
H. Blomeyer-Bartenstein

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:
Charles-Ferdinand Nothomb
R. Urbain

Für die Französische Republik:
Pour la République Française:
France de Hartingh
Roger Machenaud

Für das Vereinigte Königreich
Großbritannien und Nordirland:
Pour le Royaume-Uni de
Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:
Peter Wakefield K. B. E., C. M. G.
David Garro Trefgarne

Für Irland:
Pour l'Irlande:
Albert Reynolds T. D.
Mary Tinney

Für das Großherzogtum Luxemburg:
Pour le Grand-Duché de Luxembourg:
Josy Barthel
Pierre Wurth

Für das Königreich der Niederlande:
Pour le Royaume des Pays-Bas:
J. H. O. Insinger
N. Smith-Kroes

Für die Portugiesische Republik:
Pour la République Portugaise:
José Carlos Pinto Soromenho Viana Baptista
João Eduardo Nunes de Oliveira Pequito

Anlage 1**Satzung der Agentur****Artikel 1**

Für die durch Artikel 1 des Übereinkommens gegründete Agentur ist diese Satzung maßgebend.

Artikel 2

1. Die Agentur ist das Organ, das die im Übereinkommen festgelegten oder ihm von der Kommission zugewiesenen Aufgaben durchführt.

2. Wenn die Agentur Flugsicherungsdienste durchführt, obliegt es ihr,

- a) Zusammenstöße zwischen Luftfahrzeugen zu verhüten;
- b) den geordneten und zügigen Ablauf des Flugverkehrs sicherzustellen;
- c) Rat und Auskunft für die sichere und zweckmäßige Durchführung von Flügen zu erteilen;
- d) die zuständigen Stellen zu benachrichtigen, wenn Luftfahrzeuge Such- und Rettungsdienste benötigen, und diesen Stellen die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

3. Die Agentur erstellt die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Einrichtungen und gewährleistet ihren ordnungsgemäßen Betrieb.

4. Zu diesem Zweck arbeitet die Agentur eng mit den Militärbehörden zusammen, um den Anforderungen des Luftverkehrs sowie den besonderen Anforderungen der Militärluftfahrt in möglichst wirkungsvoller und wirtschaftlicher Weise zu genügen.

5. Zur Durchführung ihres Auftrags kann die Agentur nach Maßgabe des Artikels 7 Absatz 2 unter anderem die von ihr benötigten Gebäude und Anlagen, insbesondere Forschungs- und Versuchsstätten für den Luftverkehr, Zentralen für die Regelung des Flugverkehrsflusses sowie Fortbildungs- und Fachschulen für das Personal der Flugsicherungsdienste erstellen und betreiben. Um jeden Doppelaufwand zu vermeiden, nimmt sie jedoch nach Möglichkeit die innerstaatlichen technischen Dienste sowie die bestehenden innerstaatlichen Anlagen in Anspruch.

Artikel 3

Vorbehaltlich der Befugnisse der Kommission wird die Agentur von einem Geschäftsführenden Ausschuß, im folgenden als „Ausschuß“ bezeichnet, und von einem Generaldirektor geleitet.

Artikel 4

1. Der Ausschuß besteht aus den Vertretern der Vertragsparteien. Jede Vertragspartei kann mehrere Vertreter benennen, insbesondere um die Wahrnehmung der Interessen der Zivilluftfahrt und der Landesverteidigung zu ermöglichen. Nur jeweils ein Vertreter ist stimmberechtigt. Dieser soll ein hoher Beamter sein, der in seinem Land auf dem Gebiet der Flugsicherung verantwortlich tätig ist. Jeder Vertreter hat einen Stellvertreter, der ihn im Fall der Verhinderung rechtswirksam vertritt.

2. Im Fall des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe 1 des Übereinkommens wird der Ausschuß um Vertreter der Staaten erweitert, die nicht Mitglieder der Organisation, aber Vertragsparteien der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren sind; der so erweiterte Ausschuß beschließt nach den in der Vereinbarung festgelegten Regeln.

Annexe 1**Statuts de l'Agence****Article 1**

L'Agence instituée par l'Article 1 de la Convention est régie par les présents Statuts.

Article 2

1. L'Agence constitue l'organe chargé de l'exécution des tâches qui lui sont confiées par la Convention ou par la Commission.

2. Lorsqu'elle assure des services de navigation aérienne, l'Agence a pour objectifs:

- (a) d'éviter les abordages entre aéronefs;
- (b) d'assurer l'écoulement ordonné et rapide de la circulation aérienne;
- (c) de fournir les avis et les renseignements utiles à l'exécution sûre et efficace des vols;
- (d) d'alerter les organes appropriés lorsque les aéronefs ont besoin de l'aide des services de recherche et de sauvetage, et de prêter à ces organes le concours nécessaire.

3. L'Agence met en place les moyens nécessaires à l'exécution de ses missions et en assure le bon fonctionnement.

4. A cette fin, l'Agence travaille en étroite collaboration avec les autorités militaires, afin de satisfaire le plus efficacement et le plus économiquement possible les besoins de la circulation aérienne et les besoins particuliers de l'aviation militaire.

5. Pour l'exercice de sa mission, sous réserve des conditions prévues au paragraphe 2 de l'article 7 ci-après, elle peut notamment construire et exploiter les bâtiments et installations qui lui sont nécessaires, en particulier des centres de recherche et d'expérimentation de la circulation aérienne, de gestion des courants de trafic aérien et des écoles servant au perfectionnement et à la spécialisation du personnel des services de la navigation aérienne. Elle fait néanmoins appel aux services techniques nationaux et utilise les installations nationales existantes chaque fois que cela est possible, afin d'éviter tout double emploi.

Article 3

Sous réserve des pouvoirs reconnus à la Commission, l'Agence est administrée par un Comité de gestion, ci-après dénommé «le Comité» et par un Directeur Général.

Article 4

1. Le Comité est composé de représentants de chacune des Parties contractantes, qui peut nommer plusieurs représentants afin de permettre notamment la représentation des intérêts de l'aviation civile et de la défense nationale, mais dont l'un seulement a voix délibérative. Ce dernier est un haut fonctionnaire exerçant dans son pays des responsabilités dans le domaine de la navigation aérienne. Chaque représentant est pourvu d'un suppléant, qui le représente valablement en cas d'empêchement.

2. Pour l'application du (l) du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention, le Comité est élargi aux représentants des Etats non membres de l'Organisation qui sont parties à l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route. Le Comité élargi prend ses décisions dans les conditions fixées par cet Accord.

3. Wenn andere Vereinbarungen zwischen der Organisation und Drittstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens, insbesondere über die Verkehrsflußregelung, entsprechende Bestimmungen enthalten, wird der Ausschuß ebenfalls erweitert und beschließt nach den in der betreffenden Vereinbarung vorgesehenen Regeln.

Artikel 5

1. Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens alle stimmberechtigten Vertreter der Vertragsparteien bis auf einen anwesend sind.

2. Ist der Ausschuß nicht beschlußfähig, so wird die Beratung auf eine spätere Sitzung verschoben, die neu einzuberufen ist und frühestens nach zehn Tagen stattfinden darf. Für die zweite Beratung ist der Ausschuß beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Vertreter anwesend ist.

Artikel 6

1. Der Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung, in der auch Vorschriften für die Wahl eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten und die Bestellung eines Sekretärs festgelegt werden.

2. Die Geschäftsordnung hat Bestimmungen über die Unvereinbarkeit von Ämtern zu enthalten. Sie hat ferner vorzusehen, daß die Einberufung zu den Sitzungen unter Beifügung der Tagesordnung brieflich oder in dringenden Fällen telegrafisch erfolgt.

3. Die Geschäftsordnung bedarf der Genehmigung durch die Kommission.

Artikel 7

1. Der Ausschuß beschließt auf Vorschlag des Generaldirektors über die Organisation der Agentur.

2. Der Ausschuß unterbreitet jedoch die nach Artikel 2 Absatz 5 zu treffenden Maßnahmen der Kommission zur Genehmigung.

Artikel 8

Der Ausschuß legt der Kommission alljährlich einen Bericht über die Tätigkeit und die finanzielle Lage der Organisation vor.

Artikel 9

1. Auf Ersuchen der Kommission legt der Ausschuß mehrjährige Investitions- und Arbeitsprogramme fest. Sie bedürfen der Genehmigung durch die Kommission.

2. Insbesondere trifft der Ausschuß folgende Maßnahmen und unterbreitet sie der Kommission, die darüber nach den Bestimmungen des Übereinkommens beschließt:

- a) Er stellt das Programm zur Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a, e, f und j des Übereinkommens aufgeführten Aufgaben auf;
- b) er schlägt die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens genannten gemeinsamen langfristigen Ziele vor;
- c) er prüft die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe g des Übereinkommens genannten Forschungs- und Entwicklungsprogramme;
- d) er arbeitet die nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Übereinkommens aufzustellenden mittelfristigen Pläne und das im selben Artikel in Absatz 1 Buchstabe d vorgesehene gemeinsame Vorgehen in bezug auf Boden- und Bordsysteme und auf die Personalausbildung aus;

3. Si des dispositions à cet effet sont prévues dans d'autres accords conclus par l'Organisation avec des Etats tiers conformément au paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention, notamment pour la gestion des courants de trafic, le Comité sera élargi et prendra ses décisions dans les conditions prévues par ces accords.

Article 5

1. Le Comité délibère valablement lorsque au moins tous les représentants des Parties contractantes ayant voix délibérative sont présents.

2. Si ce quorum n'est pas atteint, la délibération est remise à une séance ultérieure, qui fait l'objet d'une nouvelle convocation et ne peut se tenir au plus tôt que dix jours après la précédente; pour la deuxième délibération, le quorum exigé est de la moitié au moins des représentants ayant voix délibérative.

Article 6

1. Le Comité élabore son règlement intérieur, qui fixe notamment les règles régissant l'élection d'un Président et d'un Vice-Président, ainsi que la désignation d'un Secrétaire.

2. Le règlement comporte des dispositions relatives aux incompatibilités. Il prévoit en outre que les convocations aux séances seront envoyées par lettre ou, en cas d'urgence, par télégramme, et comprendront l'ordre du jour.

3. Le règlement est soumis à l'approbation de la Commission.

Article 7

1. Le Comité statue sur l'organisation de l'Agence, qui doit être proposée par le Directeur Général.

2. Il soumet toutefois à l'approbation de la Commission les mesures à prendre en application du paragraphe 5 de l'article 2 ci-dessus.

Article 8

Le Comité rend compte chaque année à la Commission des activités et de la situation financière de l'Organisation.

Article 9

1. Le Comité élabore des programmes d'investissement et de travail portant sur plusieurs années, à la demande de la Commission. Ils sont soumis à l'approbation de celle-ci.

2. En particulier, en vue de les soumettre à l'approbation de la Commission qui statue conformément à la Convention, le Comité:

- (a) prépare le programme des tâches prévu aux (a), (e), (f) et (j) du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention;
- (b) élabore les objectifs communs à long terme prévus au (b) du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention;
- (c) étudie les programmes de recherche et de développement prévus au (g) du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention;
- (d) élabore les plans communs à moyen terme prévus au (c) du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention, ainsi que les politiques communes en matière de système au sol et de bord et de formation des personnels prévues au (d) du paragraphe 1 dudit article;

- e) er nimmt die in Artikel 2 des Übereinkommens vorgesehenen Vereinbarungen an;
- f) er veranlaßt die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben h und i des Übereinkommens vorgesehenen Untersuchungen.

3. Der Ausschuß beschließt im Rahmen der ihm von der Kommission gemäß Artikel 11 Absatz 3 des Übereinkommens übertragenen Befugnisse über die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel, Vereinbarungen abzuschließen, die für die Durchführung der in Artikel 2 des Übereinkommens genannten Aufgaben erforderlich sind; er genehmigt nach Möglichkeit die getroffenen Vereinbarungen.

Artikel 10

Der Ausschuß

- arbeitet Vorschriften für Ausschreibungen und die Vergabe von Aufträgen über Lieferungen und Dienstleistungen an die Organisation und die dafür anzuwendenden Bedingungen aus,
- legt die allgemeinen Vertragsbedingungen für Dienstleistungen der Organisation fest

und unterbreitet sie der Kommission zur Genehmigung.

Artikel 11

Der Ausschuß arbeitet die Haushaltsordnung aus und legt sie der Kommission zur Genehmigung vor. In der Haushaltsordnung werden insbesondere die für die Einnahmen und Ausgaben anzuwendenden Verfahren der Haushalts- und Wirtschaftsführung, die Regeln für die Zahlung der Beiträge der Staaten und die Bedingungen für die Aufnahme von Krediten durch die Organisation festgelegt.

Artikel 12

1. Der Ausschuß arbeitet das Personalstatut aus und legt es der Kommission zur Genehmigung vor. Dieses hat insbesondere Bestimmungen über die Staatsangehörigkeit des Personals, die Gehaltsstufen, die Versorgungsleistungen, die Unvereinbarkeit von Ämtern, das Amtsgeheimnis und die Dienstbereitschaft vorzusehen; es hat die Tätigkeiten festzulegen, die ohne besondere Genehmigung des Generaldirektors nicht gleichzeitig mit einer anderen ausgeübt werden dürfen.

2. Für Streitigkeiten zwischen der Organisation und dem Personal der Agentur ist ausschließlich das Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorganisation zuständig, unter Ausschluß aller anderen nationalen und internationalen Gerichte.

Artikel 13

1. Die Agentur kann Personal nur dann unmittelbar einstellen, wenn die Vertragsparteien nicht in der Lage sind, geeignetes Personal zur Verfügung zu stellen. Die Agentur kann jedoch mit Drittstaaten, die nicht der Organisation angehören, besondere Absprachen treffen, um die Beschäftigung geeigneten Personals aus diesen Staaten im Rahmen der Durchführung der in Artikel 5 Absätze 2 und 3 des Übereinkommens genannten Vereinbarungen zu ermöglichen.

2. Ein Angehöriger des aus einer innerstaatlichen Verwaltung stammenden Personals ist während der Gesamtdauer seiner Tätigkeit bei der Agentur deren Personalstatut unterworfen. Unberührt bleiben die Laufbahnvergünstigungen, welche die innerstaatlichen Vorschriften vorsehen.

3. Das aus einer innerstaatlichen Verwaltung stammende Personal kann dieser jederzeit wieder zur Verfügung gestellt werden, ohne daß es sich dabei um eine Dienststrafmaßnahme handelt.

- (e) adopte les accords prévus à l'article 2 de la Convention;

- (f) procède aux études prévues aux (h) et (i) du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention.

3. Le Comité prend, dans la limite de la délégation éventuellement faite par la Commission en application du paragraphe 3 de l'article 11 de la Convention, la décision d'ouvrir des négociations en vue de la conclusion des accords prévus à l'article 2 de la Convention et approuve, le cas échéant, les accords négociés.

Article 10

Le Comité élabore et soumet à l'approbation de la Commission:

- un règlement pour les appels d'offres et la passation des marchés relatifs à la fourniture des biens et services à l'Organisation, ainsi que les conditions régissant ces marchés;
- le cahier des prescriptions générales applicables aux marchés relatifs à la fourniture de services par l'Organisation.

Article 11

Le Comité élabore et soumet à l'approbation de la Commission, le règlement financier qui fixe notamment les procédures comptables à suivre en matière de recettes et de dépenses, les conditions régissant le versement des contributions nationales ainsi que les conditions de recours à l'emprunt par l'Organisation.

Article 12

1. Le Comité élabore et soumet à l'approbation de la Commission le statut administratif du personnel de l'Agence:

- celui-ci comporte notamment des dispositions relatives à la nationalité du personnel, aux barèmes de traitement, aux pensions, aux incompatibilités, au secret professionnel, à la continuité du service;
- il précise les emplois qui ne peuvent être cumulés avec aucun autre sans autorisation spéciale du Directeur Général.

2. Le Tribunal administratif de l'Organisation internationale du Travail est seul compétent pour connaître des litiges opposant l'Organisation et le personnel de l'Agence, à l'exclusion de toute autre juridiction, nationale ou internationale.

Article 13

1. L'Agence n'est habilitée à recruter directement le personnel que si les Parties contractantes ne sont pas en mesure de mettre à sa disposition du personnel qualifié. Toutefois, l'Agence peut convenir avec des Etats non membres de l'Organisation d'employer du personnel qualifié de ces Etats dans le cadre de l'application des accords prévus aux paragraphes 2 et 3 de l'article 5 de la Convention.

2. Durant tout le temps de son emploi par l'Agence, le personnel fourni par les administrations nationales est soumis au statut régissant le personnel de l'Agence, sans préjudice du maintien des avantages de carrière qui sont garantis par les réglementations nationales.

3. Le personnel fourni par une administration nationale peut toujours être remis à la disposition de celle-ci sans que cette mesure ait un caractère disciplinaire.

Artikel 14

1. Der Ausschuß faßt seine Beschlüsse mit gewogener Mehrheit.

2. Die gewogene Mehrheit umfaßt mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen, wobei

- die Stimmen der in Artikel 8 des Übereinkommens beschriebenen Wägung unterliegen;
- diese Stimmen die Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Vertragsparteien darstellen.

3. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Präsident, ob während der gleichen Sitzung sofort nochmals abgestimmt werden oder ob der Vorschlag auf die Tagesordnung einer weiteren Sitzung gesetzt werden soll, deren Termin er festlegt. Ergibt sich bei der weiteren Sitzung ebenfalls Stimmengleichheit, so gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

Artikel 15

1. Der Generaldirektor wird durch den Ausschuß für die Dauer von fünf Jahren nach Maßgabe des Artikels 14 Absatz 2 ernannt, wobei die nach der vorgenannten Bestimmung zu erreichende Mehrheit 70 % der abgegebenen gewogenen Gesamtstimmen erreichen muß. Er kann auf dieselbe Weise wiederernannt werden.

2. Er vertritt die Organisation gerichtlich und außergerichtlich.

3. Er übt ferner in Übereinstimmung mit dem vom Ausschuß und von der Kommission festgelegten allgemeinen Vorgehen folgende Befugnisse aus:

- a) Er sorgt für den zweckmäßigen Einsatz der Agentur;
- b) er ernennt und entläßt die Bediensteten nach den im Personalstatut vorgesehenen Regeln;
- c) er nimmt nach den in der Haushaltsordnung festgelegten Bedingungen und in dem von der Kommission hierfür bestimmten Umfang Kredite auf, deren Laufzeit ein Jahr nicht übersteigt;
- d) er schließt gemäß den in Artikel 10 genannten Vorschriften und innerhalb des von der Kommission hierfür bestimmten Umfangs Verträge über Lieferungen und Dienstleistungen ab.

4. Der Generaldirektor kann diese Aufgaben ohne vorherige Einschaltung des Ausschusses ausüben; er muß aber den Ausschuß über die aufgrund der vorgenannten Befugnisse getroffenen Maßnahmen in jedem Fall unterrichten.

5. Der Ausschuß legt die Bedingungen fest, unter denen der Generaldirektor im Falle seiner Verhinderung vertreten wird.

Artikel 16

1. Alle Einnahmen und Ausgaben der Agentur werden für jedes Haushaltsjahr veranschlagt.

2. Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Die Einnahmen und Ausgaben der Agentur für Forschungs- und Versuchsstätten, Schulen und für jede aufgrund des Artikels 2 Absatz 5 geschaffene Einrichtung werden in einen besonderen Voranschlag aufgenommen.

3. Die Regeln für die Veranschlagung, Bewirtschaftung und Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der Agentur werden in einer Haushaltsordnung nach Artikel 11 festgelegt, soweit in dieser Satzung nichts Näheres bestimmt wird.

Artikel 17

1. Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

Article 14

1. Le Comité prend ses décisions à la majorité pondérée.

2. La majorité pondérée s'entend de plus de la moitié des suffrages exprimés, étant entendu que:

- ces suffrages sont affectés de la pondération prévue à l'article 8 de la Convention;
- ces suffrages représentent la majorité des Parties contractantes votant.

3. En cas de partage égal des voix, le Président décide, soit de procéder à un deuxième scrutin au cours de la même séance, soit d'inscrire la proposition à l'ordre du jour d'une nouvelle séance dont il fixe la date. Si le partage des voix se renouvelle lors de la nouvelle séance, la voix du Président est prépondérante.

Article 15

1. Le Directeur Général est nommé pour une durée de cinq ans par le Comité statuant dans les conditions prévues au paragraphe 2 de l'article 14, sous réserve que la majorité calculée conformément à ce paragraphe dudit article atteigne 70 % des suffrages pondérés exprimés. Son mandat est renouvelable dans les mêmes conditions.

2. Il représente l'Organisation en justice et dans tous les actes de la vie civile.

3. En outre, conformément à la politique générale fixée par le Comité et la Commission, le Directeur Général:

- (a) veille à l'efficacité de l'Agence;
- (b) nomme les membres du personnel et met fin à leurs services dans les conditions prévues au statut administratif du personnel;
- (c) contracte les emprunts dont la durée n'excède pas un an, aux conditions prescrites par le règlement financier et dans les limites fixées à cet effet par la Commission;
- (d) Passe les contrats de fourniture et de vente de biens et de services aux conditions prescrites par le règlement prévu à l'article 10 et dans les limites fixées à cet effet par la Commission.

4. Le Directeur Général s'acquitte de ces fonctions sans en référer préalablement au Comité, mais tient en tout état de cause ce dernier informé de toutes les mesures prises en vertu des pouvoirs précités.

5. Le Comité détermine les conditions dans lesquelles le Directeur Général est remplacé en cas d'empêchement.

Article 16

1. Toutes les recettes et les dépenses de l'Agence doivent faire l'objet de prévisions pour chaque exercice budgétaire.

2. Le budget doit être équilibré en recettes et en dépenses. Les recettes et les dépenses de l'Agence relatives aux centres de recherches et d'expérimentation, écoles et tous autres organismes créés en application du paragraphe 5 de l'article 2 ci-dessus sont détaillées dans un état spécial.

3. Le règlement financier prévu à l'article 11 ci-dessus détermine les conditions de prévision, d'exécution et de contrôle des recettes et dépenses sous réserve des dispositions des présents Statuts.

Article 17

1. L'exercice budgétaire s'étend du 1^{er} janvier au 31 décembre.

2. Der Ausschuß legt den Voranschlag für jedes Haushaltsjahr spätestens am 31. Oktober eines jeden Jahres der Kommission zur Genehmigung vor.

Artikel 18

Der Ausschuß legt der Kommission Vorschläge über die Systematik des Haushaltsplans und die zu verwendende Rechnungseinheit zur Genehmigung vor.

Artikel 19

1. Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 2 werden die jährlichen Beiträge der einzelnen Vertragsparteien zum Haushalt für jedes Haushaltsjahr nach folgendem Verteilungsschlüssel bestimmt:

- a) Ein erster Teil von 30 % des Beitrags wird im Verhältnis zur Höhe des Brutto sozialprodukts der einzelnen Vertragsparteien berechnet, wie es nachstehend in Absatz 3 definiert ist;
- b) ein zweiter Teil von 70 % des Beitrags wird im Verhältnis zur Erhebungsgrundlage für Flugsicherungs-Streckengebühren der einzelnen Vertragsparteien berechnet, wie sie nachstehend in Absatz 4 definiert ist.

2. Keine Vertragspartei ist verpflichtet, für ein gegebenes Haushaltsjahr einen Beitrag von mehr als 30 % des Gesamtbetrags der Beiträge der Vertragsparteien zu leisten. Wenn die Anwendung der Regelung in Absatz 1 dazu führen würde, daß der Beitrag einer Vertragspartei diese 30 % überstiege, so wird der überschießende Teil auf die übrigen Vertragsparteien entsprechend der Regelung in Absatz 1 verteilt.

3. Das hierbei berücksichtigte Brutto sozialprodukt ergibt sich aus den Statistiken der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, oder, wenn diese nicht vorliegen, aus denjenigen einer anderen Stelle, die gleichwertige Garantien bietet und durch Beschluß der Kommission bezeichnet wurde, indem das arithmetische Mittel der letzten drei Jahre errechnet wird, für welche diese Statistiken vorliegen. Es handelt sich um das Brutto sozialprodukt nach Faktorkosten und laufenden Preisen in Europäischen Rechnungseinheiten.

4. Die hierbei berücksichtigte Erhebungsgrundlage für die Flugsicherungs-Streckengebühren ist diejenige, die für das vorletzte Jahr vor dem betreffenden Haushaltsjahr maßgebend war.

Artikel 20

1. Die Organisation kann die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten aufnehmen.

2. Die Organisation kann auf dem Geld- und Kapitalmarkt einer Vertragspartei Anleihen entweder nach den dort für Inlandsanleihen geltenden Rechtsvorschriften oder, in Ermangelung solcher Vorschriften, aufgrund einer entsprechenden Vereinbarung mit der betreffenden Vertragspartei aufnehmen.

3. Die Haushaltsordnung bestimmt das Verfahren, nach dem die Organisation Kredite aufnimmt und zurückzahlt.

4. Im Haushaltsplan wird der Höchstbetrag festgesetzt, bis zu dessen Höhe die Organisation während des betreffenden Jahres Kredite aufnehmen kann.

5. Auf den in diesem Artikel genannten Gebieten handelt die Organisation im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden oder der Notenbank der Vertragsparteien.

2. Les prévisions pour chaque exercice budgétaire sont soumises par le Comité à l'approbation de la Commission au plus tard le 31 octobre de chaque année.

Article 18

Le Comité soumet à l'approbation de la Commission des propositions sur le mode de présentation du budget et l'unité de compte à utiliser.

Article 19

1. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 ci-dessous, les contributions annuelles de chacune des Parties contractantes au budget sont, pour chaque exercice, déterminées selon la formule de répartition ci-après:

- (a) une première fraction, à concurrence de 30 % de la contribution, est calculée proportionnellement à l'importance du Produit national brut de la Partie contractante tel qu'il est défini au paragraphe 3 ci-dessous;
- (b) une deuxième fraction, à concurrence de 70 % de la contribution, est calculée proportionnellement à l'importance de l'assiette des redevances de route de la Partie contractante telle qu'elle est définie au paragraphe 4 ci-dessous.

2. Aucune Partie Contractante n'est tenue de verser, pour un exercice budgétaire donné, une contribution dépassant 30 % du montant global des contributions des Parties contractantes. Si la contribution de l'une des Parties contractantes calculée conformément au paragraphe 1 ci-dessus dépassait 30 %, l'excédent serait réparti entre les autres Parties contractantes selon les règles fixées audit paragraphe.

3. Le Produit national brut qui est pris en compte est celui qui résulte des statistiques établies par l'Organisation de Coopération et le Développement Economique – ou à défaut par tout organisme offrant des garanties équivalentes et désigné en vertu d'une décision de la Commission – en calculant la moyenne arithmétique des trois dernières années pour lesquelles ces statistiques sont disponibles. Il s'agit du Produit national brut au coût des facteurs et aux prix courants exprimé en unités de compte européennes.

4. L'assiette des redevances de route qui est prise en compte est celle établie pour la pénultième année précédant l'exercice budgétaire en question.

Article 20

1. L'Organisation peut emprunter sur les marchés financiers internationaux les ressources nécessaires à l'accomplissement de ses tâches.

2. L'Organisation peut émettre des emprunts sur les marchés financiers d'une Partie contractante dans le cadre de la réglementation nationale applicable à l'émission d'emprunts intérieurs, ou à défaut d'une telle réglementation avec l'accord de la Partie contractante.

3. Le règlement financier fixe les procédures selon lesquelles l'Organisation contracte et rembourse les emprunts.

4. Chaque budget fixe le montant maximum que l'Organisation peut emprunter au cours de l'année couverte par le budget.

5. Dans les domaines visés par le présent article, l'Organisation agit en accord avec les autorités compétentes des Parties contractantes ou avec leur banque d'émission.

Artikel 21

Der Haushaltsplan kann erforderlichenfalls im Laufe des Haushaltsjahres nach dem gleichen Verfahren überprüft werden, das für seine Aufstellung und Verabschiedung vorgesehen ist.

Artikel 22

1. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung wird alljährlich durch einen Kontrollausschuß geprüft; dieser besteht aus zwei Fachbeamten, die den Verwaltungen der Vertragsparteien angehören. Sie dürfen nicht die gleiche Staatsangehörigkeit besitzen. Der Ausschuß schlägt sie der Kommission zur Bestellung gemäß Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe b des Übereinkommens vor. Die Organisation trägt die Kosten für den Kontrollausschuß.

2. Durch die Prüfung, die anhand der Rechnungsunterlagen und erforderlichenfalls an Ort und Stelle durchgeführt wird, stellt der Kontrollausschuß die Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben fest und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung. Nach Abschluß eines jeden Haushaltsjahres erstattet der Kontrollausschuß der Kommission einen Bericht.

Artikel 23

1. Die Dienste der Agentur können auf Veranlassung der Kommission, die von sich aus oder aufgrund eines Ersuchens des Ausschusses oder des Generaldirektors tätig wird, verwaltungsmäßig und technisch überprüft werden.

2. Diese Überprüfungen werden von Bediensteten durchgeführt, die den Verwaltungen der Vertragsparteien angehören. Jeder Prüfungsausschuß setzt sich aus mindestens zwei Personen verschiedener Staatsangehörigkeit zusammen. Jedem Prüfungsausschuß hat nach Möglichkeit eine Person anzugehören, die an einer vorhergehenden Prüfung teilgenommen hat.

Artikel 24

Der Ausschuß bestimmt die Arbeitssprachen der Agentur.

Artikel 25

Die Agentur veröffentlicht die für ihren Betrieb notwendigen Bekanntmachungen.

Artikel 26

Der Ausschuß legt der Kommission unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Artikel 32 Absatz 3 des Übereinkommens alle ihm notwendig erscheinenden Änderungen dieser Satzung zur Genehmigung vor.

Article 21

Le budget peut être révisé en cours d'exercice, si les circonstances l'exigent, suivant les règles prévues pour son établissement et son approbation.

Article 22

1. Les comptes de l'ensemble des recettes et dépenses du budget sont examinés chaque année par une mission de contrôle composée de deux fonctionnaires spécialisés appartenant aux administrations des Parties contractantes. Ces fonctionnaires, qui doivent être de nationalité différente, sont nommés par la Commission sur proposition du Comité conformément au (b) du paragraphe 2 de l'article 6 de la Convention. Les dépenses relatives à la mission de contrôle sont à la charge de l'Organisation.

2. La vérification, qui a lieu sur pièces et au besoin sur place, a pour objet de constater la régularité des recettes et dépenses et de s'assurer de la bonne gestion financière. La mission de contrôle adresse à la Commission un rapport après la clôture de chaque exercice.

Article 23

1. Les services de l'Agence peuvent, à la demande de la Commission agissant de sa propre initiative ou sur la demande du Comité ou du Directeur Général faire l'objet d'inspections administratives et techniques.

2. Ces inspections sont effectuées par des agents appartenant aux administrations des Parties contractantes. Chaque mission d'inspection est composée d'au moins deux personnes de nationalité différente. Toute mission d'inspection doit comprendre, autant que possible, une personne ayant participé à une inspection précédente.

Article 24

Le Comité détermine les langues de travail de l'Agence.

Article 25

L'Agence procède aux publications nécessaires à son fonctionnement.

Article 26

Le Comité soumet à l'approbation de la Commission toutes modifications aux Statuts qui lui paraissent nécessaires, sous réserve des dispositions du paragraphe 3 de l'article 32 de la Convention.

Anlage 2**Fluginformationsgebiete
(Artikel 3 des Übereinkommens)**

Vertragsparteien	Fluginformationsgebiete
Bundesrepublik Deutschland	Oberes Fluginformations- gebiet Hannover Oberes Fluginformations- gebiet Rhein Fluginformationsgebiet Bremen Fluginformationsgebiet Düsseldorf Fluginformationsgebiet Frankfurt Fluginformationsgebiet München
Königreich Belgien Großherzogtum Luxemburg	Oberes Fluginformations- gebiet Brüssel Fluginformationsgebiet Brüssel
Französische Republik	Oberes Fluginformations- gebiet France Fluginformationsgebiet Paris Fluginformationsgebiet Brest Fluginformationsgebiet Bordeaux Fluginformationsgebiet Marseille
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	Oberes Fluginformations- gebiet Scottisch Fluginformationsgebiet Scottisch Oberes Fluginformations- gebiet London Fluginformationsgebiet London
Irland	Oberes Fluginformations- gebiet Shannon Fluginformationsgebiet Shannon
Königreich der Niederlande ...	Fluginformationsgebiet Amsterdam
Portugiesische Republik	Oberes Fluginformations- gebiet Lisboa Fluginformationsgebiet Lisboa Fluginformationsgebiet Santa Maria

Annexe 2**Régions d'Information de Vol
(Article 3 de la Convention)**

Parties contractantes	Régions d'Information de Vol
République fédérale d'Allemagne	Région supérieure d'information de vol Hannover Région supérieure d'information de vol Rhein Région d'information de vol Bremen Région d'information de vol Düsseldorf Région d'information de vol Frankfurt Région d'information de vol München
Royaume de Belgique Grand-Duché de Luxembourg	Région supérieure d'information de vol Bruxelles Région d'information de vol Bruxelles
République française	Région supérieure d'information de vol France Région d'information de vol Paris Région d'information de vol Brest Région d'information de vol Bordeaux Région d'information de vol Marseille
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	Région supérieure d'information de vol Scottish Région d'information de vol Scottish Région supérieure d'information de vol London Région d'information de vol London
Irlande	Région supérieure d'information de vol Shannon Région d'information de vol Shannon
Royaume des Pays-Bas	Région d'information de vol Amsterdam
République portugaise	Région supérieure d'information de vol Lisboa Région d'information de vol Lisboa Région d'information de vol Santa Maria

Anlage 3

**Übergangsbestimmungen
zur Überleitung von der Regelung
nach dem Internationalen Übereinkommen über Zusammenarbeit
zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960
auf die Regelung nach dem Übereinkommen in der Fassung dieses Protokolls**

Annexe 3

**Dispositions transitoires
relatives au passage du régime de la Convention internationale de coopération
pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL»
du 13 décembre 1960
au régime de la Convention amendée par le présent Protocole**

Artikel 1**Begriffsbestimmungen**

In dieser Anlage bezeichnet der Ausdruck:

- „sieben Staaten“ die Bundesrepublik Deutschland, das Königreich Belgien, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Irland, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande;
- „vier Staaten“ die Bundesrepublik Deutschland, das Königreich Belgien, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande;
- „Übergangszeit“ die Zeit vom Tag des Inkrafttretens dieses Protokolls bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kommission mit der Einstimmigkeit der sieben Staaten auf Vorschlag der vier Staaten eine Lösung für die Zukunft der Zentrale Maastricht angenommen und ihre Anwendung beschlossen hat.

Artikel 2**Kontrollzentrale Maastricht**

1. Die folgenden Bestimmungen dieses Artikels werden während der Übergangszeit angewendet.

2. (a) Die Kontrollzentrale Maastricht bleibt, einschließlich des Personals, in der Verantwortung der Organisation, die das Eigentum an der Zentrale behält.

(b) Die Zentrale führt die Flugsicherungsdienste in dem Luftraum durch, der ihr gemäß dem Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 übertragen wurde. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben wendet die Organisation die Bestimmungen der Absätze 10 bis 15 an.

(c) Die Betriebskosten für diese Dienste werden von den vier Staaten nach einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Verteilungsschlüssel getragen.

3. Die sieben Staaten tragen im Verhältnis ihres Brutto-sozialprodukts gemäß Artikel 19 Absatz 3 der Anlage 1 zu den Kosten der vor Inkrafttreten dieses Protokolls genehmigten Investitionen bei.

4. (a) Der Beitrag der sieben Staaten beschränkt sich auf der Grundlage von Absatz 3 auf die Finanzierung derjenigen neuen Investitionen für die Zentrale Maastricht, die zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der bis zum Datum des Inkrafttretens dieses Protokolls genehmigten Einrichtungen und Dienste beziehungsweise zur Gewährleistung der Sicherheit erforderlich sind.

Article 1**Définitions**

Dans la présente Annexe:

- l'expression «sept Etats» désigne la République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Belgique, la République française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, l'Irlande, le Grand-Duché de Luxembourg et le Royaume des Pays-Bas;
- l'expression «quatre Etats» désigne la République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Belgique, le Grand-Duché de Luxembourg et le Royaume des Pays-Bas;
- l'expression «période transitoire» désigne la période qui s'étend de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole jusqu'au moment où la Commission aura, à l'unanimité des sept Etats et sur proposition des quatre Etats, convenu d'une solution sur l'avenir du Centre de Maastricht et décidé de sa mise en œuvre.

Article 2**Centre de contrôle de Maastricht**

1. Les dispositions suivantes du présent article sont applicables pendant la période transitoire.

2. (a) Le Centre de contrôle de Maastricht y compris son personnel, demeure sous la responsabilité de l'Organisation qui en conserve la propriété.

(b) Le Centre continue d'assurer les services de la circulation aérienne dans l'espace aérien qui lui a été confié en application de la Convention du 13 décembre 1960. Dans l'exercice de ces fonctions, l'Organisation applique les dispositions des paragraphes 10 à 15 du présent article.

(c) Les dépenses d'exploitation afférentes à ces fonctions sont supportées par les quatre Etats selon une clé de répartition à convenir entre eux.

3. Les sept Etats contribuent aux coûts des investissements du Centre de Maastricht, approuvés avant l'entrée en vigueur du présent Protocole proportionnellement à l'importance respective de leurs produits nationaux bruts définis au paragraphe 3 de l'article 19 de l'Annexe 1.

4. (a) La contribution des sept Etats sur la base visée au paragraphe 3 est limitée au financement des nouveaux investissements de Maastricht qui sont nécessaires pour maintenir le niveau des installations et services approuvés jusqu'à la date d'entrée en vigueur du présent Protocole ou pour préserver le niveau de sécurité.

(b) Abweichend von Artikel 7 des Übereinkommens werden die Entscheidungen über diese Investitionen vom Ausschluß und von der Kommission mit der Mehrheit der Stimmen der sieben Staaten getroffen, mit der Maßgabe, daß

- diese Stimmen der in der nachstehenden Tabelle beschriebenen Wägung unterliegen;
- diese Stimmenmehrheit mindestens fünf von sieben Staaten umfassen muß.

(c) die vorgenannte Tabelle ist wie folgt:

Wägungstabelle
Bruttosozialprodukt
nach Faktorkosten und laufenden
Preisen in Milliarden Französischer Francs

	Stimmen- zahl
Unter 10	1
Von 10 bis 20 ausschließlich	2
Von 20 bis 30 ausschließlich	3
Von 30 bis 46 $\frac{2}{3}$ ausschließlich	4
Von 46 $\frac{2}{3}$ bis 63 $\frac{1}{3}$ ausschließlich	5
Von 63 $\frac{1}{3}$ bis 80 ausschließlich	6
Von 80 bis 110 ausschließlich	7
Von 110 bis 140 ausschließlich	8
Von 140 bis 200 ausschließlich	9
Von 200 bis 260 ausschließlich	10
Von 260 bis 320 ausschließlich	11
Von 320 bis 380 ausschließlich	12

usw., wobei jede Erhöhung um einen ganzen oder angefangenen Abschnitt von 60 Milliarden Französischer Francs eine zusätzliche Stimme ergibt.

5. Ein Betrag, der den auf die jährliche Amortisierung und die Zinsen auf Kapitalaufwendungen in der Zentrale Maastricht bezogenen Flugsicherungs-Streckengebühreneinnahmen entspricht, wird von den vier Staaten nach einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Verteilungsschlüssel gezahlt und auf folgender Grundlage auf die sieben Staaten verteilt; für die vor dem 31. Dezember 1980 finanzierten Investitionen nach dem Durchschnittswert ihrer Beiträge zum Investitionshaushalt der Jahre 1974 bis 1980; für die nach diesem Zeitraum finanzierten Investitionen im Verhältnis ihrer tatsächlichen Investitionsbeiträge.

6. (a) Mit dem Inkrafttreten dieses Protokolls werden die Radaranlagen und die Sende- und Empfangsanlagen, die Bestandteil der Zentrale Maastricht sind und dort für die jetzigen Funktionen der Flugsicherungsdienste verwendet werden, Eigentum der Staaten, auf deren Territorium sie errichtet sind.

(b) Diese Staaten kaufen die Einrichtungen zu dem dann geltenden Abschreibungswert. Der Verkaufserlös wird auf folgender Grundlage auf die sieben Staaten verteilt: für die vor dem 31. Dezember 1980 finanzierten Investitionen nach dem Durchschnittswert ihrer Beiträge zum Investitionshaushalt der Jahre 1974 bis 1980; für die nach diesem Zeitpunkt finanzierten Investitionen im Verhältnis ihrer tatsächlichen Investitionsbeiträge.

7. Den Militärbehörden der Bundesrepublik Deutschland werden weiterhin die Anlagen, Einrichtungen und technischen Dienste zur Verfügung gestellt, die ihnen auch bisher gemäß der am 3. November 1977 geschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und EUROCONTROL über die Eingliederung der deutschen Luftwaffe in die EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale für den oberen Luftraum Maastricht zur Verfügung gestellt wurden.

(b) Par dérogation à l'article 7 de la Convention, les décisions relatives à ces investissements sont prises par le Comité et la Commission à la majorité des suffrages des sept Etats, étant entendu:

- que ces suffrages sont affectés de la pondération prévue au tableau figurant à l'alinéa ci-dessous,
- et que ces suffrages doivent représenter au moins cinq Etats sur sept.

(c) Le tableau de pondération mentionné au (b) ci-dessus est le suivant:

Tableau de pondération
Produit national brut
évalué au coût des facteurs
et aux prix courants en milliards de francs français

	Nombre de voix
Inférieur à 10	1
De 10 inclus à 20 exclu	2
De 20 inclus à 30 exclu	3
De 30 inclus à 46 $\frac{2}{3}$ exclu	4
De 46 $\frac{2}{3}$ inclus à 63 $\frac{1}{3}$ exclu	5
De 63 $\frac{1}{3}$ inclus à 80 exclu	6
De 80 inclus à 110 exclu	7
De 110 inclus à 140 exclu	8
De 140 inclus à 200 exclu	9
De 200 inclus à 260 exclu	10
De 260 inclus à 320 exclu	11
De 320 inclus à 380 exclu	12

et ainsi de suite à raison d'une voix de plus par tranche ou partie de tranche supplémentaire de 60 milliards de francs français.

5. Une somme équivalente aux recettes provenant des redevances de route relatives aux montants d'amortissements annuels y compris les charges d'intérêt au titre des dépenses en capital effectuées au Centre de Maastricht est à la charge des quatre Etats selon une clé de répartition à convenir entre eux. Cette somme est reversée aux sept Etats proportionnellement à la moyenne de leurs contributions aux budgets d'investissement des années 1974 à 1980 pour les investissements financés avant le 31 décembre 1980 et à leurs contributions réelles pour les investissements financés après cette date.

6. (a) A partir de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, les installations radar ainsi que les stations émettrices et réceptrices, qui sont partie intégrante du système du Centre de Maastricht et qui sont utilisées pour assurer les services de la circulation aérienne, deviennent propriété des Etats où elles sont implantées.

(b) Ces Etats les achètent à leur valeur non amortie à cette date. Le produit de la vente est réparti entre les sept Etats proportionnellement à la moyenne de leurs contributions aux budgets d'investissement des années 1974 à 1980 pour les investissements financés avant le 31 décembre 1980 et à leurs contributions réelles pour les investissements financés après cette date.

7. Continuent d'être mis à la disposition des autorités militaires de la République fédérale d'Allemagne, les installations, équipements et services techniques dont elles bénéficient en vertu de l'Accord relatif à la co-implantation des unités de l'Armée de l'Air allemande au Centre de Maastricht, conclu le 3 novembre 1977 entre le Gouvernement de la République fédérale et EUROCONTROL.

8. Die in den Jahreshaushalt der Organisation eingesetzten Mittel für Ausgaben, die zur Deckung von Investitionskosten der Zentrale Maastricht bestimmt sind und von den sieben Staaten getragen werden, erscheinen in einem Sonderanhang zum Haushaltsplan.

9. Die in den Jahreshaushalt der Organisation eingesetzten Mittel für Ausgaben, die zur Deckung der Betriebs- und Wartungskosten der Zentrale Maastricht bestimmt sind und von den vier Staaten getragen werden, erscheinen in einem Sonderanhang zum Haushaltsplan.

10. Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihrer Zuständigkeit die erforderlichen Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Zuteilung von Funkfrequenzen, damit die Organisation alle ihrem Zweck entsprechenden Arbeiten durchführen kann.

11. (a) Zur Durchführung ihrer Aufgaben wendet die Agentur bei der Kontrolle des Luftverkehrs die Bestimmungen an, die im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien und in dem Luftraum gelten, für den ihnen die Flugsicherungsdienste durch internationale Übereinkünfte, denen sie angehören, übertragen wurden.

(b) Ergeben sich bei der Anwendung des Absatzes a Schwierigkeiten, so wendet sich die Agentur an die Kommission, die den Vertragsparteien geeignete Maßnahmen empfiehlt.

12. Zur Durchführung ihres Auftrags erteilt die Agentur im Rahmen der den Flugsicherungsdiensten übertragenen Befugnisse den Luftfahrzeugführern alle erforderlichen Weisungen. Abgesehen von den Fällen höherer Gewalt, die in den in Absatz 11 erwähnten Bestimmungen geregelt sind, haben die Luftfahrzeugführer diese Weisungen zu beachten.

13. Zuwiderhandlungen gegen die Luftverkehrsregeln in dem Luftraum, in dem die Durchführung der Flugsicherungsdienste der Agentur übertragen sind, werden durch Aufnahme in ein Protokoll festgestellt; hierdurch wird das Recht auf Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art, das den Bediensteten der Vertragsparteien nach innerstaatlichem Recht zusteht, nicht berührt. Die obengenannten Protokolle haben vor den innerstaatlichen Gerichten den gleichen Wert wie Protokolle der innerstaatlichen Bediensteten, die zur Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art befugt sind.

14. Die internationalen Vereinbarungen und die innerstaatlichen Vorschriften über Ein- und Überflug und über die Sicherheit des Hoheitsgebietes der Vertragsparteien sind für die Agentur verbindlich; sie trifft alle für ihre Anwendung notwendigen Maßnahmen.

15. Die Agentur ist verpflichtet, den Vertragsparteien auf Verlangen alle Auskünfte über Luftfahrzeuge zu erteilen, die ihr in Ausübung ihrer Tätigkeit bekannt werden, damit die Vertragsparteien die Anwendung der innerstaatlichen Vorschriften und der internationalen Übereinkünfte überwachen können.

Artikel 3

Kontrollzentrale Karlsruhe

Mit dem Inkrafttreten dieses Protokolls wird die Kontrollzentrale Karlsruhe Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik kauft diese Zentrale zu dem dann geltenden Abschreibungswert. Der Verkaufserlös wird auf die sieben Staaten auf folgender Grundlage verteilt: für die vor dem 31. Dezember 1980 finanzierten Investitionen nach dem Durchschnittswert ihrer Beiträge zum Investitionshaushalt der Jahre 1974 bis 1980, und für die nach diesem Zeitpunkt finanzierten Investitionen im Verhältnis ihrer tatsächlichen Investitionsbeiträge.

8. Les dépenses inscrites au budget de l'Organisation qui sont relatives aux coûts d'investissement du Centre de Maastricht et sont à la charge des sept Etats figurent dans une annexe budgétaire spéciale.

9. Les dépenses inscrites au budget annuel de l'Organisation qui sont relatives aux coûts de fonctionnement et de maintenance du Centre de Maastricht et sont à la charge des quatre Etats figurent dans une annexe budgétaire spéciale.

10. Les Parties contractantes prennent dans le cadre de leur compétence et notamment en ce qui concerne l'attribution des fréquences radio-électriques, les mesures nécessaires pour que l'Organisation puisse effectuer toutes opérations répondant à son objet.

11. (a) Pour l'exercice de sa mission, l'Agence applique au contrôle de la circulation aérienne les règlements en vigueur sur les territoires des Parties contractantes et dans les espaces aériens pour lesquels les services de la circulation aérienne leur sont confiés en vertu des accords internationaux auxquels elles sont parties.

(b) En cas de difficulté dans l'application des dispositions figurant au (a) ci-dessus, l'Agence saisit la Commission qui recommande aux Parties contractantes toutes mesures utiles.

12. Pour l'exercice de sa mission et dans la limite des droits conférés aux services de la circulation aérienne, l'Agence donne aux commandants d'aéronefs toutes instructions nécessaires. Ils sont tenus de s'y conformer, hormis les cas de force majeure envisagés dans les règlements mentionnés au paragraphe 11 ci-dessus.

13. Les infractions à la réglementation de la navigation aérienne commises dans l'espace où les services de la circulation aérienne ont été confiés à l'Agence sont constatées dans des procès-verbaux par des agents commissionnés par elle à cet effet, sans préjudice du droit reconnu par les législations nationales aux agents des Parties contractantes de constater les infractions de même nature. Les procès-verbaux visés ci-dessus ont devant les tribunaux nationaux la même valeur que ceux dressés par les agents nationaux qualifiés pour constater les infractions de même nature.

14. Les accords internationaux et les réglementations nationales relatives à l'accès, au survol et à la sécurité du territoire des Parties contractantes sont obligatoires pour l'Agence, qui prend toutes mesures nécessaires à leur application.

15. Pour permettre aux Parties contractantes de contrôler l'application des règlements nationaux et accords internationaux, l'Agence est tenue de donner aux Parties contractantes qui en formulent la demande toutes les informations relatives aux aéronefs dont elle a connaissance dans l'exercice de ses fonctions.

Article 3

Centre de contrôle de Karlsruhe

A la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, la République fédérale d'Allemagne devient propriétaire du Centre de contrôle de Karlsruhe, qu'elle achète à sa valeur non amortie à cette date. Le produit de la vente est réparti entre les sept Etats proportionnellement à la moyenne de leurs contributions aux budgets d'investissement des années 1974 à 1980 pour les investissements financés avant le 31 décembre 1980 et à leurs contributions réelles pour les investissements financés après cette date.

Artikel 4**Einrichtungen in Irland**

Mit dem Inkrafttreten dieses Protokolls wird die Kontrollzentrale Shannon einschließlich der Sekundärradaranlage und Fernmeldestation Mount Gabriel sowie der Sekundärradaranlage Woodcock Hill Eigentum Irlands. In den darauffolgenden vier Jahren werden die Gebühreneinnahmen, die den für die Amortisierung dieser Einrichtungen berücksichtigten Kosten entsprechen, auf folgender Grundlage auf die sieben Staaten verteilt: für die vor dem 31. Dezember 1980 finanzierten Investitionen nach dem Durchschnittswert ihrer Beiträge zum Investitionshaushalt der Jahre 1974 bis 1980; für die nach diesem Zeitpunkt finanzierten Investitionen im Verhältnis ihrer tatsächlichen Investitionsbeiträge.

Artikel 5**Restzahlungen**

1. Mit dem Inkrafttreten dieses Protokolls erlöschen alle nach den derzeitigen Bestimmungen bestehenden Ansprüche auf Erstattungen für die Amortisierung genehmigter indirekter Investitionen.

2. Zahlungen aufgrund von Entscheidungen, die von der Organisation vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls getroffen wurden, werden nach diesem Zeitpunkt weiterhin nach den durch diese Entscheidungen festgelegten Regeln geleistet und in einen Sonderanhang zum Haushaltsplan eingesetzt.

Artikel 6**Übergangsbestimmungen für den Haushaltsplan**

1. Innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Protokolls wird ein Haushaltsplan aufgestellt, der durch die Kommission genehmigt werden muß.

2. Dieser Haushaltsplan tritt rückwirkend zum Tag des Inkrafttretens dieses Protokolls in Kraft und endet am 31. Dezember des betreffenden Jahres.

3. Während der Zeit der Aufstellung des in Absatz 1 genannten Haushaltsplans kann die Kommission von den Vertragsparteien angemessene Vorschüsse zu den Betriebsmitteln verlangen.

4. Die gezahlten Vorschüsse zu den Betriebsmitteln werden bei den Beitragszahlungen gemäß Artikel 19 der Anlage 1 dieses Protokolls berücksichtigt.

Article 4**Installations implantées en Irlande**

A partir de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, l'Irlande devient propriétaire du Centre de contrôle de Shannon, de l'installation de radar secondaire, et des stations radiotéléphoniques du Mont Gabriel, ainsi que de l'installation de radar secondaire de Woodcock Hill. Pendant les quatre années suivantes les recettes perçues au titre des redevances de route, correspondant au coût pris en considération pour l'amortissement de ces installations sont réparties entre les sept Etats, proportionnellement à la moyenne de leurs contributions aux budgets d'investissements des années 1974 à 1980 pour les investissements financés avant le 31 décembre 1980 et à leurs contributions nationales réelles pour les investissements financés après cette date.

Article 5**Paielements résiduels**

1. Tout droit à remboursement en vertu des dispositions actuelles au titre de l'amortissement des investissements indirects approuvés s'éteint à la date d'entrée en vigueur du présent Protocole.

2. Les paiements dus en vertu de décisions de l'Organisation antérieures à l'entrée en vigueur du présent Protocole continuent à être effectués après cette entrée en vigueur selon les règles fixées par ces décisions et figurent dans des annexes budgétaires spéciales.

Article 6**Dispositions budgétaires transitoires**

1. Dans les trois mois suivant l'entrée en vigueur du présent Protocole, il sera établi un budget approuvé par la Commission.

2. Ce budget prend effet rétroactivement à la date d'entrée en vigueur du présent Protocole et se termine le 31 décembre de l'année en cours.

3. Pendant la période d'établissement du budget, mentionné au premier paragraphe du présent article, la Commission peut inviter les Parties contractantes à faire des avances appropriées au fonds de roulement.

4. Les avances faites au titre du fonds de roulement sont prises en compte au titre des contributions déterminées conformément à l'article 19 de l'Annexe 1 du présent Protocole.

Schlußakte

der Diplomatischen Konferenz
über das Protokoll zur Änderung des Internationalen Übereinkommens
über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“
vom 13. Dezember 1960
(Brüssel, 12. Februar 1981)

Acte final

de la conférence diplomatique
sur le protocole amendant la Convention internationale
de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL»
du 13 décembre 1960
(Bruxelles, 12 février 1981)

Die Bevollmächtigten
der Bundesrepublik Deutschland,
des Königreichs Belgien,
der Französischen Republik,
des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland,
Irlands,
des Großherzogtums Luxemburg,
des Königreichs der Niederlande,
der Portugiesischen Republik,

Les plénipotentiaires
de la République fédérale d'Allemagne,
du Royaume de Belgique,
de la République Française,
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord,
de l'Irlande,
du Grand-Duché de Luxembourg,
du Royaume des Pays-Bas,
de la République Portugaise,

die am 12. Februar 1981 zur Annahme des Protokolls zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 zusammengetreten sind,

Réunis à Bruxelles le 12 février 1981 pour l'adoption du Protocole amendant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960:

haben den Text dieses Protokolls festgelegt, das am 12. Februar 1981 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde (Anlage 1 dieser Schlußakte);

Ont arrêté le texte de ce Protocole, qui a été ouvert à la signature le 12 février 1981 et qui figure en annexe 1 au présent Acte final;

haben beschlossen, die Neufassung der Bestimmungen des Internationalen Übereinkommens über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung, wie sie sich aus den durch dieses Protokoll vorgenommenen Änderungen ergibt, aus praktischen Erwägungen dieser Schlußakte als Anlage 2 beizufügen.

Ont décidé que le dispositif de la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» tel qu'il résulte des amendements apportés par le Protocole susmentionné figure, à des fins d'ordre pratique, en Annexe 2 au présent Acte final.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diese Schlußakte gesetzt.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé le présent Acte final.

Geschehen zu Brüssel am 12. Februar 1981, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten eine beglaubigte Abschrift.

Fait à Bruxelles, le 12 février 1981, en un seul exemplaire, qui restera déposé aux archives du Gouvernement du Royaume de Belgique, qui en communiquera copie conforme aux Gouvernements des autres Etats signataires.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
H. Blomeyer-Bartenstein

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:
Charles-Ferdinand Nothomb
R. Urbain

Für die Französische Republik:
Pour la République Française:
France de Hartingh
Roger Machenaud

Für das Vereinigte Königreich
Großbritannien und Nordirland:
Pour le Royaume-Uni
de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:
Peter Wakefield K. B. E., C. M. G.
David Garro Trefgarne

Für Irland:
Pour l'Irlande:
Albert Reynolds T. D.
Mary Tinney

Für das Großherzogtum Luxemburg:
Pour le Grand-Duché de Luxembourg:
Josy Barthel
Pierre Wurth

Für das Königreich der Niederlande:
Pour le Royaume des Pays-Bas:
J. H. O. Insinger
N. Smith-Kroes

Für die Portugiesische Republik:
Pour la République Portugaise:
José Carlos Pinto Soromenho Viana Baptista
João Eduardo Nunes de Oliveira Pequito

Neufassung der Bestimmungen des Übereinkommens

Dispositif coordonné regroupant les textes maintenus en vigueur de l'actuelle convention et les amendements introduits par le protocole

Artikel 1

1. Die Vertragsparteien kommen überein, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Flugsicherung enger zu gestalten und ihre gemeinsamen Tätigkeiten auf diesem Gebiet unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landesverteidigung und Gewährleistung eines mit dem erforderlichen Sicherheitsgrad zu vereinbarenden Höchstmaßes an Handlungsfreiheit für alle Luftraumbenutzer weiterzuentwickeln. Sie vereinbaren daher,

- a) gemeinsam langfristige Ziele auf dem Gebiet der Flugsicherung festzulegen und in diesem Rahmen einen gemeinsamen mittelfristigen Plan für die Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten und entsprechenden Einrichtungen zu erstellen;
- b) gemeinsame Pläne für Fortbildung, Betriebsverfahren und für Forschungs- und Entwicklungsprogramme in bezug auf Einrichtungen und Dienste zur sicheren, wirksamen und zügigen Abwicklung des Luftverkehrs auszuarbeiten;
- c) alle sonstigen Maßnahmen abzustimmen, die zur Gewährleistung eines sicheren und geregelten Ablaufs des Luftverkehrs erforderlich sind;
- d) eine gemeinsame Sammlung betrieblichen, technischen und finanziellen Fachwissens auf dem Gebiet der Flugsicherung anzulegen;
- e) ihre Tätigkeiten auf dem Gebiet der Regelung des Flugverkehrsflusses durch Einrichtung eines internationalen Systems zur Verkehrsflußregelung zu koordinieren, um auf diese Weise die wirksamste Nutzung des Luftraums sicherzustellen.

2. Sie gründen zu diesem Zweck eine „Europäische Organisation für Flugsicherung (EUROCONTROL)“, im folgenden als „Organisation“ bezeichnet, die in Zusammenarbeit mit den Zivil- und Militärbehörden der Staaten handelt. Diese Organisation besteht aus zwei Organen:

- einer „Ständigen Kommission für Flugsicherung“, im folgenden als „Kommission“ bezeichnet, als das für das allgemeine Vorgehen der Organisation zuständige Organ;
- einer „Agentur für Flugsicherung“, im folgenden als „Agentur“ bezeichnet, deren Satzung diesem Übereinkommen als Anlage 1 beigelegt ist. Die Agentur ist das Organ, das die in diesem Übereinkommen festgelegten oder ihm gemäß dem Übereinkommen von der Kommission zugewiesenen Aufgaben durchführt.

3. Sitz der Organisation ist Brüssel.

Artikel 2

1. Die Organisation ist mit folgenden Aufgaben betraut:

- a) Untersuchung der künftigen Erfordernisse des Luftverkehrs und neuer Techniken, um diesen Erfordernissen gerecht zu werden;

Article 1

1. Les Parties contractantes conviennent de renforcer leur coopération dans le domaine de la navigation aérienne et de développer leurs activités communes en ce domaine, en tenant dûment compte des nécessités de la défense, tout en assurant à tous les usagers de l'espace aérien le maximum de liberté compatible avec le niveau de sécurité requis. Elles conviennent en conséquence:

- (a) de fixer des objectifs communs à long terme en matière de navigation aérienne et, dans ce cadre, d'établir un plan commun à moyen terme portant sur les services et installations de la circulation aérienne;
- (b) d'élaborer des plans communs relatifs au perfectionnement des personnels, aux procédures et aux programmes de recherche et de développement concernant les installations et services visant à assurer la sécurité, l'efficacité et l'écoulement rapide de la circulation aérienne;
- (c) de se concerter sur toute autre mesure nécessaire pour assurer l'écoulement sûr et ordonné du trafic aérien;
- (d) de constituer un fonds commun d'expérience relatif aux aspects opérationnel, technique et financier de la navigation aérienne;
- (e) de coordonner leurs activités en ce qui concerne la gestion des courants de trafic aérien en mettant sur pied un système international de gestion des courants de trafic en vue d'assurer l'utilisation la plus efficace de l'espace aérien.

2. Elles instituent à cet effet une «Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne (EUROCONTROL)», ci-après dénommée «l'Organisation», qui agira en coopération avec les autorités nationales civiles et militaires. Celle-ci comporte deux organes:

- une «Commission permanente pour la sécurité de la navigation aérienne», ci-après dénommée «la Commission», qui constitue l'organe responsable de la politique générale de l'Organisation;
- une «Agence pour la sécurité de la navigation aérienne», ci-après dénommée «l'Agence», dont les Statuts figurent à l'annexe 1 à la présente Convention. L'Agence constitue l'organe chargé de l'exécution des tâches qui sont fixées par la présente Convention, ou qui, en application de celles-ci, lui sont confiées par la Commission.

3. Le siège de l'Organisation est fixé à Bruxelles.

Article 2

1. L'Organisation est chargée des tâches suivantes:

- (a) analyser les besoins futurs du trafic aérien ainsi que les nouvelles techniques requises pour répondre à ces besoins;

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> b) Ausarbeitung und Festlegung gemeinsamer langfristiger Ziele auf dem Gebiet der Flugsicherung; c) Koordinierung der nationalen mittelfristigen Pläne zum Zweck der Aufstellung eines gemeinsamen mittelfristigen Plans für Flugsicherungsdienste und -einrichtungen im Rahmen der unter Buchstabe b genannten langfristigen Ziele; d) Förderung eines gemeinsamen Vorgehens auf dem Gebiet der Boden- und Bordsysteme für die Flugsicherung und der Ausbildung des Flugsicherungspersonals; e) Prüfung und Förderung von Maßnahmen zur Erhöhung der Kostenwirksamkeit und Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Flugsicherung; f) Förderung und Durchführung von Studien, Versuchen und Erprobungen auf dem Gebiet der Flugsicherung; Sammlung und Verteilung der Ergebnisse der von den Vertragsparteien durchgeführten Studien, Versuche und Erprobungen auf dem Gebiet der Flugsicherung; g) Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsprogramme der Vertragsparteien, die sich auf neue Techniken auf dem Gebiet der Flugsicherung beziehen; h) Untersuchung von Fragen auf dem Gebiet der Flugsicherung, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und anderen Internationalen Organisationen, die sich mit der zivilen Luftfahrt befassen, behandelt werden; i) Prüfung der bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation vorzulegenden Änderungen der Luftfahrt-Regionalpläne; j) Durchführung aller sonstigen Aufgaben, die ihr in Anwendung des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe c übertragen werden; k) Unterstützung der Vertragsparteien und interessierter Drittstaaten beim Aufbau und Betrieb eines internationalen Systems der Verkehrsflußregelung; l) gemäß der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren Festlegung und Einziehung der den Benutzern der Flugsicherungsdienste auferlegten Gebühren im Auftrag der Vertragsparteien und der an dieser Vereinbarung beteiligten Drittstaaten. | <ul style="list-style-type: none"> (b) élaborer et adopter des objectifs communs à long terme en matière de navigation aérienne; (c) coordonner les plans nationaux à moyen terme pour aboutir à l'établissement d'un plan commun à moyen terme portant sur les services et installations de la circulation aérienne dans le cadre des objectifs à long terme mentionnés au (b) ci-dessus; (d) promouvoir des politiques communes en matière de systèmes de navigation aérienne au sol et de bord, ainsi que de formation du personnel des services de la navigation aérienne; (e) étudier et promouvoir les mesures propres à accroître la rentabilité et l'efficacité dans le domaine de la navigation aérienne; (f) promouvoir et exécuter des études, des essais et des expérimentations touchant la navigation aérienne; rassembler et diffuser le résultat des études, des essais et des expérimentations effectués par les Parties contractantes dans le domaine de la navigation aérienne; (g) coordonner les programmes de recherche et de développement des Parties contractantes relatifs aux nouvelles techniques dans le domaine de la navigation aérienne; (h) examiner les questions relevant du domaine de la navigation aérienne mises à l'étude par l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale ou par d'autres organisations internationales traitant de l'aviation civile; (i) étudier les amendements aux plans régionaux de navigation aérienne à présenter à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale; (j) exécuter toute autre tâche qui pourrait lui être confiée en application du (c) du paragraphe 1 de l'article 1; (k) assister les Parties contractantes et les Etats tiers intéressés dans la création et la mise en œuvre d'un système international de gestion des courants de trafic aérien; (l) établir et percevoir les redevances imposées aux usagers des services de la navigation aérienne conformément à l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route et pour le compte des Parties contractantes et des Etats tiers parties à cet Accord. |
|---|---|

Besondere Vereinbarungen können zwischen der Organisation und Drittstaaten geschlossen werden, die an der Durchführung dieser Aufgaben teilnehmen möchten.

Des accords particuliers peuvent être conclus entre l'Organisation et des Etats non membres intéressés à participer à l'exécution de ces tâches.

2. Die Organisation kann auf Antrag einer oder mehrerer Vertragsparteien mit folgenden Aufgaben betraut werden:

2. L'Organisation peut être chargée, à la demande d'une ou de plusieurs Parties contractantes, des tâches suivantes:

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> a) Unterstützung dieser Vertragsparteien bei der Durchführung spezifischer Aufgaben auf dem Gebiet der Flugsicherung wie Planung und Aufbau von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten; b) Bereitstellung und Betrieb der Gesamtheit oder eines Teils der Flugsicherungseinrichtungen und -dienste im Auftrag dieser Vertragsparteien; c) Unterstützung dieser Vertragsparteien bei der Berechnung und Einziehung der den Benutzern der Flugsicherungsdienste durch diese Vertragsparteien auferlegten Gebühren, die der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren nicht unterliegen. | <ul style="list-style-type: none"> (a) assister lesdites Parties, dans l'exécution de tâches spécifiques de navigation aérienne, telles que la conception et la réalisation d'installations et services de circulation aérienne; (b) fournir et exploiter, en totalité ou en partie, les installations et les services de circulation aérienne, pour le compte desdites Parties; (c) assister lesdites Parties en ce qui concerne le calcul et la perception des redevances imposées par celles-ci aux usagers des services de la navigation aérienne et qui ne relèvent pas de l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route. |
|---|---|

Die Durchführung derartiger Aufgaben wird in jedem Fall durch besondere Vereinbarungen zwischen der Organisation und den betreffenden Vertragsparteien geregelt.

L'exécution de telles tâches est régie dans chaque cas par des accords particuliers conclus entre l'Organisation et les Parties intéressées.

3. Die Organisation kann außerdem auf Antrag einer oder mehrerer Drittstaaten mit folgenden Aufgaben betraut werden:

3. L'Organisation peut en outre, à la demande d'un ou de plusieurs Etats non membres, être chargée des tâches suivantes:

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> a) Unterstützung der betreffenden Staaten bei der Regelung des Flugverkehrsflusses sowie bei der Planung und Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten und -einrichtungen; | <ul style="list-style-type: none"> (a) assister lesdits Etats en ce qui concerne la gestion des courants de trafic aérien, la planification et la fourniture des services et équipements de navigation aérienne; |
|--|---|

- b) Unterstützung der betreffenden Staaten bei der Berechnung und Einziehung der den Benutzern der Flugsicherungsdienste durch diese Staaten auferlegten Gebühren, die der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren nicht unterliegen.

Die Durchführung derartiger Aufgaben wird in jedem Fall durch besondere Vereinbarungen zwischen der Organisation und den betreffenden Vertragsparteien geregelt.

Artikel 3

1. Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf die Flugsicherungs-Streckendienste und die damit verbundenen Flugsicherungsdienste im Bereich der Anflug- und Platzkontrolle in den in der Anlage 2 aufgeführten Fluginformationsgebieten.

2. Jede Änderung, die eine Vertragspartei an dem sie betreffenden Teil der Anlage 2 vorzunehmen beabsichtigt und die sich auf die Gesamtausdehnung des im Übereinkommen vorgesehenen Luftraums auswirkt, unterliegt der einmütigen Zustimmung der Kommission. Jede Änderung, die sich nicht in dieser Weise auswirkt, teilt die betroffene Vertragspartei der Organisation mit;

3. Im Sinne dieses Übereinkommens bezieht sich der Ausdruck „Luftverkehr“ auf Zivil- sowie auf Militär-, Zoll- und Polizeiluftfahrzeuge, welche die Verfahren der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation beachten.

Artikel 4

Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie besitzt im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien die weitestgehende Rechtsfähigkeit, die juristischen Personen nach innerstaatlichem Recht zuerkannt wird; sie kann insbesondere bewegliches oder unbewegliches Eigentum erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen. Vorrätlich entgegenstehender Bestimmungen dieses Übereinkommens und der beigefügten Satzung wird sie durch die Agentur vertreten, die im Namen der Organisation handelt. Die Agentur verwaltet das Vermögen der Organisation.

Artikel 5

1. Die Kommission besteht aus Vertretern der Vertragsparteien. Jede Vertragspartei kann sich insbesondere zur Wahrnehmung der Interessen der Zivilluftfahrt und der Landesverteidigung durch mehrere Delegierte vertreten lassen, von denen jedoch nur einer stimmberechtigt ist.

2. Im Fall des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe I wird die Kommission um Vertreter der Staaten erweitert, die nicht Mitglieder der Organisation, aber Vertragsparteien der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren sind. Die so erweiterte Kommission beschließt nach den in der Vereinbarung festgelegten Regeln.

3. Wenn andere Vereinbarungen zwischen der Organisation und Drittstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 1, insbesondere über die Verkehrsflußregelung, entsprechende Bestimmungen enthalten, wird die Kommission ebenfalls erweitert und beschließt nach den in der betreffenden Vereinbarung vorgesehenen Regeln.

Artikel 6

1. Zur Erfüllung der der Organisation nach Artikel 2 Absatz 1 zugewiesenen Aufgaben trifft die Kommission folgende Maßnahmen:

- a) Soweit die Vertragsparteien betroffen sind, faßt sie Beschlüsse:
- in den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Fällen;

- (b) assister lesdits Etats en ce qui concerne le calcul et la perception des redevances imposées par ces Etats aux usagers des services de la navigation aérienne et qui ne relèvent pas de l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route.

L'exécution de telles tâches est réglée dans chaque cas par des accords particuliers conclus entre l'Organisation et les Etats intéressés.

Article 3

1. La présente Convention s'applique aux services de la navigation aérienne de route et aux services connexes d'approche et d'aérodrome afférents à la circulation aérienne dans les Régions d'Information de Vol énumérées à l'Annexe 2.

2. Toute modification qu'une Partie contractante souhaite apporter à la liste de ses Régions d'Information de Vol figurant à l'Annexe 2 est subordonnée à l'accord unanime de la Commission lorsqu'elle aurait pour effet de modifier les limites de l'espace aérien couvert par la Convention; toute modification qui n'a pas un tel effet sera notifiée à l'Organisation par la Partie contractante intéressée.

3. Au sens de la présente Convention, l'expression «circulation aérienne» vise celle des aéronefs civils, ainsi que des aéronefs militaires, de douane et de police qui se conforment aux procédures de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

Article 4

L'Organisation a la personnalité juridique. Sur le territoire des Parties contractantes, elle possède la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales par les législations nationales; elle peut notamment acquérir ou aliéner des biens mobiliers ou immobiliers et ester en justice. Sauf dispositions contraires de la présente Convention ou des Statuts ci-annexés, elle est représentée par l'Agence, qui agit au nom de l'Organisation. L'Agence gère le patrimoine de l'Organisation.

Article 5

1. La Commission est composée de représentants des Parties contractantes. Chaque Partie contractante peut se faire représenter par plusieurs délégués afin de permettre notamment la représentation des intérêts de l'aviation civile et de la défense nationale, mais ne dispose que d'un seul droit de vote.

2. Pour l'application du (I) du paragraphe 1 de l'Article 2, la Commission est élargie aux représentants des Etats non membres de l'Organisation qui sont parties à l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route. La Commission ainsi élargie prend ses décisions dans les conditions fixées par cet Accord.

3. Si les dispositions à cet effet sont prévues dans d'autres accords conclus par l'Organisation avec des Etats tiers conformément au paragraphe 1 de l'article 2, notamment pour la gestion des courants de trafic, la Commission sera élargie et prendra ses décisions dans les conditions prévues par ces accords.

Article 6

1. Pour l'accomplissement des tâches dévolues à l'Organisation par le paragraphe 1 de l'article 2, la Commission prend les mesures suivantes:

- (a) à l'égard des Parties contractantes:
- elle prend une décision:
 - dans les cas mentionnés aux (b) et (c) du paragraphe 1 de l'article 2;

- in den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und d bis k genannten Fällen, wenn sie es für erforderlich hält, daß die Vertragsparteien sich zu einem gemeinsamen Vorgehen verpflichten; sie kann in diesen Fällen auch eine Empfehlung an die Vertragsparteien richten;
- b) soweit die Agentur betroffen ist,
- genehmigt sie das jährliche Arbeitsprogramm und die mehrjährigen Investitions- und Arbeitsprogramme, die ihr die Agentur zur Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Aufgaben vorlegt, sowie den Haushaltsplan und den Tätigkeitsbericht; sie erteilt der Agentur Richtlinien für die Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben, wenn sie es für erforderlich hält;
 - trifft sie alle erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der ihr durch dieses Übereinkommen und die Satzung der Agentur zugewiesenen Aufsichtsbefugnisse;
 - erteilt sie der Agentur Entlastung in bezug auf den Haushalt.
2. Die Kommission trifft außerdem folgende Maßnahmen:
- a) Sie genehmigt das Personalstatut und die Haushaltsordnung sowie die nach Artikel 7 Absatz 2 des Übereinkommens und Artikel 19 Absatz 3 der Satzung der Agentur zu treffenden Maßnahmen;
- b) sie ernennt nach Artikel 22 Absatz 1 der Satzung der Agentur die Mitglieder des Kontrollausschusses für einen Zeitraum von fünf Jahren.
3. Hinsichtlich der in Artikel 2 genannten besonderen Vereinbarungen erteilt die Kommission ihre Zustimmung für die Aufnahme von Verhandlungen durch die Agentur und genehmigt die zustande gekommenen Vereinbarungen.
4. Die Kommission ruft gegebenenfalls das in Artikel 31 vorgesehene Schiedsgericht im Namen der Organisation an.
- dans les cas mentionnés aux (a) et (d) à (k) du paragraphe 1 de l'article 2 lorsqu'elle estime nécessaire que les Parties contractantes s'engagent dans une action commune; elle peut aussi, dans ces cas, formuler une recommandation aux Parties contractantes;
- (b) à l'égard de l'Agence:
- elle approuve le programme de travail annuel et les programmes d'investissement et de travail portant sur plusieurs années que lui présente l'Agence pour l'accomplissement des tâches mentionnées au paragraphe 1 de l'article 2, ainsi que le budget et le rapport d'activité; elle adresse à l'Agence des directives, lorsqu'elle l'estime nécessaire pour l'accomplissement des tâches qui lui sont confiées;
 - elle prend toutes mesures nécessaires dans l'exercice du pouvoir de tutelle dont elle dispose en vertu de la présente Convention et des Statuts de l'Agence;
 - elle donne décharge à l'Agence de sa gestion relative au budget.
2. La Commission, en outre:
- (a) approuve le statut administratif du personnel et le règlement financier ainsi que les mesures à prendre en application du paragraphe 2 de l'article 7, et du paragraphe 3 de l'article 19 des Statuts de l'Agence;
- (b) nomme, pour une durée de cinq ans, les membres de la mission de contrôle en application du paragraphe 1 de l'article 22 des Statuts de l'Agence.
3. La Commission autorise l'ouverture par l'Agence de négociations sur les accords particuliers visés à l'article 2 et approuve les accords négociés.
4. Les recours devant le tribunal arbitral prévu à l'article 31 sont introduits au nom de l'Organisation par la Commission.

Artikel 7

1. Die Beschlüsse der Kommission bedürfen der Einstimmigkeit der Vertragsparteien und sind für diese verbindlich. Wenn jedoch eine Vertragspartei der Kommission mitteilt, daß sie aus zwingenden Gründen des nationalen Interesses an der Ausführung eines auf den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Gebieten einstimmig gefaßten Beschlusses gehindert ist, kann sie von diesem Beschluß abweichen. Die Gründe für die Abweichung sind mitzuteilen. Die Kommission muß dann innerhalb von sechs Monaten nach Empfang dieser Mitteilung entweder diesen Beschluß ändern oder beschließen, ob für die Abweichung bestimmte Bedingungen oder Beschränkungen gelten sollen. In beiden Fällen bedarf der Beschluß der Kommission der Einstimmigkeit der Vertragsparteien.
2. Über die Maßnahmen gemäß Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 3 sowie Artikel 11 Absatz 3 entscheidet die Kommission durch Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen.
3. Soweit keine gegenteiligen Bestimmungen bestehen, werden die in den Fällen von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 vorgesehenen Richtlinien und Maßnahmen von der Kommission mit Mehrheit angenommen mit der Maßgabe, daß
- die Stimmen der in Artikel 8 beschriebenen Wägung unterliegen;
 - diese Stimmen die Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Vertragsparteien darstellen müssen.
4. Die in Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Maßnahmen werden von der Kommission nach den in Absatz 3 ge-

Article 7

1. Les décisions sont prises par la Commission statuant à l'unanimité des Parties contractantes et sont obligatoires pour ces dernières. Toutefois, si une Partie contractante notifie à la Commission que des raisons impératives d'intérêt national l'empêchent de donner suite à une décision prise à l'unanimité dans les domaines mentionnés aux (b) et (c) du paragraphe 1 de l'article 2, elle peut déroger à ladite décision sous réserve de lui exposer les motifs de cette dérogation. Dans un délai de six mois à compter de cette notification, la Commission soit révisé sa décision antérieure, soit décide si certaines conditions ou limites doivent s'appliquer à la dérogation. Dans l'un et l'autre cas, la décision à prendre par la Commission exige l'unanimité des Parties contractantes.
2. La Commission statue sur les mesures prévues au (a) du paragraphe 2 de l'article 6, au paragraphe 3 de l'article 6 et au paragraphe 3 de l'article 11 à l'unanimité des suffrages exprimés.
3. Sauf dispositions contraires, les directives et les mesures prises dans les cas prévus au (b) du paragraphe 1 et au paragraphe 4 de l'article 6 sont adoptées par la Commission à la majorité des suffrages exprimés étant entendu que:
- ces suffrages sont affectés de la pondération prévue à l'article 8 ci-après,
 - ces suffrages doivent représenter la majorité des Parties contractantes votant.
4. Les mesures prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 6 sont prises par la Commission dans les conditions prévues

nannten Regeln getroffen, wobei die danach berechnete Mehrheit 70 % der abgegebenen gewogenen Stimmen erreichen muß.

5. Empfehlungen werden von der Kommission mit der Stimmenmehrheit der Vertragsparteien abgegeben.

Artikel 8

1. Die in Artikel 7 vorgesehenen Wägung richtet sich nach folgender Wägungstabelle:

Prozentsatz des Jahresbeitrags einer Vertragspartei im Verhältnis zu den Jahresbeiträgen aller Vertragsparteien	Stimmenzahl
Weniger als 1 %	1
1 bis weniger als 2 %	2
2 bis weniger als 3 %	3
3 bis weniger als 4,5 %	4
4,5 bis weniger als 6 %	5
6 bis weniger als 7,5 %	6
7,5 bis weniger als 9 %	7
9 bis weniger als 11 %	8
11 bis weniger als 13 %	9
13 bis weniger als 15 %	10
15 bis weniger als 18 %	11
18 bis weniger als 21 %	12
21 bis weniger als 24 %	13
24 bis weniger als 27 %	14
27 bis weniger als 30 %	15
30 %	16

2. Die anfängliche Festsetzung der Stimmenzahl erfolgt für den Zeitpunkt des Inkrafttretens des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls nach der vorstehenden Wägungstabelle entsprechend den Bestimmungen des Artikels 19 der Satzung der Agentur über die Festsetzung der Jahresbeiträge der Vertragsparteien zum Haushalt der Organisation.

3. Beim Beitritt eines Staates wird die Stimmenzahl der Vertragsparteien in der gleichen Weise neu festgesetzt.

4. Die Stimmenzahl wird alljährlich nach denselben Regeln neu festgesetzt.

Artikel 9

1. Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung; für ihre Annahme ist Einstimmigkeit erforderlich.

2. In der Geschäftsordnung sind insbesondere Vorschriften über die Präsidentschaft, über die Bildung von Arbeitsgruppen und über die Arbeitssprachen der Kommission vorzusehen.

Artikel 10

Die Agentur stellt der Kommission das Personal und die sachlichen Mittel zur Verfügung, derer sie für ihre Tätigkeit bedarf.

Artikel 11

1. Die Kommission unterhält die für die Ziele der Organisation erforderlichen Beziehungen zu den dafür in Betracht kommenden Staaten und internationalen Organisationen.

2. Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 6 Absatz 3 und Artikel 13 ist die Kommission insbesondere allein dafür zuständig, im Namen der Organisation mit internationalen, Organisationen, Vertragsparteien und Drittstaaten Vereinbarungen zu schließen, die zur Durchführung der in Artikel 2 genannten Aufgaben der Organisation erforderlich sind.

au paragraphe 3 ci-dessus, sous réserve que la majorité calculée conformément à ce paragraphe atteigne 70 % des suffrages pondérés exprimés.

5. Les recommandations sont formulées par la Commission à la majorité des Parties contractantes.

Article 8

1. La pondération prévue à l'article 7 est déterminée selon le tableau suivant:

Pourcentage de la contribution annuelle d'une Partie contractante par rapport aux contributions annuelles de l'ensemble des Parties contractantes	Nombre de voix
Inférieur à 1 %	1
De 1 à moins de 2 %	2
De 2 à moins de 3 %	3
De 3 à moins de 4½ %	4
De 4½ à moins de 6 %	5
De 6 à moins de 7½ %	6
De 7½ à moins de 9 %	7
De 9 à moins de 11 %	8
De 11 à moins de 13 %	9
De 13 à moins de 15 %	10
De 15 à moins de 18 %	11
De 18 à moins de 21 %	12
De 21 à moins de 24 %	13
De 24 à moins de 27 %	14
De 27 à moins de 30 %	15
30 %	16

2. La fixation initiale du nombre des voix est faite, à compter de l'entrée en vigueur du Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981, par référence au tableau ci-dessus et conformément à la règle de détermination des contributions annuelles des Parties contractantes au budget de l'Organisation qui figure à l'article 19 des Statuts de l'Agence.

3. En cas d'adhésion d'un Etat, il est procédé de la même manière à une nouvelle fixation du nombre de voix des Parties contractantes.

4. Il est procédé chaque année à une nouvelle fixation du nombre des voix, dans les conditions prévues ci-dessus.

Article 9

1. La Commission établit son règlement intérieur qui doit être adopté à l'unanimité.

2. Ce règlement doit prévoir notamment les règles relatives à la Présidence, à la création de groupes de travail et aux langues de travail de la Commission.

Article 10

L'Agence met à la disposition de la Commission le personnel et les moyens matériels nécessaires à son fonctionnement.

Article 11

1. La Commission assure avec les Etats et les organisations internationales intéressés les relations utiles à la réalisation de l'objet de l'Organisation.

2. La Commission est notamment, sans préjudice des dispositions du paragraphe 3 de l'article 6 et de l'article 13, seule compétente pour conclure au nom de l'Organisation, avec les organisations internationales, les Parties contractantes ou les Etats tiers, les accords nécessaires à l'exécution des tâches de l'Organisation prévues à l'article 2.

3. Auf Vorschlag der Agentur kann die Kommission dieser die Befugnis übertragen, Verhandlungen in bezug auf Vereinbarungen aufzunehmen, die für die Durchführung der in Artikel 2 genannten Aufgaben erforderlich sind, und diese Vereinbarungen zu schließen.

Artikel 12

In den Vereinbarungen in bezug auf die Aufgaben nach Artikel 2 zwischen der Organisation und einer oder mehreren Vertragsparteien oder einem oder mehreren Drittstaaten oder einer internationalen Organisation sind die jeweiligen Aufgaben, Rechte und Pflichten der Vertragsparteien der Vereinbarungen sowie die Finanzierungsbedingungen und die zu treffenden Maßnahmen festzulegen. Die Verhandlungen können von der Agentur nach den in Artikel 6 Absatz 3 und Artikel 11 Absatz 3 festgelegten Regeln geführt werden.

Artikel 13

Die Agentur kann im Rahmen der von der Kommission erteilten Richtlinien die für die Koordinierung des Luftverkehrs und für die Tätigkeit ihrer eigenen Dienste unerläßlichen Verbindungen zu den in Frage kommenden öffentlichen und privaten technischen Diensten der Vertragsparteien, Nichtvertragsstaaten und internationalen Organe herstellen. Sie kann zu diesem Zweck im Namen der Organisation und vorbehaltlich einer Mitteilung an die Kommission Verträge ausschließlich verwaltungsmäßiger, technischer oder kaufmännischer Art abschließen, soweit dies für ihre Tätigkeit erforderlich ist.

Artikel 14

1. Für den Erwerb von unbeweglichem Eigentum, das zur Errichtung der Anlagen der Organisation erforderlich ist, wird, soweit dies nach innerstaatlichem Recht, vorgesehen ist, das Vorliegen eines öffentlichen Interesses mit den Wirkungen anerkannt, die sich aus diesem Recht für eine Enteignung aus Gründen des öffentlichen Interesses ergeben; die Zustimmung der beteiligten Regierung bleibt vorbehalten. Das Enteignungsverfahren aus Gründen des öffentlichen Interesses kann von den zuständigen Behörden des betreffenden Staates nach innerstaatlichem Recht zur Herbeiführung des Erwerbs in Fällen betrieben werden, in denen eine gütliche Einigung nicht zustande kommt.

2. Im Hoheitsgebiet von Vertragsparteien, in dem das in Absatz 1 bezeichnete Verfahren nicht besteht, kann die Organisation das für die Zivilluftfahrt und das Fernmeldewesen anwendbare Zwangserwerbsverfahren in Anspruch nehmen.

3. Auf die für Rechnung der Organisation in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien geleisteten Arbeiten und Dienste wenden die Vertragsparteien zugunsten der Organisation die innerstaatlichen Vorschriften über Grundeigentumsbeschränkungen an, soweit solche im öffentlichen Interesse zugunsten innerstaatlicher Behörden mit gleicher Zielsetzung bestehen, insbesondere die Vorschriften, die sich auf Dienstbarkeiten im öffentlichen Interesse beziehen.

4. Die Organisation trägt die aus der Anwendung dieses Artikels entstehenden Kosten, einschließlich der Entschädigungen, die nach den Rechtsvorschriften des Staates gezahlt werden müssen, in dessen Hoheitsgebiet die Grundstücke gelegen sind.

Artikel 15

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben durchführt, wendet die Agentur die Bestimmungen an, die im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien und in den Lufträumen gelten, für die letzteren die Durchführung von Flugsicherungsdiensten durch internationale Übereinkünfte übertragen ist, deren Vertragspartei sie sind.

3. La Commission peut, sur proposition de l'Agence, déléguer à cette dernière la décision d'ouvrir des négociations et de conclure les accords nécessaires à l'exécution des tâches prévues à l'article 2.

Article 12

Les accords entre l'Organisation et une ou plusieurs Parties contractantes ou un ou plusieurs Etats non membres ou une organisation internationale, relatifs aux tâches prévues à l'article 2 doivent fixer les tâches, droits et obligations respectifs des Parties aux accords ainsi que les conditions de financement et déterminer les mesures à prendre. Ils peuvent être négociés par l'Agence dans les conditions prévues au paragraphe 3 de l'article 6 et au paragraphe 3 de l'article 11.

Article 13

Dans le cadre des directives données par la Commission, l'Agence peut établir avec les services techniques intéressés, publics ou privés, relevant des Parties contractantes, d'Etats non contractants ou d'organismes internationaux, les relations indispensables à la coordination de la circulation aérienne et au fonctionnement de ses propres services. Elle peut conclure à cet effet, au nom de l'Organisation, sous réserve d'en informer la Commission, des contrats de caractère purement administratif, technique ou commercial dans la mesure où ils sont nécessaires à son fonctionnement.

Article 14

1. Le caractère d'utilité publique est reconnu, le cas échéant, conformément aux législations nationales, avec les effets qui découlent des dispositions de celles-ci relatives à l'expropriation pour cause d'utilité publique, aux acquisitions immobilières nécessaires à l'implantation des installations de l'Organisation, sous réserve de l'accord des Gouvernements intéressés. La procédure d'expropriation pour cause d'utilité publique pourra être diligentée par les autorités compétentes de l'Etat en cause, conformément à sa législation nationale, en vue de réaliser ces acquisitions à défaut d'accord amiable.

2. Sur le territoire des Parties contractantes où la procédure visée au paragraphe précédent n'existe pas, l'Organisation peut bénéficier des procédures d'acquisition forcée utilisables au profit de l'aviation civile et des télécommunications.

3. Les Parties contractantes reconnaissent à l'Organisation, pour les ouvrages et services établis pour son compte sur leurs territoires respectifs, le bénéfice de l'application des réglementations nationales relatives aux limitations du droit de propriété immobilière qui existeraient dans l'intérêt public au profit des services nationaux pour le même objet et notamment de celles qui concernent les servitudes d'utilité publique.

4. L'Organisation supportera les frais découlant de l'application des dispositions du présent article, y compris le montant des indemnités dues conformément à la législation de l'Etat sur le territoire duquel les biens sont situés.

Article 15

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2, l'Agence applique les règlements en vigueur sur les territoires des Parties contractantes et dans les espaces aériens pour lesquels la fourniture des services de la circulation aérienne leur est confiée en vertu des accords internationaux auxquels elles sont parties.

Artikel 16

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben durchführt, erteilt die Agentur im Rahmen der den Flugsicherungsdiensten übertragenen Befugnisse den Luftfahrzeugführern alle erforderlichen Weisungen. Abgesehen von den Fällen höherer Gewalt, die in den in Artikel 15 erwähnten Bestimmungen geregelt sind, haben die Luftfahrzeugführer diese Weisungen zu beachten.

Artikel 17

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben durchführt, werden Zuwiderhandlungen gegen die Luftverkehrsregeln in dem Luftraum, in dem die Durchführung der Flugsicherungsdienste der Agentur übertragen ist, von Bediensteten, welche die Agentur hierzu besonders beauftragt hat durch Aufnahme in ein Protokoll festgestellt; hierdurch wird das Recht auf Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art, das den Bediensteten der Vertragsparteien nach innerstaatlichem Recht zusteht, nicht berührt. Die obengenannten Protokolle haben vor den innerstaatlichen Gerichten den gleichen Wert wie Protokolle der innerstaatlichen Bediensteten, die zur Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art befugt sind.

Artikel 18

1. Die Übermittlung von Veröffentlichungen und anderen Informationsunterlagen, die von der Organisation ausgehen oder an diese gerichtet sind und mit ihrer amtlichen Tätigkeit in Zusammenhang stehen, unterliegt keinen Beschränkungen.

2. Bei ihren amtlichen Nachrichtenverkehr und der Übermittlung aller ihrer Schriftstücke hat die Organisation Anspruch auf eine ebenso günstige Behandlung, wie sie von den einzelnen Vertragsparteien vergleichbaren internationalen Organisationen gewährt wird.

Artikel 19

1. Die Organisation ist in dem Staat, in dem sie ihren Sitz hat, und im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien von allen Steuern und sonstigen Abgaben anlässlich ihrer Gründung, Auflösung und Liquidation befreit.

2. Sie ist von allen Steuern und sonstigen Abgaben befreit, die anlässlich des Erwerbs von unbeweglichem Eigentum erhoben werden, das zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

3. Sie ist für sich selbst, ihr Eigentum, ihre Vermögenswerte und Einkünfte von allen direkten Steuern befreit.

4. Sie ist von den indirekten steuerlichen Abgaben befreit, die bei der Begebung von Anleihen entstehen können, bei denen sie persönlich Schuldnerin ist.

5. Sie ist von allen Steuern außerordentlicher oder diskriminierender Art befreit.

6. Die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen erstrecken sich nicht auf Abgaben und Gebühren, die eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe darstellen.

Artikel 20

1. Die Organisation ist von allen Zöllen und sonstigen Abgaben gleicher Wirkung, soweit es sich nicht um Gebühren oder Abgaben für geleistete Dienste handelt, und von allen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen für Baustoffe, Material, Ausstattungen und andere Gegenstände befreit, die zu ihrem Dienstgebrauch eingeführt und für ihre Liegenschaften, ihre Anlagen und ihren Betrieb bestimmt sind.

Article 16

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2 et dans la limite des droits conférés aux services de la circulation aérienne, l'Agence donne aux commandants d'aéronefs toutes instructions nécessaires. Ils sont tenus de s'y conformer, hormis les cas de force majeure envisagés dans les règlements mentionnés à l'article précédent.

Article 17

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2, les infractions à la réglementation de la navigation aérienne commises dans l'espace où la fourniture des services de la circulation aérienne est confiée à l'Agence sont constatées dans les procès-verbaux par des agents spécialement commissionnés par elle à cet effet, sans préjudice du droit reconnu par les législations nationales aux agents des Parties contractantes de constater les infractions de même nature. Les procès-verbaux visés ci-dessus ont devant les tribunaux nationaux la même valeur que ceux dressés par les agents nationaux qualifiés pour constater les infractions de même nature.

Article 18

1. La circulation des publications et des autres supports d'information expédiés par l'Organisation ou destinés à celle-ci, et correspondant à ses activités officielles n'est soumise à aucune restriction.

2. Pour ses communications officielles et le transfert de tous ses documents, l'Organisation bénéficie d'un traitement aussi favorable que celui accordé par chaque Partie contractante aux organisations internationales similaires.

Article 19

1. L'Organisation est exonérée, dans l'Etat du siège et sur le territoire des Parties contractantes, de tous droits et taxes à l'occasion de sa constitution, de sa dissolution et de sa liquidation.

2. Elle est exonérée des droits et taxes auxquels donneraient lieu les acquisitions de biens immobiliers nécessaires à l'accomplissement de sa mission.

3. Elle est exonérée de tous impôts directs susceptibles de s'appliquer à elle-même, à ses biens, avoirs et revenus.

4. Elle est exonérée des perceptions fiscales indirectes que pourraient entraîner les émissions d'emprunts et dont elle serait personnellement débitrice.

5. Elle est exonérée de tout impôt de caractère exceptionnel ou discriminatoire.

6. Les exonérations prévues au présent article ne s'étendent pas aux impôts et taxes perçus en rémunération de services d'utilité générale.

Article 20

1. L'Organisation est exonérée de tous droits de douane et taxes d'effet équivalent, autres que des redevances ou impositions représentatives de services rendus, et exemptée de toute prohibition et restriction d'importation ou d'exportation en ce qui concerne les matériaux, matériels, fournitures et autres objets importés pour l'usage officiel de l'Organisation et destinés aux immeubles et installations de l'Organisation ou à son fonctionnement.

2. Die so eingeführten Waren dürfen im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in das sie eingeführt worden sind, weder verkauft noch ausgeliehen, noch entgeltlich oder unentgeltlich veräußert werden, es sei denn zu Bedingungen, welche die Regierung dieser Vertragspartei festsetzt.

3. Es können alle für zweckdienlich erachteten Kontrollmaßnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, daß die Baustoffe, Materialien, Ausstattungen und anderen in Absatz 1 bezeichneten Gegenstände, die für die Organisation eingeführt wurden, an diese ausgeliefert und für ihre Liegenschaften, ihre dienstlichen Anlagen oder ihren Betrieb verwendet werden.

4. Die Organisation ist ferner von allen Zöllen und allen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen für die in Artikel 25 der beigefügten Satzung bezeichneten Veröffentlichungen befreit.

Artikel 21

1. Die Organisation kann, soweit dies zur Durchführung der ihrem Zweck entsprechenden Geschäfte erforderlich ist, Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten.

2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, der Organisation die notwendigen Genehmigungen zu erteilen, um in Übereinstimmung mit den in den einschlägigen innerstaatlichen Regelungen und internationalen Vereinbarungen vorgesehenen Verfahren alle Transaktionen durchzuführen, die mit der Gründung und der Tätigkeit der Organisation zusammenhängen, einschließlich der Begebung und Bedienung von Anleihen, wenn die Regierung der beteiligten Vertragspartei deren Begebung genehmigt hat.

Artikel 22

1. Die Agentur kann Staatsangehörige der Vertragsparteien als qualifiziertes Personal zur Mitarbeit heranziehen.

2. Das Personal der Organisation genießt Befreiung von den Einwanderungsbeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer, wie sie allgemein dem Personal vergleichbarer internationaler Organisationen gewährt wird; das gleiche gilt für die in den Haushalten des Personals lebenden Familienangehörigen.

3. a) Im Fall einer internationalen Krise gewähren die Vertragsparteien dem Personal der Organisation und den in seinen Haushalten lebenden Familienangehörigen dieselben Erleichterungen bei der Rückführung in ihren Heimatstaat, wie sie dem Personal anderer internationaler Organisationen, gewährt werden.

b) Die Verpflichtungen des Personals gegenüber der Organisation werden von den Bestimmungen unter Buchstabe (a) nicht berührt.

4. Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 sind nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit zulässig.

5. Das Personal der Organisation

a) ist bei der Einfuhr seiner persönlichen Gebrauchsgegenstände, Möbel und sonstigen gebrauchten Hausratsgüter, die es bei seiner erstmaligen Niederlassung aus dem Ausland mitbringt, sowie bei der Wiederausfuhr der gleichen Gebrauchsgegenstände, Möbel und sonstigen Hausratsgüter bei Beendigung seiner Tätigkeit von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit, soweit es sich nicht um Gebühren oder Abgaben für geleistete Dienste handelt;

b) kann bei Antritt des Dienstes im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei seine Kraftfahrzeuge vorübergehend zollfrei einführen und spätestens bei Beendigung der Amtszeit zollfrei wieder ausführen, jedoch in beiden Fällen vorbe-

2. Les marchandises ainsi importées ne peuvent être ni vendues, ni prêtées ou cédées, soit à titre gratuit soit à titre onéreux, sur le territoire de la Partie dans laquelle elles auront été introduites, à moins que ce ne soit dans des conditions fixées par le Gouvernement de la Partie contractante intéressée.

3. Toutes mesures de contrôle jugées utiles pourront être prises pour s'assurer que les matériaux, matériels, fournitures et autres objets indiqués au premier paragraphe et importés à destination de l'Organisation ont bien été livrés à ladite Organisation et affectés aux immeubles et installations officiels ou à son fonctionnement.

4. L'Organisation est en outre exonérée de tous droits de douane et exemptée de toute prohibition ou restriction d'importation ou d'exportation en ce qui concerne les publications visées à l'article 25 des Statuts ci-annexés.

Article 21

1. L'Organisation peut détenir toutes devises et avoir des comptes en toutes monnaies dans la mesure nécessaire à l'exécution des opérations répondant à son objet.

2. Les Parties contractantes s'engagent à lui accorder les autorisations nécessaires pour effectuer, suivant les modalités prévues dans les règlements nationaux et accords internationaux applicables, tous les mouvements de fonds auxquels donneront lieu la constitution et l'activité de l'Organisation y compris l'émission et le service des emprunts lorsque l'émission de ces derniers aura été autorisée par le Gouvernement de la Partie contractante intéressée.

Article 22

1. L'Agence peut faire appel au concours de personnes qualifiées ressortissantes des Parties contractantes.

2. Les membres du personnel de l'Organisation ainsi que les membres de leur famille vivant à leur foyer bénéficient des exceptions aux dispositions limitant l'immigration et réglant l'enregistrement des étrangers généralement reconnues aux membres du personnel des organisations internationales similaires.

3. (a) Les Parties contractantes accordent, en période de crise internationale, aux membres du personnel de l'Organisation et aux membres de leur famille vivant à leur foyer, les mêmes facilités de rapatriement que celles reconnues au personnel des autres organisations internationales.

(b) Les obligations du personnel de l'Organisation vis-à-vis de celle-ci ne sont pas affectées par la disposition du (a) ci-dessus.

4. Il ne peut être fait exception aux dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article que pour des motifs tirés de l'ordre, de la sécurité ou de la santé publics.

5. Les membres du personnel de l'Organisation:

(a) bénéficient de la franchise des droits et taxes de douane autres que les redevances ou impositions représentatives de services rendus, pour l'importation des effets personnels, meubles et autres objets de ménage usagés qu'ils apportent de l'étranger lors de leur premier établissement et pour la réexportation de ces mêmes effets, meubles et objets, lors de la cessation de leurs fonctions;

(b) peuvent, à l'occasion de leur prise de fonction sur le territoire de l'une des Parties contractantes, importer temporairement en franchise leur voiture automobile personnelle et ensuite, au plus tard à la fin de leur temps de ser-

haltlich der Bedingungen, welche die Regierung der beteiligten Vertragspartei in jedem Einzelfall für erforderlich erachtet;

- c) genießt Unverletzlichkeit aller seiner amtlichen Schriftstücke und Urkunden.

6. Die Vertragsparteien sind nicht verpflichtet, die in Absatz 5 Buchstaben a und b genannten Erleichterungen ihren eigenen Staatsangehörigen zu gewähren.

7. Der Generaldirektor der Agentur genießt, außer den für das Personal der Organisation vorgesehenen Vorrechten, Erleichterungen und Befreiungen, die Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der in Ausübung seines Amtes vorgenommenen Handlungen, einschließlich seiner mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Falle eines Verstoßes gegen Vorschriften über den Straßenverkehr oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Fahrzeug verursacht wird.

8. Die beteiligten Regierungen ergreifen alle zweckdienlichen Maßnahmen, um den freien Transfer der Netto-Bezüge sicherzustellen.

Artikel 23

Die Vertreter der Vertragsparteien genießen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und während der Reise zum und vom Tagungsort Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden.

Artikel 24

Aufgrund des der Organisation eigenen Systems der sozialen Sicherheit sind die Organisation, der Generaldirektor und die Mitglieder des Personals unbeschadet der zwischen der Organisation und einer Vertragspartei bei Inkrafttreten dieses 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls bestehenden Regelung von sämtlichen Pflichtbeiträgen an staatliche Sozialversicherungsträger befreit.

Artikel 25

1. Für die vertragliche Haftung der Organisation gilt das Recht, das auf den jeweiligen Vertrag anzuwenden ist.

2. Im Bereich der außervertraglichen Haftung ist die Organisation verpflichtet, die durch Verschulden ihrer Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit verursachten Schäden in dem Maße zu ersetzen, wie sie diesen zuzurechnen sind. Andere Schadensersatzansprüche aufgrund des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien werden hierdurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 26

1. a) Die Anlagen der Organisation sind unverletzlich. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Organisation dürfen weder beschlagnahmt noch eingezogen noch enteignet werden.

b) Die Archive der Organisation und alle ihr gehörenden amtlichen Schriftstücke und Urkunden sind, gleichviel wo sie sich befinden, unverletzlich.

2. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Organisation können nur aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung beschlagnahmt werden oder Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sein. Die Anlagen der Organisation können jedoch weder beschlagnahmt werden noch Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sein.

3. Jedoch haben die zuständigen Behörden der Staaten, in denen sich der Sitz oder die Anlagen und Archive der Organisation befinden, zur Durchführung gerichtlicher Untersu-

vice, réexporter ce véhicule en franchise, sous réserve, dans l'une et l'autre hypothèse, des conditions jugées nécessaires dans tous les cas particuliers, par le Gouvernement de la Partie contractante intéressée.

- (c) jouissent de l'inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels.

6. Il n'est pas fait obligation aux Parties contractantes d'accorder à leurs propres ressortissants les facilités prévues aux (a) et (b) du paragraphe 5 ci-dessus.

7. Le Directeur Général de l'Agence, outre les privilèges, exemptions et facilités prévus pour le personnel de l'Organisation, jouit de l'immunité de juridiction pour ses actes, y compris ses paroles et écrits, accomplis dans le cadre de son activité officielle; cette immunité n'est pas applicable en cas d'infraction à la réglementation de la circulation routière ou en cas de dommage causé par un véhicule lui appartenant ou conduit par lui.

8. Les Gouvernements intéressés prennent toutes mesures utiles pour assurer la liberté de transfert des salaires nets.

Article 23

Les représentants des Parties contractantes, dans l'exercice de leurs fonctions ainsi qu'au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de réunion, jouissent de l'inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels.

Article 24

En raison de son régime propre de prévoyance sociale, l'Organisation, le Directeur Général et les membres du personnel de l'Organisation sont exemptés de toutes contributions obligatoires à des organismes nationaux de prévoyance sociale, sans préjudice des arrangements existant entre l'Organisation et une Partie contractante lors de l'entrée en vigueur du Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981.

Article 25

1. La responsabilité contractuelle de l'Organisation est régie par la loi applicable au contrat en cause.

2. En ce qui concerne la responsabilité non contractuelle, l'Organisation doit réparer les dommages causés par la faute de ses organes ou de ses agents dans l'exercice de leurs fonctions dans la mesure où ces dommages leur sont imputables. La disposition qui précède n'est pas exclusive du droit à d'autres réparations fondé sur la législation nationale des Parties contractantes.

Article 26

1. (a) Les installations de l'Organisation sont inviolables. Les biens et avoirs de l'Organisation sont exemptés de toute réquisition, expropriation et confiscation.

(b) Les archives de l'Organisation et tous les papiers et documents officiels lui appartenant sont inviolables en quelque endroit qu'ils se trouvent.

2. Les biens et avoirs de l'Organisation ne peuvent être saisis ni faire l'objet de mesures d'exécution forcée, si ce n'est par décision de justice. Toutefois, les installations de l'Organisation ne peuvent être saisies ni faire l'objet de mesures d'exécution forcée.

3. Toutefois, pour effectuer les enquêtes judiciaires et assurer l'exécution des décisions de justice dans leur territoire respectif, les autorités compétentes de l'Etat du Siège et des

chungen und zur Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, nach Unterrichtung des Generaldirektors der Agentur, in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet Zugang zu diesen Anlagen und Archiven.

Artikel 27

1. Die Organisation arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Vertragsparteien zusammen, um die reibungslose Ausübung der Gerichtsbarkeit zu erleichtern, die Beachtung der Polizeivorschriften zu gewährleisten und jeden Mißbrauch zu verhindern, zu dem die in diesem Übereinkommen erwähnten Vorrechte, Befreiungen, Ausnahmen oder Erleichterungen Anlaß geben können.

2. Die Organisation erleichtert nach Möglichkeit alle Arbeiten im öffentlichen Interesse, die im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien innerhalb oder in der Nähe der von ihr benutzten Grundstücke auszuführen sind.

Artikel 28

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b) vorgesehenen Aufgaben durchführt, sind die internationalen Übereinkünfte und die innerstaatlichen Vorschriften über Ein- und Überflug und über die Sicherheit des Hoheitsgebiets der Vertragsparteien für die Agentur verbindlich. Die Agentur trifft alle für die Anwendung dieser Übereinkünfte und Vorschriften notwendigen Maßnahmen.

Artikel 29

Wenn die Organisation die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b) vorgesehenen Aufgaben durchführt, ist die Agentur verpflichtet, den Vertragsparteien auf Verlangen alle Auskünfte über Luftfahrzeuge zu erteilen, die ihr in Ausübung ihrer Tätigkeit bekannt werden, damit die Vertragsparteien die Anwendung der internationalen Übereinkünfte und der innerstaatlichen Vorschriften überwachen können.

Artikel 30

Die Vertragsparteien erkennen an, daß die Agentur ihr finanzielles Gleichgewicht erlangen muß, und verpflichten sich, ihr unter Berücksichtigung ihrer eigenen Einnahmen nach Maßgabe der beigefügten Satzung angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Artikel 31

1. Jede Streitigkeit, die zwischen Vertragsparteien oder zwischen Vertragsparteien und der durch die Kommission vertretenen Organisation über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens und seiner Anlagen entsteht und nicht durch unmittelbare Verhandlungen oder auf andere Weise beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer Partei einem Schiedsverfahren unterworfen.

2. Zu diesem Zweck bestellt jede Partei für jeden Einzelfall einen Schiedsrichter; die Schiedsrichter einigen sich über die Bestellung eines dritten Schiedsrichters. Falls eine Partei nicht binnen zwei Monaten nach Zugang des Antrags der anderen Partei ihren Schiedsrichter bestellt oder die bestellten Schiedsrichter sich nicht binnen zwei Monaten über die Bestellung eines dritten Schiedsrichters einigen können, kann jede Partei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die Ernennungen vorzunehmen.

3. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

autres pays où sont situées ces installations et archives ont accès, après en avoir avisé le Directeur Général de l'Agence, aux installations et archives de l'Organisation.

Article 27

1. L'Organisation collabore en tout temps avec les Autorités compétentes des Parties contractantes en vue de faciliter la bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police, et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges, immunités, exemptions ou facilités énumérés dans la présente Convention.

2. L'Organisation facilite dans la mesure du possible la réalisation des travaux d'intérêt public à exécuter sur le territoire des Parties contractantes à l'intérieur ou dans le voisinage des immeubles qui lui sont affectés.

Article 28

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2, les accords internationaux et les réglementations nationales relatifs à l'accès, au survol et à la sécurité du territoire des Parties contractantes sont obligatoires pour l'Agence qui prend toutes mesures nécessaires à leur application.

Article 29

Dans le cas où l'Organisation exercerait les tâches prévues au (b) du paragraphe 2 de l'article 2, l'Agence est tenue de donner aux Parties contractantes qui en formulent la demande toutes les informations relatives aux aéronefs dont elle a connaissance dans l'exercice de ses fonctions, afin de permettre auxdites Parties contractantes de contrôler l'application des accords internationaux et des règlements nationaux.

Article 30

Les Parties contractantes reconnaissent la nécessité pour l'Agence de réaliser son équilibre financier, et s'engagent à mettre à sa disposition, compte tenu de ses recettes propres, les moyens financiers appropriés dans les limites et conditions définies par les Statuts ci-annexés.

Article 31

1. Tout différend qui pourra naître soit entre les Parties contractantes, soit entre les Parties contractantes et l'Organisation représentée par la Commission, relatif à l'interprétation ou l'application de la présente Convention ou de ses Annexes et qui n'aura pu être réglé par voie de négociations directes ou par tout autre mode de règlement sera soumis à arbitrage à la requête de l'une quelconque des parties.

2. A cet effet chacune des parties désignera dans chaque cas un arbitre, et les arbitres se mettront d'accord sur la désignation d'un tiers arbitre. Dans le cas où une partie n'aurait pas désigné son arbitre dans les deux mois de la date de réception de la requête de l'autre partie, ou dans le cas où les arbitres n'auraient pu, dans les deux mois, se mettre d'accord sur la désignation du tiers arbitre, toute partie pourra demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à ces désignations.

3. Le tribunal arbitral déterminera sa propre procédure.

4. Jede Partei trägt die Kosten ihres Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des dritten Schiedsrichters sowie die sonstigen Kosten werden von den Parteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann jedoch eine andere Aufteilung der Kosten vornehmen, wenn es dies für angemessen hält.

5. Die Entscheidung des Schiedsgerichts sind für die streitenden Parteien verbindlich.

Artikel 32

1. Die Satzung der Agentur sowie alle Änderungen, denen sie nach Maßgabe ihrer eigenen sowie der Bestimmungen dieses Übereinkommens unterworfen wird, sind im Hoheitsgebiet der Vertragspartei gültig und rechtswirksam.

2. Jede Änderung der Satzung bedarf der Genehmigung durch die Kommission; hierfür ist Einstimmigkeit ihrer Mitglieder erforderlich.

3. Die Artikel 1, 11, 19 und 20 der beigefügten Satzung können jedoch von der Kommission nicht geändert werden.

Artikel 33

Im Fall einer Krise oder eines Krieges wird die Handlungsfreiheit der beteiligten Vertragsparteien durch die Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht beeinträchtigt.

Artikel 34

Die Vertragsparteien verpflichten sich, zugunsten der Agentur diejenigen geltenden Rechtsvorschriften anzuwenden, durch welche die ununterbrochene Tätigkeit der öffentlichen Dienststellen gewährleistet werden soll.

Artikel 35

1. Die Geltungsdauer dieses Übereinkommens in der Fassung des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls wird um 20 Jahre verlängert, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls an gerechnet.

2. Diese Geltungsdauer verlängert sich ohne weiteres um jeweils fünf Jahre, sofern eine Vertragspartei nicht spätestens zwei Jahre vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer durch eine an die Regierung des Königreichs Belgien gerichtete schriftliche Notifikation ihre Absicht bekundet, das Übereinkommen zu beenden. Die Regierung des Königreichs Belgien setzt die Regierungen der anderen Vertragsparteien des Übereinkommens von dieser Notifikation in Kenntnis.

3. Wird die Organisation nach den vorstehenden Bestimmungen aufgelöst, so gilt sie für die Zwecke der Liquidation als fortbestehend.

Artikel 36

1. Voraussetzung für den Beitritt zu diesem Übereinkommen in der Fassung des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls ist im Fall der Staaten, die dieses Protokoll nicht unterzeichnet haben,

- a) die einstimmige Genehmigung durch die Kommission und
- b) die gleichzeitige Hinterlegung der Beitrittsurkunde zu der 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren.

2. Der Beschluß, dem Beitritt zuzustimmen, wird dem Nichtunterzeichnerstaat vom Präsidenten der Kommission notifiziert.

4. Chaque partie prendra à sa charge les frais concernant son arbitre et sa représentation dans la procédure devant le tribunal; les frais afférents au tiers arbitre ainsi que les autres frais seront supportés par les parties pour une part égale. Le tribunal arbitral peut toutefois fixer une répartition différente des frais s'il le juge approprié.

5. Les décisions du tribunal arbitral seront obligatoires pour les parties au différend.

Article 32

1. Les Statuts de l'Agence, ainsi que toutes modifications qui leur seraient apportées dans les conditions prévues à la présente Convention et aux Statuts y annexés, sont valables et ont effet sur le territoire des Parties contractantes.

2. Toute modification aux dispositions des Statuts est subordonnée à l'approbation de la Commission, statuant à l'unanimité de ses membres.

3. Toutefois les dispositions prévues aux articles 1, 11, 19 et 20 des Statuts ci-annexés ne sont pas susceptibles de modification par la Commission.

Article 33

En cas de crise ou de guerre, les dispositions de la présente Convention ne peuvent porter atteinte à la liberté d'action des Parties contractantes concernées.

Article 34

Les Parties contractantes s'engagent à faire bénéficier l'Agence des dispositions légales en vigueur destinées à assurer la continuité des services publics.

Article 35

1. La présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981, est prorogée d'une durée de vingt ans, à compter de l'entrée en vigueur du Protocole précité.

2. Cette durée sera automatiquement prolongée par périodes de cinq années à moins qu'une Partie contractante n'ait manifesté par une notification écrite au Gouvernement du Royaume de Belgique, au moins deux ans avant l'expiration de la période en cours, son intention de mettre fin à la Convention. Le Gouvernement du Royaume de Belgique avisera les Gouvernements des autres Etats parties à la Convention de ladite notification.

3. Si, en application de ce qui précède, l'Organisation est dissoute, elle est réputée exister pour les besoins de sa liquidation.

Article 36

1. L'adhésion à la présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1981, de tout Etat non signataire du Protocole précité, est subordonnée:

- (a) à l'accord de la Commission statuant à l'unanimité;
- (b) au dépôt concomitant par cet Etat de son instrument d'adhésion à l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route ouvert à la signature à Bruxelles en 1981.

2. La décision d'accepter l'adhésion est notifiée à l'Etat non signataire par le Président de la Commission.

3. Die Beitrittsurkunde wird bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt, welche die Regierungen der anderen Staaten hiervon unterrichtet, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind.

4. Der Beitritt wird am ersten Tag des zweiten Monats wirksam, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgt.

Diese Neufassung der Bestimmungen des Übereinkommens ist in deutscher, englischer, französischer, niederländischer und portugiesischer Sprache abgefaßt. Bei Abweichungen zwischen den Texten ist nach Maßgabe der Schlußklausel des internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 sowie nach Maßgabe der Schlußklausel des Protokolls zur Änderung des vorgenannten Übereinkommens vom 12. Februar 1981 der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

3. L'instrument d'adhésion est déposé auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en avisera les Gouvernements des autres Etats signataires et adhérents.

4. L'adhésion prendra effet le premier jour du deuxième mois suivant le dépôt de l'instrument d'adhésion.

Le présent dispositif de la Convention est établi en langues allemande, anglaise, française, néerlandaise et portugaise. En vertu de la clause finale de la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960, ainsi que de la clause finale du Protocole du 12 février 1981 amendant ladite Convention, le texte en langue française fera foi en cas de divergence entre les textes.

Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren

Accord multilatéral Relatif aux redevances de route

Die Bundesrepublik Deutschland,
die Republik Österreich,
das Königreich Belgien,
Spanien,
die Französische Republik,
das Vereinigte Königreich
Großbritannien und Nordirland,
Irland,
das Großherzogtum Luxemburg,
das Königreich der Niederlande,
die Portugiesische Republik,
die Schweizerische Eidgenossenschaft,

im folgenden „die Vertragsstaaten“ genannt –

die Europäische Organisation für Flugsicherung, im folgenden
„EUROCONTROL“ genannt –

in der Erwägung, daß die Abkommen, die bestimmte europäische Staaten mit EUROCONTROL über die Einziehung von Flugsicherungs-Streckengebühren abgeschlossen haben, aufgrund der Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 ersetzt werden müssen,

in der Erkenntnis, daß sich die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Festlegung und Einziehung von Flugsicherungs-Streckengebühren in der Vergangenheit gut bewährt hat,

in dem Wunsch, die bestehende Zusammenarbeit fortzusetzen und zu verstärken,

in der Absicht, unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ein möglichst vielen europäischen Staaten zugängliches, einheitliches europäisches System der Flugsicherungs-Streckengebühren anzuwenden,

in der Überzeugung, daß mit dieser Vereinheitlichung auch die Konsultation mit den Benutzern erleichtert wird,

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, daß die am System der Flugsicherungs-Streckengebühren der EUROCONTROL beteiligten Staaten die Befugnisse der Organisation auf dem Gebiet der Gebühreneinziehung verstärken,

in der Erkenntnis, daß dafür eine neue Rechtsgrundlage geschaffen werden muß –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Die Vertragsstaaten vereinbaren ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiet der Gebühren für die Streckennavigationsanlagen und Streckennavigationsdienste, im fol-

La République fédérale d'Allemagne,
la République d'Autriche,
le Royaume de Belgique,
l'Espagne,
la République Française,
le Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord,
l'Irlande,
le Grand Duché de Luxembourg,
le Royaume des Pays-Bas,
la République Portugaise,
la Confédération Suisse,

ci-après dénommés «Les Etats contractants»,

L'Organisation européenne pour la Sécurité de la Navigation Aérienne, ci-après dénommée «EUROCONTROL»,

Considérant que les accords conclus par des Etats européens avec EUROCONTROL en vue de la perception de redevances de route, doivent être remplacés du fait de la modification de la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960;

Reconnaissant que la coopération sur le plan de l'établissement et de la perception des redevances de route s'est avérée efficace dans le passé;

Désireux de poursuivre et de renforcer la coopération qui a été instaurée;

Décidés à mettre en œuvre, compte tenu des orientations recommandées par l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale, un système européen uniforme de redevances de route accessible au plus grand nombre possible d'Etats européens;

Convaincus que cette uniformisation permettra également de faciliter la consultation des usagers;

Considérant qu'il est souhaitable que les Etats participant au système de redevances de route EUROCONTROL renforcent les pouvoirs de l'Organisation en matière de recouvrement des redevances;

Reconnaissant qu'un tel système exige de nouvelles bases juridiques;

Sont convenus des dispositions qui suivent:

Article 1

1. Les Etats contractants conviennent d'adopter une politique commune pour ce qui est des redevances à percevoir au titre des installations et services de navigation aérienne de

genden „Flugsicherungs-Streckengebühren“ genannt, im Luftraum der ihrer Zuständigkeit unterliegenden Fluginformationsgebiete.

2. Sie vereinbaren daher, ein gemeinsames System zur Festlegung und Einziehung von Flugsicherungs-Streckengebühren zu schaffen und dafür die Dienste der EUROCONTROL in Anspruch zu nehmen.

3. Zu diesem Zweck werden die Ständige Kommission und der Geschäftsführende Ausschuß der EUROCONTROL um die Vertreter der Vertragsstaaten, die nicht Mitgliedstaaten der EUROCONTROL sind, erweitert und im folgenden als „Erweiterte Kommission“ und „Erweiterter Ausschuß“ bezeichnet.

4. Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Fluginformationsgebiete sind in der Anlage 1 dieser Vereinbarung aufgeführt. Jede Änderung, die ein Vertragsstaat an dem ihn betreffenden Teil der vorgenannten Anlage 1 vorzunehmen beabsichtigt und die sich auf die Gesamtausdehnung des in dieser Vereinbarung genannten Luftraums auswirkt, unterliegt der einmütigen Zustimmung der Erweiterten Kommission. Jede Änderung, die sich nicht in dieser Weise auswirkt, teilt der betroffene Vertragsstaat der EUROCONTROL mit.

Artikel 2

In der Erweiterten Kommission hat jeder Vertragsstaat eine Stimme, vorbehaltlich der Bestimmungen in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b.

Artikel 3

1. Der Erweiterten Kommission obliegt es, das gemeinsame System der Flugsicherungs-Streckengebühren in der Weise einzurichten, daß

- a) diese Gebühren nach einer einheitlichen Formel festgelegt werden, die die Kosten der Vertragsstaaten für Streckennavigationseinrichtungen und Streckennavigationsdienste und für den Betrieb des Systems sowie die Kosten der EUROCONTROL für den Betrieb des Systems umfaßt;
- b) diese Gebühren von EUROCONTROL als einzige Gebühr je Flug eingezogen werden.

2. Der Erweiterten Kommission werden zu diesem Zweck folgende Aufgaben übertragen:

- a) Sie legt die Grundsätze fest, die zur Ermittlung der in Absatz 1 Buchstabe a dieses Artikels genannten Kosten anzuwenden sind;
- b) sie legt die Regeln für die Berechnung der Flugsicherungs-Streckengebühren fest;
- c) sie genehmigt für jeden Erhebungszeitraum den Deckungssatz für die in Absatz 1 Buchstabe a dieses Artikels genannten Kosten;
- d) sie bestimmt die Rechnungseinheit, in der die Flugsicherungs-Streckengebühren benannt werden;
- e) sie legt die Anwendungsbedingungen des Systems einschließlich der Zahlungsbedingungen, Gebührensätze, Tarife sowie deren Erhebungszeiträume fest;
- f) sie legt die Grundsätze für Befreiungen von Flugsicherungs-Streckengebühren fest;
- g) sie genehmigt die Berichte des Erweiterten Ausschusses;
- h) sie legt die Finanzordnung für das System der Flugsicherungs-Streckengebühren fest;
- i) sie genehmigt Vereinbarungen zwischen EUROCONTROL und jedem Staat, der die Einrichtungen und die technische Hilfe der EUROCONTROL im Zusammenhang mit Flugsicherungsgebühren in Anspruch zu nehmen wünscht, die nicht unter diese Vereinbarung fallen;

route ci-après dénommées «redevances de route», dans l'espace aérien des Régions d'Information de Vol relevant de leur compétence.

2. Ils conviennent en conséquence de créer un système commun d'établissement et de perception de redevances de route et d'utiliser à cette fin les services d'EUROCONTROL.

3. A cet effet la Commission permanente et le Comité de gestion d'EUROCONTROL sont élargis aux représentants des Etats contractants qui ne sont pas membres d'EUROCONTROL et sont ci-après dénommés «la Commission élargie» et «le Comité élargi».

4. Les Régions d'Information de Vol mentionnées au paragraphe 1 ci-dessus sont énumérées à l'Annexe 1 au présent Accord. Toute modification qu'un Etat contractant souhaite apporter à la liste de ses Régions d'Information de Vol est subordonnée à l'accord unanime de la Commission élargie, lorsqu'elle aurait pour effet de modifier les limites de l'espace aérien couvert par le présent Accord. Toute modification qui n'a pas un tel effet sera notifiée à EUROCONTROL par l'Etat contractant intéressé.

Article 2

Chaque Etat contractant dispose d'une voix à la Commission élargie, sous réserve des dispositions du (b) du paragraphe 1 de l'article 6.

Article 3

1. La Commission élargie a pour mission d'établir le système commun de redevances de route de manière que:

- (a) ces redevances soient établies suivant une formule commune qui tienne compte des coûts encourus par les Etats contractants au titre des installations et services de la navigation aérienne de route et de l'exploitation du système ainsi que des coûts encourus par EUROCONTROL pour l'exploitation du système;
- (b) ces redevances soient perçues par EUROCONTROL à raison d'une redevance unique par vol effectué.

2. La Commission élargie est chargée à cet effet:

- (a) d'établir les principes régissant la détermination des coûts mentionnés au (a) du paragraphe 1 ci-dessus;
- (b) d'établir la formule de calcul des redevances de route;
- (c) d'approuver pour chaque période d'application le taux de recouvrement des coûts mentionnés au (a) du paragraphe 1 ci-dessus;
- (d) de déterminer l'unité de compte dans laquelle les redevances de route sont exprimées;
- (e) de déterminer les conditions d'application du système, y compris les conditions de paiement ainsi que les taux unitaires, les tarifs et leur période d'application;
- (f) de déterminer les principes applicables en matière d'exonération de redevances de route;
- (g) d'approuver les rapports du Comité élargi;
- (h) d'arrêter le règlement financier applicable au système de redevances de route;
- (i) d'approuver les accords entre EUROCONTROL et tout Etat désireux d'utiliser les moyens ou l'assistance technique d'EUROCONTROL en matière de redevances de navigation aérienne ne relevant pas du présent Accord;

- j) sie verabschiedet den vom Erweiterten Ausschuß nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c vorgelegten Haushaltsvoranschlag.

3. Die Erweiterte Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese bedarf der einmütigen Zustimmung aller Vertragsstaaten.

Artikel 4

Im Erweiterten Ausschuß hat jeder Vertragsstaat eine Stimme, vorbehaltlich der Bestimmungen in Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe b.

Artikel 5

1. Der Erweiterte Ausschuß hat folgende Aufgaben:

- a) Er bereitet die Beschlüsse der Erweiterten Kommission vor;
- b) er übt die Aufsicht über die Durchführung des Systems der Flugsicherungs-Streckengebühren und über alle Aufwendungen der EUROCONTROL in diesem Tätigkeitsbereich aus und trifft entsprechend den Beschlüssen der Erweiterten Kommission alle erforderlichen Maßnahmen, insbesondere im Zusammenhang mit der Einziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren;
- c) er berichtet der Erweiterten Kommission über die für die Durchführung des Systems der Flugsicherungs-Streckengebühren benötigten Mittel und legt ihr den Haushaltsvoranschlag für die Tätigkeit der EUROCONTROL auf dem Gebiet der Flugsicherungs-Streckengebühren vor;
- d) er nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm von der Erweiterten Kommission übertragen werden.

2. Der Erweiterte Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a.

Artikel 6

1. Für die Beschlüsse der Erweiterten Kommission gilt folgendes:

- a) Beschlüsse nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a bis f und h bedürfen der Einstimmigkeit aller Vertragsstaaten und sind für diese verbindlich. Kann keine Einstimmigkeit erzielt werden, so beschließt die Erweiterte Kommission mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Jeder Vertragsstaat, der aus zwingenden Gründen des nationalen Interesses diesen Beschluß nicht befolgen kann, hat der Erweiterten Kommission diese Gründe in einer Erklärung darzulegen;
- b) Beschlüsse nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben i und j bedürfen der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei diese Stimmen die gewogene Mehrheit der Mitgliedstaaten der EUROCONTROL umfassen müssen, wie sie sich aus den Bestimmungen in Anlage 2 dieser Vereinbarung ergibt. EUROCONTROL teilt den Vertragsstaaten, die nicht Mitgliedstaaten der EUROCONTROL sind, alljährlich die Zahl der Stimmen mit, über die die Mitgliedstaaten der EUROCONTROL nach diesen Bestimmungen verfügen;
- c) Beschlüsse nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe g werden mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Das gleiche gilt für Verfahren, die im Namen der EUROCONTROL von der Erweiterten Kommission vor dem in Artikel 25 vorgesehenen Schiedsgericht eingeleitet werden.

2. a) Die Geschäftsordnung des Erweiterten Ausschusses einschließlich der Regeln für die Beschlußfassung bedürfen der Genehmigung der Erweiterten Kommission durch einmütige Zustimmung aller Vertragsstaaten.

b) In dem in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c genannten Fall beschließt der Erweiterte Ausschuß jedoch nach Absatz 1 Buchstabe b dieses Artikels.

- (j) d'approuver l'annexe budgétaire proposée par le Comité élargi conformément au (c) du paragraphe 1 de l'article 5.

3. La Commission élargie établit son règlement intérieur à l'unanimité de tous les Etats contractants.

Article 4

Chaque Etat contractant dispose d'une voix au Comité élargi, sous réserve des dispositions du (b) du paragraphe 2 de l'article 6.

Article 5

1. Le Comité élargi est chargé:

- (a) de préparer les décisions de la Commission élargie;
- (b) de surveiller le fonctionnement du système de redevances de route, y compris l'utilisation des moyens mis en œuvre à cette fin par EUROCONTROL et de prendre toutes mesures nécessaires notamment en ce qui concerne le recouvrement des redevances de route, conformément aux décisions de la Commission élargie;
- (c) de faire rapport à la Commission élargie sur les moyens nécessaires au fonctionnement du système de redevances de route et de lui soumettre l'annexe budgétaire relative aux activités d'EUROCONTROL en matière de redevances de route;
- (d) de toutes autres tâches qui lui sont confiées par la Commission élargie.

2. Le Comité élargi établit son règlement intérieur sous réserve des dispositions prévues au (a) du paragraphe 2 de l'article 6.

Article 6

1. Les décisions de la Commission élargie sont acquises dans les conditions suivantes:

- (a) dans les cas prévus aux (a) à (f) et (h) du paragraphe 2 de l'article 3, les décisions sont prises à l'unanimité de tous les Etats contractants et sont obligatoires pour chaque Etat contractant; à défaut de décision unanime, la Commission élargie prend une décision à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés; tout Etat contractant qui ne peut, pour des raisons impératives d'intérêt national, appliquer cette décision présente à la Commission élargie un exposé de ces raisons;
- (b) dans les cas prévus aux (i) et (j) du paragraphe 2 de l'article 3, la décision est prise à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés sous réserve que ces suffrages comprennent la majorité pondérée des Etats membres d'EUROCONTROL telle qu'elle résulte des dispositions reproduites à l'Annexe 2 du présent Accord; chaque année, EUROCONTROL fait connaître aux Etats contractants qui ne sont pas membres d'EUROCONTROL le nombre de voix dont disposent les Etats membres d'EUROCONTROL en application de ces dispositions;
- (c) dans les cas prévus au (g) du paragraphe 2 de l'article 3, les décisions sont prises à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés. Il en est de même pour les recours introduits au nom d'EUROCONTROL par la Commission élargie devant le tribunal arbitral prévu à l'article 25.

2. (a) Le règlement intérieur du Comité élargi y compris les règles relatives aux prises de décision, est approuvé par la Commission élargie à l'unanimité de tous les Etats contractants.

(b) Toutefois, au cas mentionné au (c) du paragraphe 1 de l'article 5, les délibérations du Comité élargi sont prises conformément au (b) du paragraphe 1 du présent article.

Artikel 7

EUROCONTROL legt nach den geltenden Bestimmungen die Flugsicherungs-Streckengebühren fest, die für jeden Flug in dem in Artikel 1 genannten Luftraum geschuldet werden.

Artikel 8

EUROCONTROL zieht die in Artikel 7 genannten Flugsicherungs-Streckengebühren ein. Zu diesem Zweck sind sie für jeden Flug eine einzige Gebühr, die eine einzige Forderung der EUROCONTROL darstellt und an ihrem Sitz zu erfüllen ist.

Artikel 9

Gebührensschuldner ist die Person, die zum Zeitpunkt der Durchführung des Fluges der Luftfahrzeughalter war.

Artikel 10

Ist der Luftfahrzeughalter nicht bekannt, so gilt der Eigentümer des Luftfahrzeugs so lange als Luftfahrzeughalter, bis er den Nachweis erbracht hat, wer der Halter war.

Artikel 11

Zahlt der Schuldner nicht, so kann der geschuldete Betrag zwangsweise eingezogen werden.

Artikel 12

1. Das Verfahren zur Einziehung des geschuldeten Betrags wird entweder von EUROCONTROL selbst oder auf ihr Ersuchen von einem Vertragsstaat eingeleitet.

2. Die Einziehung wird entweder auf dem Gerichts- oder auf dem Verwaltungsweg durchgeführt.

3. Jeder Vertragsstaat teilt EUROCONTROL die bei ihm anzuwendenden Verfahren sowie die zuständigen Gerichte oder Verwaltungsbehörden mit.

Artikel 13

Das Verfahren zur Einziehung wird im Gebiet des Vertragsstaates anhängig gemacht, in dem

- a) der Schuldner seinen Wohnsitz oder Sitz hat;
- b) der Schuldner eine Geschäftsniederlassung hat, falls sich der Wohnsitz oder Sitz nicht im Gebiet eines Vertragsstaates befindet;
- c) der Schuldner Vermögenswerte besitzt, falls keine der in Buchstaben a und b dieses Artikels genannten Zuständigkeiten begründet ist;
- d) EUROCONTROL ihren Sitz hat, falls keine der in Buchstaben a bis c dieses Artikels genannten Zuständigkeiten begründet ist.

Artikel 14

EUROCONTROL ist befugt, vor den zuständigen Gerichten oder Verwaltungsbehörden von Staaten, die dieser Vereinbarung nicht angehören, ein Verfahren einzuleiten.

Artikel 15

Folgende in einem Vertragsstaat ergangenen Entscheidungen/Entscheide werden in den anderen Vertragsstaaten anerkannt und vollstreckt:

- a) rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen;
- b) Entscheidungen/Entscheide einer Verwaltungsbehörde, gegen die gerichtlicher Rechtsschutz möglich war, aber infolge Abweisung der Beschwerde durch ein rechtskräftig gewordenes Gerichtsurteil, Zurückziehung der Beschwerde oder Fristablauf nicht mehr möglich ist.

Article 7

EUROCONTROL détermine selon la réglementation en vigueur les redevances de route dues pour chaque vol effectué dans l'espace aérien défini à l'article 1.

Article 8

EUROCONTROL perçoit les redevances de route mentionnées à l'article 7. A cette fin, elles constituent une redevance unique due pour chaque vol qui est une créance unique d'EUROCONTROL et payable à son siège.

Article 9

La redevance est due par la personne qui exploitait l'aéronef au moment où le vol a eu lieu.

Article 10

Au cas où l'identité de l'exploitant n'est pas connue, le propriétaire de l'aéronef est réputé être l'exploitant jusqu'à ce qu'il ait établi quelle autre personne avait cette qualité.

Article 11

Lorsque le débiteur ne s'est pas acquitté de la somme due, celle-ci peut faire l'objet d'un recouvrement forcé.

Article 12

1. La procédure de recouvrement de la somme due est engagée, soit par EUROCONTROL, soit, à la requête d'EUROCONTROL, par un Etat contractant.

2. Le recouvrement est poursuivi, soit par voie judiciaire, soit par voie administrative.

3. Chaque Etat contractant fait connaître à EUROCONTROL les procédures qui sont appliquées dans cet Etat ainsi que les juridictions ou les autorités administratives compétentes.

Article 13

La procédure de recouvrement est introduite dans l'Etat contractant:

- (a) où le débiteur a son domicile ou son siège;
- (b) où le débiteur possède un établissement commercial si son domicile ou son siège ne sont pas situés sur le territoire d'un Etat contractant;
- (c) où le débiteur possède des avoirs, en l'absence des chefs de compétence énoncés aux paragraphes (a) et (b) ci-dessus;
- (d) où EUROCONTROL a son siège, en l'absence des chefs de compétence énoncés aux paragraphes (a) à (c) ci-dessus.

Article 14

EUROCONTROL a la capacité d'introduire une action devant les juridictions et les autorités administratives compétentes des Etats qui ne sont pas parties au présent Accord.

Article 15

Sont reconnues et exécutées dans les autres Etats contractants, les décisions suivantes prises dans un Etat contractant:

- (a) les décisions juridictionnelles définitives;
- (b) les décisions administratives qui ont été susceptibles de recours juridictionnel, mais ne le sont plus, soit parce que la juridiction a rejeté le recours par une décision définitive, soit parce que le requérant s'est désisté, soit par expiration du délai de recours.

Artikel 16

Eine Entscheidung/ein Entscheid im Sinne des Artikels 15 wird nicht anerkannt oder vollstreckt, wenn

- a) das Gericht oder die Verwaltungsbehörde des Ursprungsstaates, welches/welche die Entscheidung/den Entscheid ausgesprochen hat, nach Artikel 13 nicht zuständig war;
- b) die Entscheidung/der Entscheid der öffentlichen Ordnung des ersuchten Staates offensichtlich widerspricht;
- c) dem Schuldner die Entscheidung/der Entscheid der Verwaltungsbehörde oder das das gerichtliche Verfahren einleitende Schriftstück nicht so rechtzeitig zugestellt worden ist, daß er sich verteidigen oder die ihm gegebenen Rechtsschutzmöglichkeiten ausschöpfen konnte;
- d) ein zuvor angestrebtes Verfahren über dieselben Gebühren bei einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde des ersuchten Staates anhängig ist;
- e) die Entscheidung/der Entscheid mit einer/einem im ersuchten Staat bereits über dieselben Gebühren ergangenen Entscheidung/Entscheid unvereinbar ist;
- f) das Gericht oder die Verwaltungsbehörde des Ursprungsstaates bei ihrer Entscheidung/ihrer Entscheid hinsichtlich einer Vorfrage, die den Personenstand, die Rechts- und Handlungsfähigkeit sowie die gesetzliche Vertretung einer natürlichen Person, die ehelichen Güterstände, das Gebiet des Erbrechts einschließlich des Testamentsrechts betrifft, sich in Widerspruch zu einer Vorschrift des internationalen Privatrechts des ersuchten Staates gesetzt hat, es sei denn, daß die Entscheidung/der Entscheid nicht zu einem anderen Ergebnis geführt hätte, wenn die Vorschriften des internationalen Privatrechts dieses Staates angewendet worden wären.

Artikel 17

Die in Artikel 15 genannten Entscheidungen/Entscheide, die im Ursprungsstaat vollstreckbar geworden sind, werden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften des ersuchten Staates vollstreckt. Ist eine Vollstreckungsklausel erforderlich, so wird diese auf einfachen Antrag von einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde des ersuchten Staates erteilt.

Artikel 18

1. Dem Antrag wird folgendes beigelegt:

- a) eine Ausfertigung der Entscheidung/des Entscheids;
- b) bei einer im Versäumnisverfahren ergangenen gerichtlichen Entscheidung die Urschrift oder eine beglaubigte Abschrift der Urkunde, aus der sich ergibt, daß das den Rechtsstreit einleitende Schriftstück dem Schuldner rechtzeitig zugestellt worden ist;
- c) bei einer Entscheidung/einem Entscheid einer Verwaltungsbehörde eine Urkunde, aus der sich ergibt, daß die in Artikel 15 genannten Erfordernisse erfüllt worden sind;
- d) die Urkunde, aus der sich ergibt, daß die Entscheidung/der Entscheid im Ursprungsstaat vollstreckbar ist und dem Schuldner rechtzeitig zugestellt worden ist;

2. Auf Verlangen des Gerichts oder der Verwaltungsbehörde des ersuchten Staates ist eine ordnungsgemäß beglaubigte Übersetzung der Urkunden vorzulegen. Die Urkunden bedürfen weder der Beglaubigung noch einer ähnlichen Formalität.

Artikel 19

1. Der Antrag kann nur aus einem der in Artikel 16 angeführten Gründe abgelehnt werden. Die Entscheidungen/Entscheide dürfen im ersuchten Staat keinesfalls auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden.

Article 16

Les décisions mentionnées à l'article 15 ne sont pas reconnues ni exécutées dans les cas suivants:

- (a) si la juridiction ou l'autorité administrative de l'Etat d'origine n'était pas compétente dans les termes énoncés par l'article 13;
- (b) si la décision est manifestement contraire à l'ordre public de l'Etat requis;
- (c) si le débiteur n'a pas été avisé de la décision administrative ou de l'introduction de l'instance en temps utile pour se défendre ou exercer les recours juridictionnels;
- (d) si une instance relative aux mêmes redevances, introduite en premier lieu, est pendante devant une juridiction ou une autorité administrative de l'Etat requis;
- (e) si la décision est inconciliable avec une décision relative aux mêmes redevances et rendue dans l'Etat requis;
- (f) si la juridiction ou l'autorité administrative de l'Etat d'origine, pour rendre sa décision, a, en tranchant une question relative à l'état ou à la capacité des personnes physiques, aux régimes matrimoniaux, aux testaments et aux successions, méconnu une règle de droit international privé de l'Etat requis, à moins que sa décision n'aboutisse au même résultat que s'il avait fait application des règles du droit international privé de l'Etat requis.

Article 17

Les décisions mentionnées à l'article 15 qui sont exécutoires dans l'Etat d'origine sont mises à exécution conformément à la législation en vigueur dans l'Etat requis. En tant que de besoin, la décision est revêtue de la formule exécutoire sur simple requête par une juridiction ou une autorité administrative de l'Etat requis.

Article 18

1. La requête est accompagnée:

- (a) d'une expédition de la décision;
- (b) dans le cas d'une décision juridictionnelle rendue par défaut, de l'original ou d'une copie certifiée conforme d'un document établissant que le débiteur a reçu en temps utile signification ou notification de l'acte introductif d'instance;
- (c) dans le cas d'une décision administrative, d'un document établissant que les exigences prévues à l'article 15 sont satisfaites;
- (d) de tout document établissant que la décision est exécutoire dans l'Etat d'origine et que le débiteur a reçu en temps utile une signification de la décision.

2. Une traduction dument certifiée des documents est fournie si la juridiction ou l'autorité administrative de l'Etat requis l'exige. Aucune légalisation ni formalité analogue n'est requise.

Article 19

1. La requête ne peut être rejetée que pour l'un des motifs prévus à l'article 16. En aucun cas, la décision ne peut faire l'objet d'une révision au fond dans l'Etat requis.

2. Soweit diese Vereinbarung nichts Abweichendes vorsieht, richtet sich das Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren nach dem Recht des ersuchten Staates.

Artikel 20

Der von EUROCONTROL eingezogene Betrag ist entsprechend den Beschlüssen des Erweiterten Ausschusses an die Vertragsstaaten auszus zahlen.

Artikel 21

Hat ein Vertragsstaat die Forderung eingezogen, so ist der Betrag innerhalb kürzester Frist an EUROCONTROL auszus zahlen. EUROCONTROL verfährt in diesem Fall nach Artikel 20. Die dem Vertragsstaat entstandenen Einziehungskosten werden von EUROCONTROL getragen.

Artikel 22

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten arbeiten zum Zweck der Festlegung und Einziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren mit EUROCONTROL zusammen.

Artikel 23

Wenn der Erweiterte Ausschuss einstimmig beschließt, das Verfahren zur Einziehung einer Gebühr aufzugeben, können die betroffenen Vertragsstaaten alle ihnen geeignet erscheinenden Maßnahmen treffen. In diesem Fall sind die Bestimmungen in bezug auf die Einziehung sowie auf die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen/Entscheidungen nicht mehr anwendbar.

Artikel 24

Im Fall einer Krise oder eines Krieges wird die Handlungsfreiheit der beteiligten Vertragsstaaten durch die Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht beeinträchtigt.

Artikel 25

1. Jede Streitigkeit, die zwischen Vertragsstaaten oder zwischen Vertragsstaaten und der durch die Erweiterte Kommission vertretenen EUROCONTROL über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung und ihrer Anlagen entsteht und nicht durch unmittelbare Verhandlungen oder auf andere Weise beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer Partei einem Schiedsverfahren unterworfen.

2. Zu diesem Zweck bestellt jede Partei für jeden Einzelfall einen Schiedsrichter; die Schiedsrichter einigen sich über die Bestellung eines dritten Schiedsrichters.

3. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

4. Jede Partei trägt die Kosten ihres Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des dritten Schiedsrichters sowie die sonstigen Kosten werden von den Parteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann jedoch eine andere Aufteilung der Kosten vornehmen, wenn es dies für angemessen hält.

5. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind für die streitenden Parteien verbindlich.

Artikel 26

Diese Vereinbarung tritt an die Stelle der Mehrseitigen Vereinbarung über die Erhebung von Streckennavigationsgebühren vom 8. September 1970.

Diese Bestimmung hat keine Auswirkungen auf Abkommen zwischen EUROCONTROL und einem Nichtmitgliedstaat über die Einziehung von Flugsicherungs-Streckengebühren hinsichtlich des in Artikel 1 genannten Luftraums; solche Abkom-

2. La procédure relative à la reconnaissance et à l'exécution de la décision est régie par la loi de l'Etat requis dans la mesure où le présent Accord n'en dispose pas autrement.

Article 20

Le montant perçu par EUROCONTROL sera versé aux Etats contractants dans les conditions prévues par décision du Comité élargi.

Article 21

Lorsqu'un Etat Contractant a recouvré la créance, le montant effectivement perçu est versé dans les meilleurs délais à EUROCONTROL, qui applique la procédure prévue à l'article 20. Les frais de recouvrement encourus par cet Etat sont mis à la charge d'EUROCONTROL.

Article 22

Les autorités compétentes des Etats contractants coopèrent avec EUROCONTROL dans l'établissement et la perception des redevances de route.

Article 23

Si le Comité élargi décide à l'unanimité d'abandonner le recouvrement d'une redevance, les Etats Contractants concernés peuvent prendre toutes mesures qu'ils jugent appropriées. En pareil cas, les dispositions du présent Accord relatives au recouvrement, à la reconnaissance et à l'exécution des décisions cessent d'être applicables.

Article 24

En cas de crise ou de guerre, les dispositions du présent Accord ne peuvent porter atteinte à la liberté d'action des Etats contractants concernés.

Article 25

1. Tout différend qui pourra naître soit entre les Etats contractants, soit entre les Etats contractants et EUROCONTROL représentée par la Commission élargie, relatif à l'interprétation ou l'application du présent Accord ou de ses Annexes et qui n'aura pu être réglé par voie de négociations directes ou par tout autre mode de règlement sera soumis à arbitrage à la requête de l'une quelconque des parties.

2. A cet effet chacune des parties désignera dans chaque cas un arbitre, et les arbitres se mettront d'accord sur la désignation d'un tiers arbitre.

3. Le tribunal arbitral déterminera sa propre procédure.

4. Chaque partie prendra à sa charge les frais concernant son arbitre et sa représentation dans la procédure devant le tribunal; les frais afférents au tiers arbitre ainsi que les autres frais seront supportés par les parties à parts égales. Le tribunal arbitral peut toutefois fixer une répartition différente des frais s'il le juge approprié.

5. Les décisions du tribunal arbitral seront obligatoires pour les parties au différend.

Article 26

Le présent Accord remplace l'Accord multilatéral relatif à la perception des redevances de route du 8 septembre 1970.

Cette disposition ne porte pas préjudice à tout Accord entre EUROCONTROL et un Etat non membre d'EUROCONTROL, relatif à la perception des redevances de route qui concerne les Régions d'Information de Vol visées à l'Article 1 du présent

men bleiben in Kraft, bis dieser Staat Vertragspartei dieser Vereinbarung wird.

Artikel 27

1. Diese Vereinbarung liegt vor ihrem Inkrafttreten für jeden Staat zur Unterzeichnung auf, der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung am System der Einziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren teilnimmt oder der mit einmütiger Zustimmung der Ständigen Kommission zur Unterzeichnung zugelassen wurde.

2. Diese Vereinbarung bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt. Die Ratifikation des am 12. Februar 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960, im folgenden als „Protokoll“ bezeichnet, gilt gleichzeitig als Ratifikation dieser Vereinbarung.

3. Diese Vereinbarung tritt für EUROCONTROL, für die Mitgliedstaaten der EUROCONTROL und für die Staaten, die ihre Ratifikationsurkunde zuvor hinterlegt haben, am Tag des Inkrafttretens des Protokolls in Kraft.

4. Für jeden Staat, der die Ratifikationsurkunde nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung hinterlegt, tritt sie am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

5. Durch ihre Unterschrift wird EUROCONTROL Vertragspartei dieser Vereinbarung.

6. Die Regierung des Königreichs Belgien teilt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten dieser Vereinbarung jede Unterzeichnung der Vereinbarung durch einen Staat, jede Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde sowie den Tag des Inkrafttretens der Vereinbarung mit.

Artikel 28

1. Jeder Staat kann dieser Vereinbarung beitreten. Der Beitritt bedarf der einstimmigen Genehmigung der Erweiterten Kommission; ausgenommen sind europäische Staaten, die dem in Artikel 27 Absatz 2 genannten geänderten Übereinkommen beitreten.

2. Die Beitrittsurkunde wird bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt, welche die Regierungen der anderen Vertragsstaaten hiervon unterrichtet.

3. Der Beitritt wird am ersten Tag des zweiten Monats wirksam, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgt.

Artikel 29

1. Die Staaten, die Vertragsparteien des geänderten Übereinkommens sind, sind an diese Vereinbarung so lange gebunden, wie das geänderte Übereinkommen in Kraft bleibt.

2. Staaten, die nicht Vertragsparteien des geänderten Übereinkommens sind, sind für die Dauer von fünf Jahren an diese Vereinbarung gebunden, von dem Tag an gerechnet, an dem diese für sie in Kraft getreten ist, oder falls dies früher eintritt, bis zur Beendigung des Übereinkommens. Diese Dauer von fünf Jahren verlängert sich ohne weiteres um jeweils weitere fünf Jahre, sofern der betreffende Staat nicht spätestens zwei Jahre vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums durch eine an die Regierung des Königreichs Belgien gerichtete schriftliche Erklärung seine Absicht bekundet, seine Teilnahme zu beenden. Die Regierung des Königreichs Belgien teilt den Regierungen der anderen Vertragsstaaten schriftlich diese Erklärung mit.

Accord, et qui restera en vigueur jusqu'à ce que cet Etat devienne partie au présent Accord.

Article 27

1. Le présent Accord est ouvert à la signature, avant la date de son entrée en vigueur, de tout Etat participant à la date de la signature au système de perception des redevances de route EUROCONTROL ou admis à signer de l'accord unanime de la Commission permanente.

2. Le présent Accord sera soumis à ratification. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique. La ratification du Protocole, ouvert à la signature le 12 février 1981 à Bruxelles, amendement la convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960, ci-après dénommé «le Protocole», emporte ratification dudit Accord.

3. Le présent Accord entrera en vigueur à la date d'entrée en vigueur du Protocole en ce qui concerne EUROCONTROL, les Etats membres d'EUROCONTROL et les Etats qui auront déposé leur instrument de ratification à une date antérieure.

4. Pour tout Etat dont l'instrument de ratification est déposé après la date de l'entrée en vigueur du présent Accord, celui-ci entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date du dépôt de son instrument de ratification.

5. Par sa signature EUROCONTROL devient partie au présent Accord.

6. Le Gouvernement du Royaume de Belgique avisera les Gouvernements des autres Etats signataires dudit Accord de toute signature dudit Accord, de tout dépôt d'instrument de ratification et de la date d'entrée en vigueur de l'Accord.

Article 28

1. Tout Etat peut adhérer au présent Accord. Toutefois, à l'exception des Etats européens adhérant à la Convention amendée visée au paragraphe 2 de l'article 27, les Etats ne peuvent adhérer au présent Accord qu'avec l'approbation de la Commission élargie statuant à l'unanimité.

2. L'instrument d'adhésion est déposé auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en avisera les Gouvernements des autres Etats contractants.

3. L'adhésion prendra effet le premier jour du deuxième mois suivant le dépôt de l'instrument d'adhésion.

Article 29

1. Les Etats parties à la Convention amendée sont liés par le présent Accord aussi longtemps que ladite Convention amendée reste en vigueur.

2. Les Etats qui ne sont pas parties à la Convention amendée seront liés par le présent Accord pour une durée de cinq ans décomptée à partir du jour où il est, à leur égard, entré en vigueur ou jusqu'à expiration de la Convention, si cette dernière date est la plus rapprochée. Cette période de cinq ans est automatiquement prolongée par périodes de cinq ans à moins que l'Etat concerné n'ait manifesté par une notification écrite au Gouvernement du Royaume de Belgique, au moins deux ans avant l'expiration de la période en cours, son intention de mettre fin à sa participation au présent Accord. Le Gouvernement du Royaume de Belgique avisera par écrit les Gouvernements des autres Etats contractants de ladite notification.

3. Die Regierung des Königreichs Belgien teilt den Regierungen der anderen Vertragsstaaten schriftlich jede Erklärung mit, in der eine Vertragspartei des geänderten Übereinkommens die Absicht bekundet, das Übereinkommen zu beenden.

3. Le Gouvernement du Royaume de Belgique avisera par écrit les Gouvernements des autres Etats contractants de toute notification faite par une Partie contractante à la Convention amendée de son intention de mettre fin à ladite Convention.

Artikel 30

Die Regierung des Königreichs Belgien läßt diese Vereinbarung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und beim Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation nach Artikel 83 des am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt registrieren.

Article 30

Le Gouvernement du Royaume de Belgique fera enregistrer le présent Accord auprès du Secrétaire Général des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies et auprès du Conseil de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale, conformément à l'article 83 de la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale signée à Chicago le 7 décembre 1944.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten diese Vereinbarung unterschrieben.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés, après présentation de leurs pleins pouvoirs qui ont été reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent Accord.

Geschehen zu Brüssel, am 12. Februar 1981 in deutscher, englischer, spanischer, französischer, niederländischer und portugiesischer Sprache, wobei die sechs Texte gleichermaßen authentisch sind, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten eine beglaubigte Abschrift. Bei Abweichungen zwischen den Texten ist der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

Fait à Bruxelles, le 12 février 1981, en langues allemande, anglaise, espagnole, française, néerlandaise et portugaise, les six textes étant également authentiques, en un seul exemplaire, qui restera déposé aux Archives du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en communiquera copie certifiée conforme aux Gouvernements des autres Etats signataires. Le texte en langue française fera foi en cas de divergence entre les textes.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
H. Blomeyer-Bartenstein

Für die Republik Österreich:
Pour la République d'Autriche:
F. Bogen

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:
Charles-Ferdinand Nothomb
R. Urbain

Für Spanien:
Pour l'Espagne:
Nuño Aguirre de Cárcer
Francisco Cal Pardo

Für die Französische Republik:
Pour la République Française:
France de Hartingh
Roger Machenaud

Für das Vereinigte Königreich
Großbritannien und Nordirland:
Pour le Royaume-Uni
de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:
Peter Wakefield K. B. E., C. M. G.
David Garro Trefgarne

Für Irland:
Pour l'Irlande:
Albert Reynolds T. D.
Mary Tinney

Für das Großherzogtum Luxemburg:
Pour le Grand-Duché de Luxembourg:
Josy Barthel
Pierre Wurth

Für das Königreich der Niederlande:
Pour le Royaume des Pays-Bas:
J. H. O. Insinger
N. Smith-Kroes

Für die Portugiesische Republik:
Pour la République Portugaise:
José Carlos Pinto Soromenho Viana Baptista
João Eduardo Nunes de Oliveira Pequito

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:
Pour la Confédération Suisse:
A. Hurni

Für EUROCONTROL:
Pour EUROCONTROL:
David Garro Trefgarne
J. Leveque

Anlage 1		Annexe 1	
Fluginformationsgebiete		Régions d'Information de Vol	
Vertragsstaaten	Fluginformationsgebiete	Etats Contractants	Régions d'Information de Vol
Bundesrepublik Deutschland	Oberes Fluginformationsgebiet Hannover Oberes Fluginformationsgebiet Rhein Fluginformationsgebiet Bremen Fluginformationsgebiet Düsseldorf Fluginformationsgebiet Frankfurt Fluginformationsgebiet-München	République fédérale d'Allemagne	Région supérieure d'information de vol Hannover Région supérieure d'information de vol Rhein Région d'information de vol Bremen Région d'information de vol Düsseldorf Région d'information de vol Frankfurt Région d'information de vol München
Republik Österreich	Fluginformationsgebiet Wien	République d'Autriche	Région d'information de vol Wien
Königreich Belgien Großherzogtum Luxemburg	Oberes Fluginformationsgebiet Brüssel Fluginformationsgebiet Brüssel	Royaume de Belgique Grand-Duché de Luxembourg	Région supérieure d'information de vol Bruxelles Région d'information de vol Bruxelles
Spanien	Oberes Fluginformationsgebiet Madrid Fluginformationsgebiet Madrid Oberes Fluginformationsgebiet Barcelona Fluginformationsgebiet Barcelona Oberes Fluginformationsgebiet Islas Canarias	Espagne	Région supérieure d'information de vol Madrid Région d'information de vol Madrid Région supérieure d'information de vol Barcelona Région d'information de vol Barcelona Région supérieure d'information de vol Islas Canarias Région d'information de vol Islas Canarias
Französische Republik	Oberes Fluginformationsgebiet France Fluginformationsgebiet Paris Fluginformationsgebiet Brest Fluginformationsgebiet Bordeaux Fluginformationsgebiet Marseille	République française	Région supérieure d'information de vol France Région d'information de vol Paris Région d'information de vol Brest Région d'information de vol Bordeaux Région d'information de vol Marseille
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	Oberes Fluginformationsgebiet Scottish Fluginformationsgebiet Scottish Oberes Fluginformationsgebiet London Fluginformationsgebiet London	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	Région supérieure d'information de vol Scottish Région d'information de vol Scottish Région supérieure d'information de vol London Région d'information de vol London

Vertragsstaaten	Fluginformationsgebiete	Etats Contractants	Régions d'Information de Vol
Irland	Oberes Fluginformations- gebiet Shannon Fluginformationsgebiet Shannon	Irlande	Région supérieure d'information de vol Shannon Région d'information de vol Shannon
Königreich der Niederlande ...	Fluginformationsgebiet Amsterdam	Royaume des Pays-Bas	Région d'information de vol Amsterdam
Portugiesische Republik	Oberes Fluginformations- gebiet Lisboa Fluginformationsgebiet Lisboa Fluginformationsgebiet Santa Maria	République portugaise	Région supérieure d'information de vol Lisboa Région d'information de vol Lisboa Région d'information de vol Santa Maria
Schweizerische Eidgenossenschaft	Oberes Fluginformations- gebiet Genève Fluginformationsgebiet Genève Oberes Fluginformations- gebiet Zürich Fluginformationsgebiet Zürich	Confédération Suisse	Région supérieure d'information de vol Genève Région d'information de vol Genève Région supérieure d'information de vol Zürich Région d'information de vol Zürich

Anlage 2**Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b**

**Auszug aus dem Internationalen Übereinkommen
über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt
„EUROCONTROL“
vom 13. Dezember 1960
in der Fassung des 1981 in Brüssel
zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls**

Artikel 7 Absatz 3 des Übereinkommens

„Soweit keine gegenteiligen Bestimmungen bestehen, werden die in den Fällen des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 vorgesehenen Richtlinien und Maßnahmen von der Kommission mit Mehrheit angenommen mit der Maßgabe, daß

- die Stimmen der in Artikel 8 beschriebenen Wägung unterliegen,
- diese Stimmen die Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Vertragsparteien darstellen müssen.“

Artikel 8 des Übereinkommens

„1. Die in Artikel 7 vorgesehene Wägung richtet sich nach folgender Wägungstabelle:

Prozentsatz des Jahresbeitrags einer Vertragspartei im Verhältnis zu den Jahresbeiträgen aller Vertragsparteien	Stimmenzahl
Weniger als 1 %	1
1 bis weniger als 2 %	2
2 bis weniger als 3 %	3
3 bis weniger als 4,5 %	4
4,5 bis weniger als 6 %	5
6 bis weniger als 7,5 %	6
7,5 bis weniger als 9 %	7
9 bis weniger als 11 %	8
11 bis weniger als 13 %	9
13 bis weniger als 15 %	10
15 bis weniger als 18 %	11
18 bis weniger als 21 %	12
21 bis weniger als 24 %	13
24 bis weniger als 27 %	14
27 bis weniger als 30 %	15
30 %	16

2. Die anfängliche Festsetzung der Stimmenzahl erfolgt für den Zeitpunkt des Inkrafttretens des 1981 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls nach der vorstehenden Wägungstabelle entsprechend den Bestimmungen des Artikels 19 der Satzung der Agentur über die Festsetzung der Jahresbeiträge der Vertragsparteien zum Haushalt der Organisation.

3. Beim Beitritt eines Staates wird die Stimmenzahl der Vertragsparteien in der gleichen Weise neu festgesetzt.

4. Die Stimmenzahl wird alljährlich nach denselben Regeln neu festgesetzt.“

Annexe 2**[(b) du paragraphe 1 de l'Article 6]**

**Extraits de la Convention internationale
de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne
„EUROCONTROL“
du 13 décembre 1960
amendée par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en
1981**

Article 7.3 de la Convention

«Sauf dispositions contraires, les directives et les mesures prises dans les cas prévus au (b) du paragraphe 1 et au paragraphe 4 de l'article 6 sont adoptées par la Commission à la majorité des suffrages exprimés, étant entendu que:

- ces suffrages sont affectés de la pondération prévue à l'article 8 ci-après,
- ces suffrages doivent représenter la majorité des Parties Contractantes votant.»

Article 8 de la Convention

«1. La pondération prévue à l'article 7 est déterminée selon le tableau suivant:

Pourcentage de la contribution annuelle d'une Partie contractante par rapport aux contributions annuelles de l'ensemble des Parties contractantes	Nombre de voix
Inférieur à 1 %	1
De 1 à moins de 2 %	2
De 2 à moins de 3 %	3
De 3 à moins de 4½ %	4
De 4½ à moins de 6 %	5
De 6 à moins de 7½ %	6
De 7½ à moins de 9 %	7
De 9 à moins de 11 %	8
De 11 à moins de 13 %	9
De 13 à moins de 15 %	10
De 15 à moins de 18 %	11
De 18 à moins de 21 %	12
De 21 à moins de 24 %	13
De 24 à moins de 27 %	14
De 27 à moins de 30 %	15
30 %	16

2. La fixation initiale du nombre des voix est faite, à compter de la mise en vigueur du Protocole ouvert à la signature, à Bruxelles en 1981, par référence au tableau ci-dessus et conformément à la règle de détermination des contributions annuelles des Parties contractantes au budget de l'Organisation qui figure à l'article 19 des Statuts de l'Agence.

3. En cas d'adhésion d'un Etat, il est procédé de la même manière à une nouvelle fixation du nombre de voix des Parties contractantes.

4. Il est procédé chaque année à une nouvelle fixation du nombre des voix, dans les conditions prévues ci-dessus.»

**Artikel 19 der Anlage 1 zum Übereinkommen
(Satzung der Agentur)**

„1. Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels werden die jährlichen Beiträge der einzelnen Vertragsparteien zum Haushalt für jedes Haushaltsjahr nach folgendem Verteilungsschlüssel bestimmt:

- a) Ein erster Teil von 30 % des Beitrags wird im Verhältnis zur Höhe des Bruttosozialprodukts der einzelnen Vertragsparteien berechnet, wie es nachstehend in Absatz 3 definiert ist;
- b) ein zweiter Teil von 70 % des Beitrags wird im Verhältnis zur Erhebungsgrundlage für Flugsicherungs-Streckengebühren der einzelnen Vertragsparteien berechnet, wie sie nachstehend in Absatz 4 definiert ist.

2. Keine Vertragspartei ist verpflichtet, für ein gegebenes Haushaltsjahr einen Beitrag von mehr als 30 % des Gesamtbetrags der Beiträge der Vertragsparteien zu leisten. Wenn die Anwendung der Regelung in Absatz 1 dazu führen würde, daß der Beitrag einer Vertragspartei diese 30 % überstiege, so wird der überschießende Teil auf die übrigen Vertragsparteien entsprechend der Regelung in Absatz 1 verteilt.

3. Das hierbei berücksichtigte Bruttosozialprodukt ergibt sich aus den Statistiken der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, oder, wenn diese nicht vorliegen, aus denjenigen einer anderen Stelle, die gleichwertige Garantien bietet und durch Beschluß der Kommission bezeichnet wurde, indem das arithmetische Mittel der letzten drei Jahre errechnet wird, für welche diese Statistiken vorliegen. Es handelt sich um das Bruttosozialprodukt nach Faktorkosten und laufenden Preisen in Europäischen Rechnungseinheiten.

4. Die hierbei berücksichtigte Erhebungsgrundlage für die Flugsicherungs-Streckengebühren ist diejenige, die für das vorletzte Jahr vor dem betreffenden Haushaltsjahr maßgebend war.“

**Article 19 de l'Annexe 1 à la Convention
(Statuts de l'Agence)**

«1. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 ci-dessous, les contributions annuelles de chacune des Parties contractantes au budget sont, pour chaque exercice, déterminées selon la formule de répartition ci-après:

- (a) une première fraction, à concurrence de 30 % de la contribution, est calculée proportionnellement à l'importance du Produit national brut de la Partie contractante tel qu'il est défini au paragraphe 3 ci-dessous;
- (b) une deuxième fraction, à concurrence de 70 % de la contribution, est calculée proportionnellement à l'importance de l'assiette des redevances de route de la Partie contractante telle qu'elle est définie au paragraphe 4 ci-dessous.

2. Aucune Partie contractante n'est tenue de verser, pour un exercice budgétaire donné, une contribution dépassant 30 % du montant global des contributions des Parties contractantes. Si la contribution de l'une des Parties contractantes calculée conformément au paragraphe ci-dessus dépassait 30 %, l'excédent serait réparti entre les autres Parties contractantes selon les règles fixées audit paragraphe.

3. Le Produit national brut qui est pris en compte est celui qui résulte des statistiques établies par l'Organisation de Coopération et de Développement économiques – ou à défaut par tout organisme offrant des garanties équivalentes et désigné en vertu d'une décision de la Commission en calculant la moyenne arithmétique des trois dernières années pour lesquelles ces statistiques sont disponibles. Il s'agit du Produit national brut au coût des facteurs et aux prix courants exprimé en unités de compte européennes.

4. L'assiette des redevances de route qui est prise en compte est celle établie pour la pénultième année précédant l'exercice budgétaire en question.»

Denkschrift zum Änderungsprotokoll und zur Mehrseitigen Vereinbarung

I. Allgemeines

1. Änderungsprotokoll

Das EUROCONTROL-Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 trat am 1. März 1963 für eine erste Laufzeit von 20 Jahren in Kraft, die sich jeweils um fünf Jahre automatisch verlängern sollte, wenn das Übereinkommen nicht spätestens zwei Jahre vorher durch eine Vertragspartei gekündigt würde.

Kernpunkte der Zielsetzung des Übereinkommens sind:

- a) EUROCONTROL führt die Flugverkehrskontrolle für die streckengebundenen Flüge in den oberen Lufträumen (oberhalb ca. 6 000 m bzw. 7 500 m) aller Mitgliedstaaten grenzüberschreitend als eigene Aufgabe durch;
- b) die für die vorgenannte Aufgabe benötigten technischen Einrichtungen werden von EUROCONTROL auf der Grundlage einer gemeinsamen Finanzierung durch die Mitgliedstaaten errichtet und betrieben.

Trotz Ratifikation haben Frankreich und Großbritannien bereits früh in den 60er Jahren erklärt, daß sie sich außerstande sähen, EUROCONTROL wie vorgesehen in ihren Lufträumen tätig werden zu lassen. Im Falle Irlands wurde EUROCONTROL zwar die Errichtung der Kontrollzentrale Shannon gestattet, Flugverkehrskontrolle und technischer Betrieb werden jedoch national durchgeführt.

Die Niederlande haben trotz Mitwirkung in allen Phasen der Planung, des Baus und der Inbetriebnahme der auf ihrem Territorium errichteten EUROCONTROL-Zentrale Maastricht bis heute nicht die Kontrolle des niederländischen oberen Luftraumes auf EUROCONTROL übertragen, sondern nehmen sie nach wie vor von Amsterdam aus wahr.

Seit Mitte der 70er Jahre zeigte sich, daß sich die Zielsetzung des Übereinkommens auch während des noch verbleibenden Restes der 20jährigen Laufzeit nicht mehr erreichen lassen würde. Frankreich und Großbritannien zeigten keine Bereitschaft mehr, ihren vertraglichen Verpflichtungen doch noch nachzukommen.

Nach 20jähriger Laufzeit bestand zwischen den Mitgliedstaaten Einverständnis, das Übereinkommen der tatsächlichen Lage, den veränderten betrieblichen Auffassungen und neuen Notwendigkeiten anzupassen.

Die Ständige Kommission der EUROCONTROL hat deshalb eine Änderung des EUROCONTROL-Übereinkommens vorbereiten lassen. Das Ergebnis liegt in Form eines Änderungsprotokolls vor.

Es enthält folgende Kernpunkte:

Die Tätigkeit EUROCONTROLS wird sich künftig nicht nur – wie bisher – auf den oberen Luftraum (oberhalb 6 000 m bzw. 7 500 m), sondern auch auf den unteren

Luftraum der Mitgliedstaaten erstrecken und folgendes umfassen:

- a) Festlegung gemeinsamer langfristiger Ziele für die Flugsicherung, Koordination der nationalen Pläne und Aufstellung eines gemeinsamen mittelfristigen Planes;
- b) gemeinsame Weiterentwicklung des Flugsicherungssystems, einschließlich gemeinsamer Untersuchungen, Versuche und Erprobungen (EUROCONTROL-Erprobungsstelle in Bretigny/Paris);
- c) Koordination der Ausbildung von Flugsicherungspersonal und gemeinsame Fortbildung von FS-Fachleuten (EUROCONTROL-Schule Instilux in Luxemburg);
- d) gemeinsame Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Flugsicherung (EUROCONTROL-Gebührenstelle in Brüssel);
- e) zentrale Aufgaben in der Regelung der Flugverkehrsflüsse in Europa (Zentrale Datenbank und Koordinierungszentrale mit voraussichtlichem Sitz in Maastricht in Vorbereitung).

Das im geltenden Übereinkommen enthaltene, aber bisher nicht erreichte Ziel, die Flugverkehrskontrolle in den oberen Lufträumen aller Mitgliedstaaten durch EUROCONTROL als eigene Aufgabe wahrnehmen zu lassen, wird nun auch formal aufgegeben. Das Gleiche gilt für die gemeinsame Finanzierung der für diese Aufgabe erforderlichen Flugsicherungseinrichtungen durch die Mitgliedstaaten.

Einzelne oder Gruppen von Mitgliedstaaten können im Rahmen besonderer Vereinbarungen EUROCONTROL mit der Durchführung von Flugsicherungsaufgaben für ihre Lufträume beauftragen.

In einer Anlage 3 zum Änderungsprotokoll wurden die für die verschiedenen Bereiche EUROCONTROLS vorgesehenen Übergangsregelungen festgehalten.

Die Kontrollzentrale Maastricht wird solange noch von der Änderung des Übereinkommens ausgenommen sein und von EUROCONTROL wie bisher als eigene Aufgabe – unter der vollen Verantwortung aller Mitgliedstaaten – weiterbetrieben werden, bis über eine neue Funktion entschieden ist.

In einer diplomatischen Konferenz am 12. Februar 1981 in Brüssel wurde das Änderungsprotokoll von der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien, der Französischen Republik, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, Irland, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und – als neuem achten Mitgliedstaat – der Portugiesischen Republik unterzeichnet.

2. Mehrseitige Vereinbarung

Über das Änderungsprotokoll wird EUROCONTROL seiner Aufgabe enthoben, die Flugverkehrskontrolle in den oberen Lufträumen der Mitgliedstaaten wahrzunehmen.

men. Damit fällt auch das originäre Recht EUROCONTROLs weg, für diese Leistungen Gebühren zu erheben (vgl. Artikel 20 des geltenden Übereinkommens). Andererseits hat sich die zentrale Einziehung von Flugsicherungs-Streckengebühren durch die Gebührenstelle der EUROCONTROL aufgrund der Mehrseitigen Vereinbarung über die Erhebung von Streckennavigationsgebühren vom 8. September 1970 bisher gut bewährt.

Die EUROCONTROL-Mitgliedstaaten haben deshalb beschlossen, auch zukünftig die Einziehung der nunmehr wieder im vollen Umfang nationalen Flugsicherungs-Streckengebühren zentral durch die EUROCONTROL vornehmen zu lassen. Zu dem Zweck werden sie ein gemeinsames System zur Festlegung und Einziehung dieser Gebühren schaffen. Grundlage dafür ist die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981. Mit ihr wird auf EUROCONTROL das Recht übertragen, die jeweils national zu beanspruchenden Gebühren nach einheitlichen, gemeinsamen Grundsätzen zu berechnen, festzulegen und als eine für diesen Zweck fingierte eigene Forderung einzuziehen. Die eingezogenen Beträge wird EUROCONTROL alsdann an die Vertragsstaaten entsprechend ihren Streckenanteilen auszahlen.

Im Falle der Nichtzahlung durch den Schuldner findet eine sogenannte zwangsweise Einziehung statt. EUROCONTROL kann dazu den Gerichtsweg beschreiten oder sich des Verwaltungsverfahrens bedienen, welches der Vertragsstaat anbietet, in dem die Forderung eingezogen werden soll. Hier muß also letztlich auf nationales Recht zurückgegriffen werden.

Die etwa ein Jahr dauernden Verhandlungen über dieses Vertragswerk führten die Mitglieder des EUROCONTROL-Übereinkommens unter Beteiligung der Republik Österreich, des Königreichs Spanien, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Portugiesischen Republik – letztere als zukünftiges ordentliches Mitglied der EUROCONTROL.

Sie alle haben die Vereinbarung am 12. Februar 1981 in Brüssel unterzeichnet.

3. Junctim

Zwischen dem Änderungsprotokoll, vgl. Artikel XLI, und der Mehrseitigen Vereinbarung, vgl. Artikel 27 Abs. 2 Satz 3, besteht ein Junctim dergestalt, daß die Ratifikation des Protokolls zugleich als Ratifikation der Mehrseitigen Vereinbarung gilt. Dieses Junctim gilt für europäische Staaten auch im Falle eines späteren Beitritts zum geänderten Übereinkommen, vgl. Artikel 36 Abs. 1 Buchstabe b des geänderten Übereinkommens und Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 der Mehrseitigen Vereinbarung. Der Grund dafür liegt in den negativen Erfahrungen mit der mangelhaften Verwirklichung des EUROCONTROL-Übereinkommens in der noch geltenden Fassung.

Das Junctim gilt nicht auch umgekehrt, damit Staaten, die aus übergeordneten Erwägungen nicht Vertragspartei des Übereinkommens werden können (Österreich, Schweiz) oder durch das Veto einer Vertragspartei (Vereinigtes Königreich) am Beitritt zum Übereinkommen gehindert werden (Spanien), dennoch die Vorteile der zentralen Gebühreneinziehung als ordentliche Mitglieder des Vertragswerkes in Anspruch nehmen können.

II. Besonderes

1. Änderungsprotokoll

Zu Artikel I

Da die wesentlichen Exekutivaufgaben der Organisation wegfallen werden, hätte ein neues Übereinkommen nahegelegen. Verschiedene Vertragsparteien hatten jedoch Bedenken, die Organisation auch nur eine logische Sekunde lang zu liquidieren und eine neue Rechtspersönlichkeit zu schaffen. So bleibt z. B. Artikel 4 unverändert.

Zu Artikel II

Der gemeinsame Zweck der Organisation wird erweitert und betont.

Zu Artikel III

Der Aufgabenkatalog für die Organisation wird teils eingeschränkt, teils erweitert und konkretisiert. In Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe I liegt die Basis für die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren. Der Katalog ist der neue Kern des geänderten Übereinkommens.

Zu Artikel IV

Dieser Artikel vereinfacht den Übereinkommenstext.

Zu Artikel V

Die Kommission ist im Falle zusätzlicher Mehrseitiger Vereinbarungen (z. B. gem. Artikel 2 Abs. 1 Buchstaben k und l) um Vertreter der Staaten zu erweitern, die nicht Mitglieder der Organisation sind.

Zu den Artikeln VI bis X

Diese Artikel enthalten kleinere Folgeänderungen aufgrund des geänderten Aufgabenkatalogs.

Zu Artikel XI

Ein grober Rahmen für den Inhalt von Vereinbarungen nach dem neuen Aufgabenkatalog wird vorgegeben.

Zu Artikel XII

Mit der Streichung des Artikels 14 verliert EUROCONTROL ihre besonderen Verwaltungsaufgaben, d. h. die Durchführung der Flugsicherungskontrolle im oberen Luftraum der Vertragsstaaten. Sie stellten den anvisierten Kern des Übereinkommens von 1960 dar.

Zu den Artikeln XIII bis XV und XVII

Die Artikel enthalten Folgeänderungen zu den voranstehenden Artikeln. Insbesondere durch Streichung des Artikels 20 entfällt die Grundlage für EUROCONTROL, Flugsicherungsgebühren aus eigenem Recht zu erheben.

Zu Artikel XVI

Die Erfahrungen der Organisation sprechen dafür, ihr einen ungestörten Nachrichtenverkehr zuzugestehen. Damit wird ihr ein Standard gewährt vergleichbar ähnlichen jüngeren Einrichtungen (z. B. EWO-Übereinkommen vom 30. Mai 1975, BGBl. 1976 II S. 1861).

Zu den Artikeln XVIII, XIX und XXI

Auch hier wurde der Privilegienkatalog entsprechend vergleichbaren, jüngeren Abkommen erweitert und angepaßt. Dadurch wird die Organisation nicht über Gebühr aufgewertet. Es wäre wenig verständlich, wollte man ihr solche ihre Aufgabenerfüllung erleichternden und inzwischen üblich gewordenen Vorrechte vorenthalten. Vergleicht man daneben die häufig als besondere Anlage zu den entsprechenden Abkommen beigefügten Kataloge von Vorrechten und Immunitäten anderer internationaler Organisationen, so schneidet EUROCONTROL – nicht zuletzt auf Betreiben der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland – eher bescheiden ab.

Zu Artikel XX

Hiermit wird die zwischen den meisten Vertragsparteien und der Organisation bereits bestehende Regelung im Übereinkommen selbst festgeschrieben.

Zu den Artikeln XXII bis XXVII

Die Artikel enthalten Folgeänderungen zu den voranstehenden Artikeln.

Zu Artikel XXVIII

Die bisherige Notwendigkeit einer Konsultation im Krisen- oder Kriegsfall wich hier einer automatischen Freistellung im Sinne einer salvatorischen Klausel.

Zu den Artikeln XXIX und XXX

Die Artikel enthalten Folgeänderungen, insbesondere Artikel XXX als Korrespondenz zur Streichung des Artikels 14.

Zu Artikel XXXI

Die Geltungsdauer des geänderten Übereinkommens war neu zu fassen, nachdem eine Kündigung allgemein vermieden wurde und eine Verlängerung um fünf Jahre, wie in Artikel 39 Abs. 2 der geltenden Fassung vorgesehen war, nicht in Betracht kommt. Beibehalten wird jedoch die notwendige Auflösung der gesamten Organisation im Falle der Kündigung des Übereinkommens durch auch nur eine Vertragspartei.

Zu Artikel XXXII

Das Änderungsprotokoll selbst bedarf der Ratifikation, Artikel XL Abs. 2.

Zu Artikel XXXIII

Hier wird das Junctim zwischen Protokoll und Mehrseitiger Vereinbarung auch auf den späteren Beitritt zum geänderten Übereinkommen ausgedehnt.

Zu den Artikeln XXXIV und XLIII

Artikel 42 des Übereinkommens ist gegenstandslos geworden und ersetzt durch Artikel XLIII des Protokolls.

Zu den Artikeln XXXV bis XXXVIII

Diese Artikel enthalten Folgeänderungen.

Zu Artikel XXXIX

Eine Übergangsregelung ist erforderlich, weil die Organisation ihre Exekutivaufgaben aus dem Übereinkommen verliert und eine Regelung für die Kontrollzentralen Maastricht, Karlsruhe und Shannon gefunden werden mußte.

Zu Artikel XL

Alle Vertragsparteien unterzeichneten am 12. Februar 1981. Aus Gründen des Haushalts ist es zweckmäßig, das Protokoll jeweils zum Halbjahresbeginn in Kraft treten zu lassen für den Fall, daß der 1. März 1983 (am 28. Februar 1983 läuft die reguläre Geltungsdauer des bisherigen Übereinkommens ab) nicht erreichbar ist. In dem Falle gilt das bisherige Übereinkommen fort.

Zu Artikel XLI

Das ungewöhnliche Junctim beruht auf den Erfahrungen mit der Verwirklichung des bisherigen Artikels 14 des Übereinkommens. So wird versucht, den in der Präambel niedergelegten Grundsatz der Zusammenarbeit wahrzumachen.

Zu Artikel XLII

Diese Vorschrift erscheint notwendig, weil die Neufassung des geänderten Übereinkommens nur Gegenstand einer Schlußakte der Diplomatischen Konferenz vom 12. Februar 1981 war.

2. Satzung der Agentur (Anlage 1)

Die neue Satzung entspricht im wesentlichen der bisherigen Satzung. Sie wurde nur insoweit geändert, als dies im Rahmen der geänderten Aufgabenstellung für die Organisation erforderlich ist.

3. Fluginformationsgebiete (Anlage 2)

Damit wird der Geltungsbereich des Übereinkommens gemäß seinem Artikel 3 Abs. 1 beschrieben.

4. Übergangsbestimmungen

zur Überleitung von der Regelung nach dem Internationalen Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 auf die Regelung nach dem Übereinkommen in der Fassung dieses Protokolls (Anlage 3)

Siehe Bemerkungen zu Artikel XXXIX des Protokolls.

Zu Artikel 1

Hier werden für den weiteren Text notwendige Definitionen festgelegt.

Zu Artikel 2

Die Kontrollzentrale Maastricht soll bis auf weiteres in der Verantwortung der bisherigen sieben Mitgliedstaaten weiter betrieben werden, wobei Investitionen nur noch insoweit erfolgen, als sie für die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit bzw. die Gewährleistung der Sicherheit erforderlich sind. Die Betriebskosten werden von den vier genannten Staaten getragen. Dazu ist eine detaillierte Regelung der Fortgeltung des bisherigen Übereinkommens erforderlich.

Zu den Artikeln 3 bis 6

Die Kontrollzentralen Karlsruhe und Shannon werden in nationale Verwaltung überführt. Die Artikel 3 und 4 enthalten dazu Einzelregelungen. Die Artikel 5 und 6 enthalten allgemeine Übergangsbestimmungen.

5. Mehrseitige Vereinbarung**Zu Artikel 1**

Die Vertragsstaaten bedienen sich der EUROCONTROL für ihr gemeinsames Gebührensystem.

Zu den Artikeln 2 und 4

Alle Vertragsstaaten sind grundsätzlich gleichberechtigt.

Zu Artikel 3

Im Rahmen des Aufgabenkatalogs werden Verwaltungsaufgaben auf die Organisation übertragen. Die Erfüllung dieser Aufgaben wirkt unmittelbar für und gegen die Vertragsstaaten. Diese Übertragung von Hoheitsrechten ist aufgrund des Artikels 24 Abs. 1 des Grundgesetzes zulässig.

Zu Artikel 5

Der Artikel enthält den besonderen Aufgabenkatalog für den Erweiterten Ausschuß.

Zu Artikel 6

Die Vorschrift des Absatzes 1 Buchstabe a sieht die Verbindlichkeit der das gemeinsame System tragenden Beschlüsse vor. Zugleich wird zwingenden Gründen des nationalen Interesses Rechnung getragen.

Bestimmte Beschlüsse, Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 Buchstabe b, müssen von der gewogenen Mehrheit der Mitgliedstaaten der EUROCONTROL mitgetragen werden. Hierin kommt zum Ausdruck, daß die Vertragsstaaten sich einer bereits bestehenden Einrichtung bedienen, in die Nicht-Mitgliedstaaten der EUROCONTROL so wenig wie möglich hineinregieren dürfen.

Zu Artikel 7

Die Festlegung der Gebühren aufgrund des jeweiligen nationalen Rechts ist ein Hoheitsakt, der auf EUROCONTROL übertragen wird. Auch hierfür gilt Artikel 24 Abs. 1 des Grundgesetzes.

Zu Artikel 8

Die Formulierung der Vorschrift stellt eine Kompromißlösung dar, um den sehr unterschiedlichen Auffassungen und Wünschen der Vertragsstaaten zu genügen. Die fällige Gebühr ist danach eine internationale Gebühr. Nach ihrer Festlegung als selbständige, einheitliche Gebühr wird sie unabhängig von den einzelnen nationalen Rechtsgrundlagen. Hinter ihr steht eine Art treuhänderische Abtretung zum Zwecke der Einziehung, vgl. auch Artikel 23.

Zu den Artikeln 9 und 10

Die Vorschriften entsprechen den bisherigen Regelungen in Artikel 1 Abs. 2 der Tarife und Anwendungsbedingungen für Benutzergebühren (BGBl. 1971 II S. 1161).

Zu den Artikeln 11 bis 13

Bei Nichtzahlung eröffnen die Vorschriften für EUROCONTROL die Möglichkeit, die Gebühr auf dem Gerichts- oder Verwaltungsweg einzuziehen. Die Organisation muß sich dazu nationalen Rechts des nach Artikel 13 in Betracht kommenden Vertragsstaates bedienen und u. U. den Vertragsstaat selbst zur Einleitung eines Verfahrens ersuchen.

Zu Artikel 14

Dies ist eine Befugnisnorm ohne Drittwirkung. Nach Auffassung der deutschen Delegation ist die Vorschrift entbehrlich. Sie wurde auf ausdrücklichen Wunsch einiger Vertragsstaaten aufgenommen.

Zu den Artikeln 15 bis 19

Diese Vorschriften erfassen die Fälle, in denen die Vollstreckung in einem Vertragsstaat nicht oder nicht zum vollen Ergebnis führt und in einem anderen Vertragsstaat fortgesetzt werden soll.

Zu den Artikeln 20 und 21

Ist die Gebühr eingezogen, so wird der Betrag entsprechend den nationalen Gebührenanteilen aufgespalten und an die jeweils beteiligten Vertragsstaaten ausbezahlt.

Zu Artikel 22

Die Zusammenarbeit der Behörden der Vertragsstaaten wird hiermit besonders betont.

Zu Artikel 23

Mit dieser Vorschrift wird das vorgeschriebene Verfahren beendet, wenn EUROCONTROL durch entsprechenden einstimmigen Beschluß der Vertreter der Vertragsstaaten die gemeinsame Verfolgung des Ziels aufgibt.

Zu Artikel 24

Diese Regel entspricht einer gleichlautenden Regel im Änderungsprotokoll (Artikel XXVIII).

Zu Artikel 25

Übliche Schiedsklausel für den Fall von Streitigkeiten über Auslegung oder Anwendung der Übereinkunft.

Zu Artikel 26

Die noch geltende Mehrseitige Vereinbarung, beruhend auf den aufzuhebenden Exekutivaufgaben der Organisation, wird folgerichtig außer Kraft gesetzt. Das ist erforderlich, weil sie aufgrund ihres Artikels 4 bis zum Außerkrafttreten des ihr zugrundeliegenden Übereinkommens fortgelten würde. Das Übereinkommen wird jedoch nur geändert.

Zu Artikel 27

In seinem Absatz 2 Satz 3 enthält der Artikel die Korrespondenzvorschrift zum Junctim des Artikels XLI des

Protokolls. In seinem Absatz 3 wird das Junctim auf das gleichzeitige Inkrafttreten von Protokoll und Vereinbarung erstreckt.

Zu Artikel 28

Im Absatz 1 Satz 2 wird das Junctim des Artikels 27 dieser Vereinbarung und des Artikels XLI des Protokolls auf europäische Staaten beschränkt. Damit soll erreicht werden, daß jedenfalls dem Beitritt nicht-europäischer Staaten auch die Vertragsstaaten zustimmen müssen, die nicht Vertragspartei des Übereinkommens sind.

Unter den europäischen Staaten im Sinne dieser Vereinbarung werden aufgrund Beschlusses der Ständigen Kommission vom 11. Februar 1981 verstanden die Staaten, die innerhalb des geographisch-europäischen Gebietes liegen oder von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) als europäisches Gebiet (im Dokument 7754 [Air Navigation Plan]) definiert sind. Island wird ausdrücklich eingeschlossen.

Zu Artikel 29

Auch hier wird das Junctim fortgesetzt, und zwar im Hinblick auf die Geltungsdauer.

Zu Artikel 30

Es handelt sich um die übliche Registrierungsklausel.

6. Fluginformationsgebiete (Anlage 1)

Der Geltungsbereich der Vereinbarung gemäß ihrem Artikel 1 Abs. 1 und 4 wird hiermit beschrieben.

7. Anlage 2 (zu Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe b)

Die Anlage enthält die für die Wägung der Stimmen bestehenden Vorschriften des zugrundeliegenden Übereinkommens. Sie ist für die Staaten von Bedeutung, die nicht auch Vertragsparteien zum EUROCONTROL-Übereinkommen sind.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 522. Sitzung am 20. Mai 1983 beschlossen, gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, daß die Verwirklichung des ursprünglichen Ziels des EUROCONTROL-Übereinkommens vom 13. Dezember 1960, die Flugverkehrskontrolle für streckengebundene Flüge in den oberen Lufträumen aller Mitgliedstaaten grenzüberschreitend durchzuführen, an der Nichtbeteiligung mehrerer Mitgliedstaaten gescheitert ist.

In Anbetracht des außerordentlich hohen Finanzaufwands für die EUROCONTROL-Einrichtungen hält es der Bundesrat deshalb für erforderlich, bei jeder weiteren Zusammenarbeit zur Sicherung der europäischen Luftfahrt pragmatisch vorzugehen und sich am Verhältnis von Nutzen und Finanzierungsaufwand zu orientieren.

Dabei sollte vor allem geklärt werden, ob der Umfang der für EUROCONTROL vorgesehenen Planungs-, Entwicklungs- und Koordinierungsaufgaben sachlich gerechtfertigt und finanziell vertretbar ist.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung ferner, dafür Sorge zu tragen, daß

- EUROCONTROL Karlsruhe zumindest als nationale Kontrollzentrale uneingeschränkt erhalten bleibt, und deshalb
- die in der jetzigen EUROCONTROL-Zentrale Karlsruhe vorhandenen Arbeitsplätze weitestgehend erhalten bleiben sowie die dort Beschäftigten keinen unverhältnismäßigen sozialen Belastungen ausgesetzt werden.